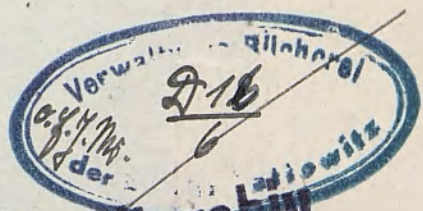




107 31/6

52-X-4

Zarząd Miejski m. Katowic
Biblioteka Podręczna i Archiwum



Stadtbibliothek
der Stadt Katowitz

5247X-4

Zarząd Miejski m. Katowic
Biblioteka Podręczna i Archiwum

Stadtarchiv
der Gauhauptstadt Kattowitz
Abtlg. _____ Gruppe _____ Nr. _____

Zezwolenie na wypożyczenie

228	Biblioteka	6	Podreczna	531	i Archiwum
półka		książka		inwentarz	

Dział klasyfikacji

52-17-4

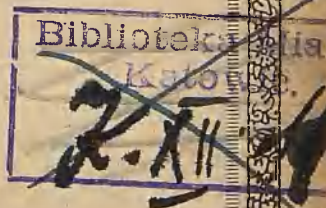
Öffentliche Stadtverordneten= Sitzungen

in Kattowitz im Jahre



1917 **Stadtarchiv**
Gauhauptstadt Kattowitz
Abtlg. _____ Gruppe _____ Nr. _____

Zusammengestellte Berichte
der „Kattowitzer Zeitung“



Verlag von G. Siwinna Inh. Carl Siwinna
Hoflieferant Seiner Majestät des Kaisers und Königs
Kattowitz O.-Schl.

107 37/6

219889 1917
II

Bei Ueberreichung dieses Büchleins möchten wir noch bemerken, daß der Druck nicht so beschaffen ist, als er bei Büchern sonst zu sein pflegt. Die Ursache hierzu liegt in dem Umstande, daß zur Herstellung der bereits vorhandene Satz aus der „Kattowitzer Zeitung“ verwandt werden mußte. Die Drucktechnik bei einer Zeitung (Rotation) ist aber eine andere, als die bei einem Buche (Schnellpresse). Dies zur Erklärung für den Laien, für den Fachmann ist dies ohne weiteres verständlich.

Verlag der „Kattowitzer Zeitung“

G. Siwinna Inh. Carl Siwinna.

Der

Pres. Mejschke Rody Nasod, K-a
6. 10. 61, [251-] 5

6 resz.



(82)

Inhalts-Verzeichniß.

1. Berichte über die öffentlichen Stadtverordnetenitzungen:	
1. Montag, den 8. Januar	Seite 1
2. Montag, den 26. Februar	" 5
3. Montag, den 23. April	" 26
4. Montag, den 21. Mai	" 35
5. Montag, den 9. Juni	" 40
6. Montag, den 23. Juli	" 47
7. Montag, den 24. September	" 56
8. Donnerstag, den 27. September	" 68
9. Montag, den 12. November	" 78
10. Donnerstag, den 20. Dezember	" 85
2. Kommunal-Jahresrückblick	" 93
3. Städtische Körperschaften:	
1. Magistratsmitglieder	" 97
2. Mitglieder der Stadtverordnetenversammlungen	" 97
4. Ausschüsse:	
Armen-Ausschuß	" 98
Bau-Ausschuß	" 98
Baugewerkschul-Kuratorium	" 98
Beamten-Ausschuß	" 99
Deputation zur Beratung der Angelegenheiten des Ortsstatuts über Verunstaltungen von Ortschaften	" 99
Einquartierungs-Ausschuß	" 99
Ersatzkommission für den Stadtkreis Rattowitz	" 99
Feuersozietäts-Schätzungs-Kommission	" 100
Gas- und Wasserwerks-Kuratorium	" 100
Gesundheits-Kommission	" 100
Gemeindebehörde in Schankkonzessionsfachen	" 100
Gebäufesteuer-Veranlagungs-Einschätzungs-Kommission	" 100
Grundstücks-Deputation	" 100

Handels- und Verkehrs-Ausschuß	Seite 101
Jahres-Rechnungs-Prüfungs-Ausschuß	„ 101
Kassen-Prüfungs-Ausschuß	„ 101
Kommission zur Beratung von Straßenbahn- Angelegenheiten	„ 102
Krankenhaus-Ausschuß	„ 102
Kuratorium der Oberrealschule	„ 102
Kuratorium des Lyzeums pp.	„ 102
Kuratorium der Knaben-Mittelschule	„ 102
Kuratorium der Mädchen-Mittelschule	„ 103
Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule	„ 103
Kuratorium der kaufmännischen Fortbildungsschule	„ 103
Kuratorium der städtischen Volksschule	„ 103
Marktpreis-Notierungs-Kommission	„ 104
Markt-, Straßen- und Sicherheits-Ausschuß	„ 104
Sparcassen-Kuratorium	„ 104
Stadt-Ausschuß	„ 104
Schlachthof-Kuratorium	„ 104
Schul-Deputation	„ 105
Steuer-Ausschuß	„ 105
Steuerverwaltungs-Ausschuß	„ 105
Theater-Ausschuß	„ 106
Verschönerungs-Ausschuß	„ 106
Verwaltungs-Ausschuß für städtisches Eigentum und städtische Rechte und Schau-Kommission	„ 106
Voreinschätzungs-Kommission	„ 106
Vorberatungs-Ausschuß	„ 106
5. Schlagwort-Register	„ 107



Berichte

über die
öffentlichen Stadtverordneten-Sitzungen in Rattowik
im Jahre 1917.

Sonder-Abdruck der „Rattowiker Zeitung“.

Montag, 8. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Neuwahl des Büros der Stadtverordneten-Versammlung.
3. Neuwahl des Vorberatungsausschusses

Anwesend sind: Vom Magistrat die Herren: Bohlmann, Oberbürgermeister; Leu, Bürgermeister; Ruoff, Stadtrat; Delsner, Stadtbaurat. Von den Stadtverordneten die Herren: Grünfeld, Pistorius, Wanjura, Ratschinsk, Pinkus, Siwinna, Rudzinski, Münch, Kubis, Selonek, Bokorny, Griesse, Scharff, Vogel, Klimanek, Brauer, Kraemer, Albrich, Dr. Glaser, Schalscha, Müller I, Boehm, Wohltinek, Worinski, Herrmann, Hoffmann, Breslauer. Entschuldigt fehlen die Herren: Braetisch, Drees, Junge, Trupke, Dr. Preiß, Altmann. Nicht entschuldigt: Herr Centawer.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld eröffnet nach ½6 Uhr die Sitzung und führt im Anschluß hieran aus:

Meine Herren!

Ich eröffne die Sitzung und begrüße Sie herzlich bei Beginn des neuen Jahres. — Das dritte Mal in diesem Weltkriege versammeln wir uns hier zum Wiederbeginn unsrer gemeinsamen Arbeit, wir blicken mit innigem Dank auf die glänzenden Taten unseres Volkes in Waffen und gedenken mit tiefer Wehmut der vielen Edlen und Braven, die schon bisher den Heldentod für das teure Vaterland erlitten haben.

Durch

das hochherzige Friedensangebot

haben die deutsche Reichsregierung und die Regierungen der befreundeten Mächte aller Welt ihren Willen zum Frieden kundgetan; diese Kundgebung hat dankbarste Zustimmung in allen Ländern der Mittelmächte und der neutralen Staaten gefunden, sie

stärkt und unterstützt nun auch die für den Frieden eintretenden Männer in den feindlichen Staaten.

So verblendet und gewissenlos die führenden Männer der feindlichen Mächte in ihrem Machthunger

diesen mörderischen Krieg heraufbeschworen

haben, so beantworteten sie auch das Friedensangebot der Mittelmächte, das aus dem Bewußtsein der Stärke, ohne Sorge darum, ob der Schritt als Zeichen der Schwäche gedeutet wird, hervorgegangen ist. Das sittliche Pflichtbewußtsein und das hohe Verantwortungsgefühl vor dem eigenen Volke und der gesamten Menschheit, der Vernichtung von Menschenleben und der Zerstörung der wertvollsten Kulturgüter ein Ende zu machen, können diese feindlichen Regierungen noch nicht zu Friedensverhandlungen bewegen, noch immer glauben sie sich zu der Hoffnung berechtigt, durch erneute Anstrengungen, durch Fortsetzung des blutigen Ringens uns besiegen, uns vernichten zu können.

Unsere Hoffnungen auf einen baldigen Frieden müssen nun schwinden, harte Kämpfe stehen uns noch bevor, bis unsere Gegner es endlich werden bekennen müssen, daß Deutschlands Heere nicht zu besiegen, daß Deutschlands wirtschaftliche Kraft nicht zu vernichten ist. Bis dahin wird das deutsche Volk

in bewährter Opferfreude und unendlicher Hingabe

an die Sache der Gemeinschaft durchhalten, ein jeder wird nach besten Kräften seinen Teil zum Gelingen des Ganzen zu einem glücklichen Ende beitragen.

Und so wird es auch neben der vaterländischen Hilfsdienstpflicht mit unsere vornehmste Arbeit in der kommenden schweren Zeit sein, an der Erfüllung der vielen großen Aufgaben der Kriegsfürsorge mitzuarbeiten, die der Stadtverwaltung obliegen.

Eisernes Pflichtbewußtsein und starker sittlicher Wille zeichnen den Deutschen aus, ein solch pflichtbewußtes und willensstarkes Volk

kann nicht in gerechter Abwehr seinen Gegnern unterliegen, es kann nicht vernichtet werden, es hat das gute Recht und die stählerne Pflicht, mit felsenfester Zuhversicht auf einen endgültigen Sieg, auf einen deutschen Frieden und auf eine glückliche Zukunft zu hoffen.

Laßen Sie uns diesen hoffnungsstarken Wünschen für unser teures Vaterland innigen Ausdruck verleihen in dem Rufe: S. M. unser geliebter Kaiser, mit ihm das deutsche Volk in Waffen und die ihm treu verbündeten Völker

hurra, hurra, hurra!

Es folgt der

Geschäftsbericht der Stadtverordneten - Versammlung,

der besagt:

Die Stadtverordneten-Versammlung hielt im Kalenderjahr 1916 14 Sitzungen ab, gegen 15 im Vorjahre. Anwesend waren in sämtlichen Sitzungen zusammen 395 Stadtverordnete, gegen 420 im Vorjahre oder in jeder Sitzung durchschnittlich 28 Stadtverordnete. Zu der am stärksten besuchten Sitzung waren 33, zu der am schwächsten besuchten Sitzung 23 Stadtverordnete erschienen. Die Zahlen im Vorjahre lauteten 34 bezw. 23.

In der ersten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung

am 3. Januar wurden folgende Herren in das Büro der Stadtverordneten-Versammlung gewählt:

1. zum Stadtverordneten-Vorsteher Herr Baumeister Grünfeld;
2. zum stellvertr. Stadtverordneten-Vorsteher Herr Bergwerksdirektor Bistorius;
3. zum Schriftführer Herr Ofenbaumeister Wanjura;
4. zum stellvertr. Schriftführer Herr Kaufmann Rudolf Borinski.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung sind im Laufe des Jahres ausgeschieden:

Herr Rgl. Lotterie-Einnehmer S. Kochinger infolge Tod;

Herr Baumeister Zimmermann infolge Wahl zum Stadtrat.

In den Vorbereitungsausschuß wurden in der Sitzung am 3. Januar 1916 einstimmig gewählt die bisherigen Mitglieder, an Stelle des infolge Wahl zum Stadtrat ausgeschiedenen Herrn Heuer Herr Baumeister F. Rudzinski als ordentliches Mitglied, als Stellvertreter für die im Felde befindlichen Herren Stadtverordneten

Müller II Herr Stadtv. Ratschinski,
und für

Proskauer Herr Stadtv. Kubiz.

An Stelle des infolge Wahl zum Stadtrat ausgeschiedenen Herrn Zimmermann wurden in der Sitzung am 19. Juni 1916 Herr Stadtv. Ratschinski als ordentliches Mitglied und an dessen Stelle als Stellvertreter für den im Felde befindlichen Herrn Stadtv. Müller II Herr Stadtv. Boehm in den Vorbereitungsausschuß gewählt.

Im Heeresdienst bzw. im Zivildienst Russisch-Polens befinden sich die Herren Stadtv. Proskauer, Müller II, Ehrhardt, Weigmann, Hennek und Hencinski.

Der Stadtverordneten-Versammlung sind im Laufe des Kalenderjahres insgesamt 218 Vorlagen zugegangen.

Davon waren:

- 65 Mitteilungen,
- 152 Beschlüßsachen,
- 1 Dringlichkeitsantrag.

In geheimen Sitzungen wurden insgesamt 21 Vorlagen erledigt.

Auch im verflossenen Geschäftsjahre wurden verkürzte stenographische Berichte über die einzelnen Sitzungen aufgenommen und im Stadtblatt veröffentlicht.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die

Wahl des Büros.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld legt sein Amt nieder und dankt den Herren für die tatkräftige Unterstützung, die das Kollegium den Mitgliedern des Büros habe angedeihen lassen und bittet den Alterspräsidenten Ratschinski, den Vorsitz zu übernehmen.

Altersvorsitzender Ratschinski: Als Ältester unter Ihnen habe ich die Ehre, die Wahlversammlung zu leiten und benutze die Gelegenheit, Ihnen vor allem ein glückliches neues Jahr zu wünschen. Mögen Ihre Beratungen und Beschlüsse stets zum Segen der Stadt Rattowiz gereichen. Namens des Kollegiums danke ich sodann dem scheidenden Büro für die umfangreiche und

wertvolle Arbeit, die in dem letzten Jahre wiederum geleistet wurde. Ganz besonderen Dank hätte ich dem Herrn Vorsitzenden ab für seine objektive und umsichtige Leitung der Geschäfte. Möge das gute Einvernehmen zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Kollegium stets so bleiben, wie es bisher gewesen ist. Ebenso haben die Herren Schriftführer unseren Dank verdient. Schließlich will ich nicht die Gelegenheit vorübergehen lassen, um auch den Herren des Lebensmittel-Komitees, besonders den Herren, die die Arbeit ehrenamtlich verrichten, unseren Dank für die mühevolle Arbeit, die geleistet wurde, auszusprechen. Wenn es vielleicht nicht immer geklappt hat, so müssen wir uns damit bescheiden, daß menschliches Wollen und Können niemals vollständig ist. Jedenfalls hat es niemals an dem besten Willen ge-
fehlt.

Nunmehr bitte ich die Herren Pistorius und Wanjura als Beisitzer zu fungieren. Zur Vervollständigung des Wahlbüros bitte ich die Herren Klimanek und Münch die Wahlzettel zu verteilen und die Stimmen zu zählen.

Es folgt der erste Wahlgang für den Stadtverordneten-Vorsteher. Insgesamt werden 27 Stimmen abgegeben, ein Zettel ist unbeschrieben, alle übrigen 26 Zettel lauten für Grünfeld, der damit mit allen Stimmen wiedergewählt ist.

Stadt-Vorst. Grünfeld dankt für das ihm erneut entgegengebrachte Vertrauen und nimmt die Wahl dankend an. Er werde auch weiterhin bemüht sein, im Sinne des Kollegiums die Geschäfte zu leiten und er bitte, ihn auch fernerhin zu unterstützen.

Alterspräsident Ratschinsky spricht dem wiedergewählten Stadtverordneten-Vorsteher seine Glückwünsche aus, worauf dieser mit Dankesworten erwidert.

Es folgt die Wahl des Vertreters des Stadtverordneten-Vorstehers. Bei diesem Wahlgange hat sich Herr Oberbergwerksdirektor Pistorius der Stimmabgabe enthalten. Alle übrigen abgegebenen 26 Stimmen lauten für Pistorius, der damit mit allen Stimmen zum stellvertretenden Stadtverordneten-Vorsteher wiedergewählt ist.

Oberbergwerksdirektor Pistorius nimmt die Wahl an.

Es folgt die Wahl der beiden Schriftführer. Sämtliche abgegebenen Stimmen lauten für Wanjura und Borinski, die damit wiedergewählt sind.

Auch diese Herren nehmen ihre Wiederwahl an.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die

Wahl des Vorberatungsausschusses.

Bisher gehörten dem Ausschusse an: Altmann, Drees, Brauer, Dr. Hoffmann, Müller II (Stellv. Boehm), Pinus, Proskauer (Stellv. Rubis), Ulbrich, Rubzinski, Ratschinsky.

Sämtliche bisher amtierende Herren wurden wiedergewählt. Die anwesenden Herren nehmen die Wiederwahl an.

Darauf wird die Sitzung vom Stadt-Vorst. Grünfeld geschlossen.

Montag, 26. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Verstärkung des Titels 3 Abs. 3 des Haushaltsplanes der Steuerverwaltung (Vergütung für außerordentliche Arbeiten).
3. Verstärkung des Titels 4 Nr. 21 des Haushaltsplanes der Grunderwerbsverwaltung (Unvorhergesehenes).
4. Verstärkung des Titels 7 Nr. 3 des Haushaltsplanes der Armenverwaltung (Unvorhergesehenes).
5. Gewährung einer Beihilfe an die deutsche Kriegsgefangenenhilfe.
6. Vergleich mit dem Justizfiskus wegen Erwerb von Bürgersteigflächen in der Nikolaitraße und Vornahme von Arbeiten am Justizfiskalischen Grundstücke in der Gartenbergstraße.
7. Erlass einer naturarischen Anordnung über Beschäftigung von Gewerbegehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an den Sonn- und Festtagen.
8. Gewährung einer Beihilfe an den Ausschuß für fahrbare Kriegsbüchereien an der Front.
9. Gewährung einer Beihilfe an die deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung.
10. Erlass eines Nachtrages zur Grundsteuerordnung vom 30. April 1913.
11. Aenderung des Vertrages mit den D. C. W. über Beleuchtung des Stadttheaters.
12. Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmannes für die verstärkte Ersatzkommission des Stadtkreises Rattowig.
13. Wahl eines Mitgliedes für das Sparkassentutorium.
14. Wahl eines Mitgliedes für die Steuerverwaltung.
15. Auslösung von Stadtbligationen aus der Anleihe 1899.

Anwesend die Herren: Grünfeld, Bistorius, Banjura, Brauer, Ulbrich, Junge, Breslaner, Wobtniet, Borinski, Boehm, Herrmann, Rudzinski, Kubis, Belonek, Drees, Griefe, Binkus, Klimanek, Vogel, Trupke, Hoffmann, Scharff, Müller I.

Entschuldigt fehlen die Herren: Altmann, Siminna, Schalscha, Dr. Breiß, Kraemer, Katschinski, Münch, Braetisch, Potornh.

Der Magistrat ist vertreten durch die Herren: Stadtrat Ruoff und Stadtbaurat Delsner.

Nachruf für den früheren Stadtverordneten Emil Scholz.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Vor Eintritt in die Tagesordnung wollen wir das Andenken des langjährigen früheren Stadtverordneten, Rentiers Emil Scholz ehren. Er ist am 16. Februar im 81. Lebensjahre verschieden und am 19. Februar unter zahlreicher Theilnahme von Mitgliedern beider städtischer Körperschaften zu Grabe geleitet worden. Er gehörte zu den treuesten und ältesten Bürgern der Stadt, deren Gründung und Entwicklungen er nicht nur miterlebte, sondern arbeitsfreudig und opferwillig mitgefördert hat. Fast 30 Jahre hindurch gehörte Herr Scholz der Stadtverordnetenversammlung als bewährtes Mitglied an und nur sein hohes Alter verbunden mit Schwerhörigkeit konnten ihn veranlassen, sein Ehrenamt, das er mit treuester Pflichterfüllung zu Ruh und Frommen des Gemeinwesens verwaltet hatte, niederzulegen. Wir danken dem lieben Kollegen und braven Bürger herzlichst über das Grab hinaus für seine langjährige Mitarbeit und wollen ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Sie haben sich zu seinem ehrenden Andenken von den Plätzen erhoben. Ich stelle das fest.

Der Dank der Hinterbliebenen.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld verliest hierauf ein Dankschreiben des Sohnes des Verstorbenen, der namens der Mutter und der übrigen Hinterbliebenen für die Teilnahme beim Heimgange des Verstorbenen seinen herzlichsten Dank ausdrückt.

Revision der städtischen Kassen.

Die Revision der städtischen Sparkasse hat am 29. Dezember für den Monat Dezember stattgefunden. Es war nichts zu erinnern. Zur Einsicht liegt aus der Abchluß der städtischen Hauptkasse für die Monate Dezember und Januar. Auch hier ist nichts zu erinnern. Ferner liegt aus der Bericht über die außerordentliche Revision der städtischen Hauptkasse am 20. Februar. Auch hier fand sich nichts zu erinnern.

Dankschreiben des Prinzen Friedrich Wilhelm von Hohenzollern.

Se. Königliche Hoheit Prinz Friedrich Wilhelm von Hohenzollern spricht in einem Schreiben seinen Dank für die Bewilligung von 50 Mark als Beitritt zur Gesellschaft für künstlerische Volkserziehung aus. Das Schreiben wird zur Einsicht ausgelegt.

Bestätigung der Wahl von Lehrerinnen.

Die Regierung hat die Wahl der Lehrerinnen R u t s c h a und P r e i ß an den Volksschulen genehmigt.

Die Frage der Teuerungszulagen für Volksschullehrer.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld bringt ein Schreiben des Magistrats der Stadt Gleiwitz zur Verlesung, das von diesem eingegangen ist auf die Anfrage wegen der Gewährung von Teuerungszulagen an Volksschullehrer. Der Magistrat schreibt: Auf das gefällige Schreiben vom 29. Dezember erwidern wir, daß wir keine Teuerungszulagen zu zahlen beabsichtigen. — Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld bemerkt dazu: Es ist seiner Zeit beschlossen worden, sich mit anderen Stadtverwaltungen wegen der Zahlung von Teuerungszulagen an Volksschullehrer in Verbindung zu setzen. Inzwischen ist die Sache erledigt worden. Die Zulagen werden auf Kosten des Staates durch die Gemeinden bezahlt. Den leistungsschwachen Gemeinden werden die Beträge zurückgezahlt. Wir gehören zu den leistungsschwachen Gemeinden.

Vergütung für außerordentliche Arbeiten bei der Steuerverwaltung.

Stadtverordneter Brauer referiert über die Verstärkung des Titels 3 Ans. 3 des Haushaltsplanes der Steuerverwaltung: Für außerordentliche Arbeiten bei der Steuerverwaltung ist der Haushaltsplan des Jahres 1916 überschritten worden. Der Magistrat hat beschlossen, für das Rechnungsjahr 1916 300 Mark nachzubewilligen, eine Bewilligung für 1917 ist vorläufig nicht ausgesprochen worden. Der Vorberatungsausschuß empfiehlt Annahme des Magistratsbeschlusses. Die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

Ueberschreitungen beim Haushaltsplan der Grunderwerbsverwaltung.

Stadtverordneter Ubrich referiert über Verstärkung des Titels 4 Nr. 21 des Haushaltsplanes der Grunderwerbsverwaltung. Für Unvorhergesehenes sind Ausgaben in Höhe von

50 Mark erwachsen. Diese sollen nachbewilligt werden. Der Vorberatungsausschuß hat dem Magistratsantrage zugestimmt. Es erhebt sich kein Widerspruch, die Versammlung beipflichtet den Betrag.

Ueberschreitungen beim Haushaltsplan der Armenverwaltung.

Stadtverordneter Boehm referiert über die Verstärkung des Titels 7 Nr. 3 des Haushaltsplanes der Armenverwaltung. Es wird ein Betrag von 150 Mark nachgefordert, der nötig wurde durch Bewilligung von Jahresbeiträgen für soziale Einrichtungen. Magistrat und Vorberatungsausschuß haben sich für Bewilligung ausgesprochen. Die Versammlung beschließt die Bewilligung.

Beihilfe an die deutsche Kriegsgefangenenhilfe.

Stadtverordneter Pelonek referiert über die Gewährung einer Beihilfe an die deutsche Kriegsgefangenenhilfe: Der Verein für deutsche Kriegsgefangenenhilfe hat den Magistrat um eine Beihilfe gebeten zur Beschaffung von Unterhaltungselektür für die deutschen Kriegsgefangenen. Der Magistrat hat beschlossen, 200 Mark als einmalige Beihilfe zu gewähren. Der Vorberatungsausschuß ist diesem Beschlusse beigetreten. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Ein Vergleich mit dem Justizfiskus.

Stadtverordneter Rudzinski referiert über einen Vergleich mit dem Justizfiskus über den Erwerb von Bürgersteigflächen in der Nikolaistraße und Vornahme von Arbeiten am justizfiskalischen Grundstücke in der Hardenbergstraße. Der Magistrat teilt hierzu mit: Nach der Pflasterung des nördlichen Teiles der Nikolaistraße im Jahre 1902 mußten die Bürgersteige der Nikolaistraße reguliert werden. Vor der Anlegung der Bürgersteige vor dem justizfiskalischen Grundstücke war eine Auseinanderlegung mit dem Justizfiskus notwendig, in Rücksicht auf den Teil des Bürgersteiges zwischen der privaten Zufuhrstraße zum Gefängnis und der Scharnhorststraße. Hier war das Bürgersteiggelände zum Teil noch Böschung, die erst abgetragen werden mußte. Auch war eine Veränderung der Fluchtlinie notwendig, da nach der alten Fluchtlinie der Bürgersteig an der Ausmündung der Scharnhorststraße nur eine Breite von 2,50 Metern gehabt hätte. Schließlich mußte zum Schutze des anliegenden höher gelegenen Gartenlandes eine Futtermauer errichtet werden. Da das zum Bürgersteige zu verwendende Gelände bisher noch nicht Straßenzwecken gedient hatte, bot die Stadt dem Justizfiskus für die Freigabe des Geländes die Hälfte der Kosten der Bürgersteigbeseitigung einschließlich der Errichtung der Futtermauer, die auf zusammen 3000 Mark geschätzt wurden, also 1500 Mark an. Das Rgl. Amtsgericht hier selbst ließ nun die zum Bürgersteig abzutretende Fläche von der Kreisbauinspektion Pleß abschätzen. Diese

stellte die Größe der Fläche auf 95 Quadratmeter fest und schätzte den Wert auf 1425 Mark,

also den Quadratmeter der abzutretenden Fläche auf 15 Mark. Auf eine Anfrage des königlichen Amtsgerichts erklärte der Magistrat nach Beschluß vom 22. Februar 1905, diese 1425 Mark auch dann zu zahlen, wenn die Hälfte der Kosten die Herstellung des Bürgersteiges und der Futtermauer diese Höhe nicht erreichen

sollte. Die Fläche von 95 Quadratmetern war falsch ermittelt. Wäre diese Fläche richtig, mit 249 Quadratmetern angesehen worden, dann hätte der Magistrat dem Vorschlag kaum zugestimmt, sondern hätte wenn nicht die Flächengröße, so doch den Einheitspreis von 15 Mark als unangemessen bestritten. Das Oberlandesgericht in Breslau genehmigte diese Abkommen zunächst jedoch nicht. Es forderte die Auseinanderhaltung der beiden Punkte: Befestigung des Bürgersteiges und Abtretung des Geländes in die Stadt. Das Oberlandesgericht ordnete gleichzeitig die katasteramtliche Vermessung der abzutretenden Fläche an. Hierbei wurde die Fläche auf 249 Quadratmeter festgestellt. Der Justizfiskus verlangte nunmehr auf Grund der Schätzung der Kreisbauinspektion Pleß für diese 249 Quadratmeter je 15 Mark, insgesamt 3735 Mark.

Diese Forderung wurde von der Stadt abgelehnt

mit der Begründung, daß es sich bei den ermittelten 249 — 95 Quadratmetern, um Flächen handele, die bereits als Bürgersteig gebient haben, also öffentlicher Weg seien, daß die Stadt keine Veranlassung habe, für die schon bisher als Bürgersteig benutzten Flächen eine Entschädigung zu zahlen. Sie bot jedoch zum Ausgleich den Betrag von 1500 Mark für die Abtretung aller Flächen an. Diesen Vorschlag lehnte der Justizfiskus ab. Bei den weiteren Verhandlungen erhöhte die Stadt schließlich zur Erledigung ihr Angebot auf 2000 Mark. Auch dieses Angebot wurde abgelehnt. Die Verhandlungen zogen sich nunmehr mit dem Justizfiskus in die Länge, ohne daß es zu einer Verständigung kam. Im November 1911 fragte der Justizfiskus an, ob die Stadt gemäß ihrer früheren Zusage noch bereit sei, den Betrag von 1425 Mark nebst 4 Prozent Zinsen seit dem 18. Mai 1911 zu zahlen, vorbehaltlich des Streitess über die Mehransprüche des Justizfiskus. Diese Erklärung gab der Magistrat nach Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung ab. (Stadtverordneten-Beschluß vom 27. Dezember 1911). Der Betrag von 1425 Mark ist bereitgestellt. Nunmehr klagte der Justizfiskus gegen die Stadtgemeinde auf Erwerb der Bürgersteigflächen. Die abzutretenden Flächen betrugen

nach neuerer katasteramtlicher Feststellung nicht 249 Quadratmeter, sondern 543 Quadratmeter.

Es handelt sich nach der in den Akten „Klage mit dem Justizfiskus wegen Entschädigung für das zur Nikolaitraße verwendete Gelände“, Blatt 13 befindlichen Karte um folgende Parzellen:

1. Die früheren Chausseeübergänge über den vor der Pflasterung vorhandenen Chausseegraben 106 Quadratmeter;
2. die einen Teil des Bürgersteiges bildenden Parzellen 344 Quadratmeter;
3. die außerhalb der festgesetzten Fluchtlinie liegenden Parzellen 93 Quadratmeter.

Hierzu wird bemerkt, daß von den beiden außerhalb der Fluchtlinie liegenden Parzellen die Parzelle 2603/65 in Größe von 81 Quadratmetern in den Teil zwischen Andreasstraße und dem Aufgange zum Amtsgericht liegt, Parzelle 2605/65 in Größe von 12 Quadratmetern an der Scharnhorststraße. Die letzte Parzelle ist auf Veranlassung der Stadtgemeinde vom Justizfiskus zum Bürgersteig hergegeben worden zur Verbreiterung des dort nach

der Fluchtlinie nur 2,5 Meter breiten Bürgersteiges. Die 1. Barzelle ist dagegen ohne Zutun und Wissen der Stadtgemeinde vom Justizfiskus selbst freigelassen worden. Sie war zur Anlage des Bürgersteiges nicht notwendig, da dieser ohne die Fläche eine Breite von 4 Metern gehabt hätte. Die Barzelle ist aber heute tatsächlich als Bürgersteig befestigt. Die Klage des Justizfiskus lautet prinzipialiter auf Verurteilung der Stadt zur Einleitung des Enteignungsverfahrens zum Zwecke des Erwerbs der Flächen, eventualiter auf Verurteilung der Stadt zur Zahlung von je 15 Mark für 450 Quadratmeter des Geländes innerhalb der Fluchtlinien und auf Zahlung von je 45 Mark für 93 Quadratmeter des Geländes außerhalb der Fluchtlinie.

Als Gesamtschädigung wurden 10 935 Mark gefordert.

Die Stadtgemeinde wurde durch Urteil des Königl. Landgerichts zu Beuthen vom 10. April 1913 verurteilt, hinsichtlich der Flächen innerhalb der Fluchtlinie das Enteignungsverfahren einzuleiten; bezüglich der Flächen außerhalb der Fluchtlinie wurde der Anspruch des Justizfiskus auf Entschädigung gegen Uebertragung des Eigentums an die Stadtgemeinde dem Grunde nach anerkannt. (Urteil Blatt Nr. 66 der Akten). Diese Entscheidung wurde in der Berufungsinstanz vom Oberlandesgericht Breslau am 19. Mai 1914 bestätigt. (Urteil Blatt Nr. 159 der Akten) Revision gegen diese Entscheidung ist angemeldet. In der Zwischenzeit schwebte ein Einspruchsverfahren des Justizfiskus wegen des Fluchtlinienplanes der Hardenbergstraße. Dieser war unter dem 13. Mai 1912 anderweitig festgesetzt worden, wobei die Hardenbergstraße verbreitert worden war. Der Justizfiskus hatte gegen den neuen Fluchtlinienplan innerhalb der Auslegungsfrist keinen Einspruch eingelegt, er tat dies erst im Jahre 1914 und wurde mit diesem, weil verspätet, abgewiesen. Nach der Verbreiterung der Hardenbergstraße hatte der Justizfiskus ebensoviel Gelände zur Hardenbergstraße abzutreten, als die gegenüberliegende Stadtgemeinde. Der Justizfiskus forderte jedoch bei Feststellung der Straßenausbaukosten eine höhere Bewertung seines Geländes, als des städtischen Geländes, weil nach seiner Meinung das von der Stadtgemeinde zur Hardenbergstraße abzutretende Gelände schon immer Weg gewesen sei. In Rücksicht auf den Erweiterungsbau des Amtsgerichts wurde im Jahre 1913 durch einen neuen Fluchtlinienplan die Tieferlegung der Hardenbergstraße in dem Teile an der Andreasstraße beschlossen. Durch diese Tieferlegung wurden Arbeiten am justizfiskalischen Gelände notwendig und zwar: Abschachtung des Hofes, Unterfangung des Weiber-Gefängnisses und die Herstellung von Einfahrtstoren von der Hardenbergstraße aus. Der Justizfiskus forderte von der Stadtgemeinde die Uebernahme der Kosten für diese Arbeiten auf Straßenausbaukosten, weil sie durch die Anlage der Straße bedingt worden seien.

Beide Forderungen wurden von der Stadtgemeinde abgewiesen. Bei dem von der Stadtgemeinde zur Hardenbergstraße abzutretenden Gelände handelt es sich nicht um bereits vorhandene öffentliche Wegeflächen. Zur Tragung der Kosten für Arbeiten die durch die Anlage der Hardenbergstraße an den anliegenden Grundstücken notwendig sind ist die Stadtgemeinde rechtlich nicht verpflichtet. Der Justizfiskus regte nunmehr

Einigungsverhandlungen

an, die der Magistrat annahm, wobei er gleichzeitig vorschlug, in Vergleichsverhandlungen wegen der Nikolaistraße einzutreten.

Diese Vergleichsverhandlungen haben nunmehr zu den in dem beiliegenden Aktenstück Nr. 937/16 auf Blatt 80 niedergelegten Vergleichsvorschlag geführt. Danach zahlt die Stadtgemeinde für die vom Justizfiskus in der Nikolaistraße an die Stadtgemeinde aufzulassenden Straßenflächen den Gesamtbetrag von 4565 Mark. Die gerichtliche Forderung beträgt hier, wie oben gesagt, 10 935 Mark. Die gerichtlichen Kosten werden von jeder Partei zur Hälfte getragen, die außergerichtlichen Kosten werden gegeneinander aufgerechnet. Die durch die Anlegung der Hardenbergstraße entstehenden Kosten für Arbeiten auf dem justizfiskalischen Grundstücke bis zum Höchstbetrage von 3000 Mark werden zur Hälfte auf Straßenausbaukosten übernommen, so daß also die Stadtgemeinde als Anliegerin die Hälfte dieser Kosten mit 1500 Mark zu tragen hat.

Der Referent bemerkte im Anschluß hieran: Sie haben aus diesem Berichte gehört, um was es sich handelt. Wenn hier der Vorberatungsausschuß nach längerem Beraten dazu gekommen ist, die Annahme des Vergleiches zu empfehlen, so geht er dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß in der jetzigen Kriegszeit Prozesse möglichst beigelegt werden sollen, umso mehr, als keine Aussicht besteht, mit dem Prozesse durchzudringen. Wir brauchen etwas weniger als die Hälfte zu zahlen. Wir würden bei einer Fortführung des Prozesses in keinem Falle günstiger abschneiden. Zu den 4565 Mark kommen noch die gerichtlichen Kosten, die jede Partei zur Hälfte zu zahlen hat. Im ganzen werden also 7000 Mark für diese Erwerbsflächen und die Vornahme von Arbeiten zu zahlen sein. Der Vorberatungsausschuß hat sich mit der Fassung dieses Vergleiches einverstanden erklärt und ich möchte bitten, dem Vergleich zuzustimmen.

Stadtverordneter Müller I fragt an, ob das Ortsstatut, wonach die Hausbesitzer zur Zahlung verpflichtet sind, nicht auch für den Justizfiskus maßgebend sei.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld: Die gleiche Frage hat den Vorberatungsausschuß beschäftigt. Es ist richtig, das Ortsstatut besteht seit dem Jahre 1883. Es ist in den ersten Jahren nicht gehandhabt worden. Es ist festgestellt, daß erst seit dem Jahr 1894 dieses Ortsstatut zur Anwendung gekommen ist. Der Justizfiskus hatte damals noch keine Verpflichtungen zur Anlegung von Bürgersteigen.

Stadtverordneter Müller I: Es kommen doch auch Pflasterkosten innerhalb des Grundstücks in Frage.

Stadtverordneter Rudzinski: Von Pflasterkosten ist nicht die Rede. Es handelt sich um Arbeiten, die mit der Tiefverlegung der Straße zusammenhängen.

Stadtverordneter Ulrich: Es handelt sich darum, die Vergleichsverhandlungen zum Abschluß zu bringen. In dem Vergleiche sind natürlich nicht alle Bestimmungen korrekt innegehalten. Das ist bei jedem Vergleiche so. Sonst kommt der Vergleich überhaupt nicht zustande. Wir wollen die Sache doch einmal totmachen. Selbst wenn die Bestimmungen korrekt innegehalten würden, so würden wir eine andere Summe auch nicht zu zahlen haben, als die im Vergleiche vereinbarte.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Vergleiche einverstanden.

Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Ladengeschäften.

Stadtverordneter **Brauer** referiert über den Erlaß einer statutarischen Anordnung über Beschäftigung von Gewerbegehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an den Sonn- und Festtagen. Der Verein selbständiger Kaufleute hat am 19. Dezember an den Magistrat ein Schreiben gerichtet, in welchem diesem davon Mitteilung gemacht wurde, daß der Verein beschloffen hat, die Läden an Sonn- und Feiertagen nur von 11 bis 1 Uhr offen zu halten. Unter Bezugnahme auf diesen Beschluß ist eine Umfrage bei 240 Firmen veranstaltet worden, wie sie sich zu dem Beschlusse stellen. Nur 50 haben sich dagegen erklärt. Der Magistrat hat hierauf den Erlaß folgenden Ordstatuts beschloffen:

„Auf Grund § 105b Absatz 2 und § 142 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich wird nach Anhörung der beteiligten Gewerbetreibenden und kaufmännischen Angestellten unter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung für den Gemeindebezirk der Stadt Rattowik folgendes bestimmt: Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an den Sonn- und Festtagen nur in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags beschäftigt werden. Ausgenommen von dieser Anordnung sind die zwei letzten Sonntage vor Ostern, der letzte Sonntag vor Pfingsten und die drei letzten Sonntage vor Weihnachten, an denen eine weitergehende Beschäftigung der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe während der von der Polizeibehörde für diese Tage festgesetzten Beschäftigungszeit zulässig ist.“

Der **Berberatungsausschuß** hat dazu folgenden Beschluß gefaßt: Den statutarischen Bestimmungen wird zugestimmt mit der Maßgabe, daß es heißt: „In handelsgewerblichen Betrieben, die mit einer offenen Verkaufsstelle verbunden sind, dürfen Gehilfen usw.“ Ich bitte dem Beschlusse des Magistrats mit dem Zusatz des Beratungsausschusses beizutreten.

Stadtverordneter **Herrmann** fragt an, wie die Sache gedacht ist mit dem Verkauf von Bäckereien. Er hält es nicht für richtig, daß in dieser gegenwärtigen schweren Zeit das Publikum in den Sonntagen erst um 11 Uhr Brot bekommen soll.

Stadtverordneter **Boehm**: Ich meine, die Bäckereibetriebe haben schon Freiheiten und Ausnahmen für die Sonntage. Sie dürfen nachmittags von 6 bis 7 Uhr offen halten.

Stadtverordneter **Pinkus**: Ich habe Bedenken im Interesse der Einwohnerschaft. Die Bedenken des Kollegen Herrmann sind nicht von der Hand zu weisen. Ich bin der Ansicht, daß die Bäckereien keine offenen Handelsbetriebe sind.

Stadtverordneter **Brauer** kann die Bedenken des Kollegen Herrmann nicht teilen. Hier handelt es sich um einen gewerblichen Betrieb. Die Mehrzahl der Geschäftsleute hat sich für die Offenhaltung von 11 bis 1 Uhr ausgesprochen.

Stadtverordneter **Boehm**: Das Publikum wird nicht geschädigt werden, wenn erst um 11 Uhr aufgemacht wird. Ich halte eine Benachteiligung des Publikums für ganz ausgeschlossen. Redner bittet dringend, die Sache anzunehmen, wie sie hier vorgeschlagen ist.

Stadtverordneter **Herrmann** wünscht volle Klärung der Angelegenheit. Die Königliche Polizei würde ihn in Strafe

nehmen, wenn er unberechtigterweise in den Morgenstunden offen hatte.

Stadtverordneter Brauer: Ich betone nochmals, daß es sich bei den Bäckereien nicht um handelsgewerbliche Betriebe handelt, sondern um handwerksmäßige Betriebe und diese scheiden aus.

Stadtverordneter Vogel schlägt vor, den Zusatz zu machen: Handwerksmäßige Betriebe sind ausgenommen.

Stadtverordneter Wanjura beantragt nochmalige Verweisung an den Vorberatungsausschuß, da Klarheit nicht herrsche.

Stadtverordneter Scharff spricht sich im Sinne des Stadtverordneten Herrmann aus.

Stadtverordneter Griesse: Die Bäckereien können Brot in den Morgenstunden garnicht verkaufen, da nach dem bestehenden Nachtbackverbot solches nicht zur Verfügung steht.

Stadtverordneter Hoffmann: Der Verkauf der Bäckereien ist unlösbar verbunden mit einem handwerksmäßigen Betriebe. In den Bäckereien wird nichts anderes verkauft als die Erzeugnisse, die aus dem Betriebe hervorgehen. Meines Erachtens ist es nicht zulässig, die Bäckereien auf dieselbe Stufe zu stellen mit den Handelsbetrieben. Der Händler verkauft Waren wieder, die er anderswo eingekauft hat, nicht die er selber hergestellt hat. Das trifft bei den Bäcker- und Fleischerläden nicht zu.

Stadtverordneter Herrmann wendet sich gegen die Ausführungen des Stadtverordneten Griesse, daß Brot in der Früh nicht verkauft werden könne. Das sei nach den Bundesratsbestimmungen zulässig. Es muß in dem Statut stehen: Bäckereien und Fleischereien sind ausgeschlossen.

Stadtrat Ruoff schlägt vor, das Statut anzunehmen unter dem Vorbehalt der Nachprüfung der Angelegenheit durch Bürgermeister Sen.

Stadtverordneter Rubiz meint, die Bäcker sollen das Brot in der Werkstelle zum Verkauf bringen.

Stadtverordneter Herrmann bemerkt, daß dies nicht zulässig sei.

Stadtverordneter Hoffmann schlägt den Zusatz vor: Bäckereien und Fleischereien gelten nicht als Handelsbetriebe.

Stadtverordneter Borinski: Wir können nicht gegen das Gesetz arbeiten. Bäckereien und Fleischereien gelten gesetzlich als Handelsbetriebe. Sie zahlen Beiträge zur Handelskammer. Wir können höchstens sagen: Bäckereien und Fleischereien sind von der Bestimmung ausgeschlossen.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld: Wenn keine Einigkeit herrscht, müssen wir die Angelegenheit vertagen.

Die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

Beihilfe für fahrbare Kriegsbüchereien.

Stadtverordneter Dr. Hoffmann referiert über die Gewährung einer Beihilfe an den Ausschuß für fahrbare Büchereien an der Front. Magistrat und Vorberatungsausschuß schlagen eine einmalige Beihilfe von 300 Mark vor. Die Versammlung bewilligt den Betrag.

Beihilfe für die deutsche Dichter-Gedächtnisstiftung.

Stadt. Dr. Hoffmann referierte über die Gewährung einer Beihilfe an die deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung: Die deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung hat eine besondere Stiftung für Kriegsbüchereien für Lazarette, einzelne Truppenteile und Kriegsgefangene. Bis Ende 1916 wurden 454 742 Bücher ausge-

teilt. Die Mittel der Stiftung sind erschöpft und sie bittet neuerdings um Unterstützung. Der Magistrat hat beschlossen, eine einmalige Unterstützung von 30 M zu bewilligen. Der Vorberatungsausschuß ist dem Beschlusse beigetreten. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Nachtrag zur Grundsteuerordnung.

Stadtverordneter Borinski referiert über den Erlaß eines Nachtrages zur Grundsteuerordnung vom 30. April 1913. Der § 3 soll die Fassung erhalten, daß für die im Jahre 1917, 1918 und 1919 der bei der Veranlagung für die Steuerjahre 1914 bis 1916 ermittelte gemeine Wert der Grundstücke ohne Neuschätzung zu Grunde gelegt werden soll. Von Oppeln ist nun gesagt worden, daß diese Form der Fassung nicht auf Annahme zu rechnen habe, weil sie zu weit hinausgeht. Es sei doch vorgekommen, daß sich in so langen Perioden der Wert der Grundstücke verändert. Es soll deshalb das Jahr 1919 wegbleiben. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Vertragsänderung mit den D. E. W.

Stadtverordneter Pinks referiert über die Aenderung des Vertrages mit den D. E. W. über die Beleuchtung des Stadttheaters. Es handelt sich um die Entnahme von Strom außerhalb der Sperrzeit insbesondere für die Nachmittagsvorstellungen. Kraft und Strom sollen künftig einheitlich gemessen werden und zwar sollen 20 Pfennige für die Benutzung außerhalb der Sperrzeit, sonst 4 Pfennige in Anrechnung gebracht werden. Die D. E. W. haben sich mit dieser Aenderung einverstanden erklärt. Der neue Vertrag soll bis zum 31. Dezember 1918 Gültigkeit haben. Zunächst hat die Stadt die Kosten zu tragen, bei Neuabschluß des Vertrages mit dem Theaterdirektor habe dieser die Kosten zu übernehmen. Die Versammlung erklärt sich mit der Vertragsabänderung einverstanden.

Wahlen.

Als Mitglied und Ersatzmann für die verstärkte Ersatzkommission des Stadtkreises Rattowitz wurden gewählt die Stadtverordneten Münch und Klimanek.

Zum Mitglied für das Sparkassenkuratorium wurde Stadtverordneter Kraemer gewählt.

Zum Mitglied für die Steuerverwaltung wurde Stadtverordneter Albrich gewählt.

Die Gewählten nahmen, soweit sie anwesend waren, die Wahl an.

Auslosung von Stadtoobligationen aus der Anleihe 1899.

Schließlich wurde noch die Auslosung von Stadtoobligationen aus der Anleihe 1899 vorgenommen. Es werden ausgelost von Serie A 5 Stück à 5000 Mark die Nummern 8, 87, 9^e 69, 108; von Serie B 5 Stück à 2000 Mark die Nummern 86, 3, 7, 109, 11; von Serie C 27 Stück à 500 Mark die Nummern 520, 360, 648, 764, 763, 372, 369, 373, 855, 450, 358, 755, 643, 417, 418, 419, 359, 355, 356, 357, 679, 354, 420, 421, 761, 952, 801.

Schluß der Sitzung ¾7 Uhr.

— fo. —

Donnerstag, 29. März, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Kenntnisnahme von dem vorläufigen Abschluß der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1916.
3. Genehmigung von Haushaltsplanüberschreitungen für das Rechnungsjahr 1916.
4. Erhöhung des Pflegegeldes für die städtischen Ziehfinder.
5. Erhöhung des Pflegegeldes für die in Bogutschül untergebrachten ortsarmer Personen.
6. Bewilligung von Mitteln für die Weiterbeschäftigung einer Hilsschwester im städtischen Krankenhaus.
7. Bewilligung von Mitteln für ein Dienstmädchen im Armenhause.
8. Gewährung einer außerordentlichen Zulage zum Stiefelgeld für die Polizeisergeanten.
9. Festsetzung der Saalungen für die Hindenburg-Stiftung.
10. Beitritt zur Kriegshilfskasse für die Provinz Schlesien.
11. Änderung des Ortsstatuts der gewerblichen Fortbildungsschule für den Stadtbezirk Rattowir.
12. Zeichnung auf die 6. Kriegsanleihe seitens der Stadt.
13. Bewilligung der Unterhaltungskosten für die in Provinzialstellen untergebrachten blinden und taubstummen Kinder für die Rechnungsjahre 1912/1915.
14. Gewährung von Zulagen an die Maschinenschreiberinnen und Angestellten und Bewilligung der Mehrausgaben hierfür.
15. Gewährung der laufenden Feuerungszulage an die Lehrpersonen der Knaben- und der Mädchenmittelschule.
16. Erhöhung der Badepreise.
17. Erhöhung der Gaspreise.
18. Weitergewährung einer Wohnungsbeihilfe an einen städtischen Beamten.
19. Gewährung einer einmaligen Beihilfe an die Witwe eines städtischen Beamten.
20. Festsetzung des Witwen- und Waisengeldes für die Hinterbliebenen des Polizeisergeanten Straß.
21. Erlass einer statutarischen Anordnung über Beschäftigung von Gewerbegehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an den Sonn- und Festtagen.

Anwesend sind die Herren: Grünfeld, Pistorius, Banjura, Borinski, Kraemer, Ulbrich, Glaser, Schalicha, Junge, Dr. Preiß, Gentower, Müller I, Breslawer, Boehm, Herrmann, Pinkus, Rudzinski, Rubiz, Selonek, Drees, Klimanek, Scharff, Bofornp.

Entschuldigt fehlen die Herren: Altmann, Siwinna, Rafschinski, Trupke, Braetsch, Wohltnek, Hoffmann, Brauer und die im Felde befindlichen Herren.

Nicht entschuldigt: Vogel, Münch.

Der Magistrat ist vertreten durch die Herren: Oberbürgermeister Wohlmann, Stadtrat Reige, Stadtrat Ruoff, Stadtbaurat Delsner und Bürgermeister Len.

Nachweisung der städtischen Sparkasse für das Rechnungsjahr 1916.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld: Es liegt vor das Revisionsprotokoll der städtischen Sparkasse für den Monat Januar und gleichzeitig eine Prüfung des Jahresabschlusses. Hierzu überreicht der Magistrat eine Nachweisung der städtischen Sparkasse für das Rechnungsjahr 1916. Dieser ist zu entnehmen: Die Zahl der Sparer hat im Jahre 1916 zugenommen. Im Jahre 1915 waren 14 369 Stück Sparfassenbücher vorhanden. Im

Jahre 1916 waren vorhanden 15 339 Stück Sparkassenbücher, so daß eine Zunahme der Sparbücher von 1024 Stück zu verzeichnen ist. Insbesondere hat die Zahl der kleinen Sparer zugenommen. Am Schlusse des Jahres 1915 stellten sich die Spareinlagen auf 9 133 499,41 M. Dagegen war am Schlusse des Jahres 1916 ein Bestand von 9 525 758,96 M. vorhanden. Der Reservefonds stellte sich Ende 1915 auf 831 889 M, Ende 1916 auf 682 006 M. Diese Verringerung ist durch Abschreibungen von 287 911 M Kursverluste bei Inhaberpapieren hervorgerufen worden. Der bare Kassenbestand beträgt: 243 780 M, der inzwischen zur Deckung vorübergehend aufgenommener Darlehen verwendet worden ist. Am 28. Februar fand eine Revision der Sparkasse statt. Es fand sich nichts zu erinnern. Ende Januar 1917 betrugen die Verbindlichkeiten 3 450 700 M, Ende Februar 2 925 200 M, das bedeutet eine Verminderung von 129 500 M.

Am 19. März fand eine Revision der Stadthauptkasse statt. Sie weist einen Bestand von 3 360 859,12 M auf.

Die Tenerungszulage für das Lehrpersonal.

Der Magistrat teilt mit: Die einmalige Tenerungszulage für das Lehrpersonal ist Anfang Februar von der Stadthauptkasse für Rechnung der Regierungshauptkasse Oppeln bezahlt. Der Betrag ist bereits erstattet. Die Zahlungsanweisung für die Kriegsbeihilfen nach dem ministeriellen Erlasse soll den gehaltzahlenden Kassen bis Ende Februar zugehen. Die laufende Kriegsbeihilfe ist bis jetzt noch nicht gezahlt.

Bestätigung der Wahl von Lehrerinnen.

Die Königlich Regierung hat die Wahl der Lehrerinnen Werndt und Boronowski, sowie der Lehrer Christof und Nagzi an die hiesigen Volksschulen mit Gültigkeit vom 1. April 1917 bestätigt.

Der vorläufige Abschluß der Stadthauptkasse.

Referent Stadtb. Borinski: Die im Abschluß aufgeführten Zahlen beruhen zum Teil nur auf Schätzung; sie können deshalb als endgültig nicht angesehen werden. Der Abschluß ergibt einen Mehrbetrag von 1200 Mark. Hierbei sind aber folgende bewilligte Ausgaben nicht berücksichtigt: Restkosten für den Bau der Krankenhausbaracke mit 46 000 M, Restkosten für den Ausbau des Weges und der Rollstraße nach Sosnowitz 61 000 M, Beihilfe für den Zentralhilfsfonds 100 000 M, ferner die noch nicht bekannten Beträge zu den Polizeikosten für die Zeit vom 1. 10. 1916 bis 31. 3. 1917, welche nach den Ersparnissen beim Polizeihaushaltungsplan mit rund 43 000 M angenommen werden. Der Fehlbetrag im Rechnungsjahre 1916 dürfte also rund 250 000 M betragen. Hierzu kommt noch der Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1915 mit 52 222 M, so daß

der Gesamtfehlbetrag 302 222 M

erreichen wird. Das Gesamtergebnis für 1916 beeinflusst sehr der Abschluß der Betriebsanstalten. So wird das Badehaus an Zuschuß mehr erfordern rund 16 000 M. Das Schlachthaus wird einen Zuschuß von rund 123 000 M brauchen. Die Gasanstalt wird 37 000 M, das Wasserwerk 17 000 M und die Marienverwaltung 41 000 M weniger bringen. Das sind zusammen 234 000 M. Dem gegenüber ist

der Eingang an Steuern günstiger

zu nennen. Bei den direkten Steuern dürfen gegen den Haushaltsplan mehr eingehen 210 000 *M.*, während die indirekten Steuern insgesamt den im Haushaltsplan vorgeesehenen Betrag erreichen dürften.

An schwebenden Schulden sind zur Zeit aufgenommen: zur Zeichnung von 1 000 000 *M.* Kriegsanleihe 984 000 *M.*, zur Deckung der bis jetzt gezahlten Reichsfamilienunterstützungen an Angehörige der zum Kriegsdienst Einberufenen und zur Bezahlung der Zinsen der zum 2. aufgenommenen Darlehen 1 675 000 *M.* Dem 1. Darlehen steht der Wert der gezeichneten Kriegsanleihe von 1 000 000 *M.* gegenüber. Von dem 2. Darlehen sind an Reichsfamilienunterstützungen bis heute gezahlt worden 1 790 262 *M.*, an Zinsen für diese Darlehne 60 781 *M.*; zusammen 1 851 043 *M.* Außerdem steht zur Zeit ein barer Kassenbestand von 394 000 *M.* zur Verfügung. Der Betriebsfonds in Höhe von 220 000 *M.* und die aus früheren Anleihen noch vorhandenen Mittel mit 166 685 *M.*, zusammen mit 386 685 *M.*, haben dazu beigetragen, daß eine größere Schuld, als wie die oben aufgeführte nicht aufgenommen werden brauchte, trotz des voraussichtlichen Fehlbetrages von rund 300 000 *M.*

Bei der Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln usw. haben sich nach dem Stande von heute folgende Gewinne und Verluste ergeben: Gewinn: Mehl 159 077 *M.*, Futtermittel 22 802 *M.*, Hülsenfrüchte 3542 *M.*, Teigwaren, Rubeln usw. 816 *M.*, Kakao 29 *M.*, Zucker, Honig, Süßstoff, Sirup 9138 *M.*, Butter 12 914 *M.*, Eier 3612 *M.*, Käse 246 *M.*, Speiseöl 312 *M.*, Delfardinen 42 *M.*, Fische, Serringe und Räucherwaren 3982 *M.*, Kondensierte Milch 826 *M.*, Konserven 2070 *M.*, Wurst 2276 *M.*, Wild 148 *M.*, Schinken, Speck und Fettwaren 5198 *M.*, Schweine 58 265 *M.*, Rinder, Kälber, Schafe 3822 *M.*, zusammen Gewinn 289 117 *M.* Verluste: Margarine 186 *M.*, Geflügel 5098 *M.*, Gemüse, Kraut, Obst, Südfrüchte 16 590 *M.*, Kartoffeln rund 86 000 *M.*, zusammen Verluste 107 874 *M.*

Es verbleibt also ein Gewinn von 181 243 *M.*

Von diesem Betrage sind bereits gedeckt worden: Die bei der allgemeinen Verwaltung im Rechnungsjahre 1915 verausgabten persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten des Lebensmittelamtes mit 26 459 *M.*, die Beihilfe der Stadt für den Zentralhilfsfonds mit $2 \times 30\,000\text{ }M. = 60\,000\text{ }M.$, die Beihilfe der Stadt für den Zentralhilfsfonds mit 75 000 *M.*, die für Oktober 1915 bar gezahlte Zusatzunterstützung zu der Reichsfamilienunterstützung an die Angehörigen der einberufenen Reservisten mit 11 867 *M.*, die den Händlern zugebilligte Entschädigung bei dem Verkauf frischer Milch mit 17 245 *M.*, zusammen 190 571 *M.* Es sind also noch ungedeckte 9328 *M.*

Außerdem bleiben noch zu decken, die bei der allgemeinen Verwaltung im Rechnungsjahre 1916 verausgabten persönlichen und sachlichen Kosten des Lebensmittelamtes, die zur Zeit betragen rund 40 700 *M.* Hiernach ist es ausgeschlossen, daß die für den Zentralhilfsfonds weiter bewilligte und gezahlte Beihilfe von 100 000 *M.* aus dem Gewinn für Lebensmittel usw. bezahlt wird. Sie muß vielmehr bei der allgemeinen Verwaltung verbucht werden und trägt, wie ich zu Anfang meines Berichtes ausführte, zur Erhöhung des Fehlbetrages des Rechnungsjahres 1916 bei.

Dieser hier nachgewiesene Bestand kann als nicht ungünstig bezeichnet werden. Die Aussichten für das Jahr 1917 lassen

sich demnach nicht zu schlecht an. Die Summen, die den Fehlbetrag in diesem Jahre ausmachen, werden im nächsten Jahre nicht wiederkehren. Es sind bewilligte Ausgaben, die nur einmalig sind. Es ist anzunehmen, daß im nächsten Jahre mancherlei Extra-Bewilligungen kommen werden, daß also immerhin der Haushaltssolan nicht ganz so pünktlich balancieren wird, wie in diesem Jahre sich zeigt; auf der anderen Seite ist aber nach dem bisherigen Ergebnis zu hoffen, daß die direkten Steuereinkünfte nicht sehr schlecht sein werden und wir können hoffen, daß das Jahr 1917 noch glimpflich verlaufen wird, so daß die Annahme berechtigt erscheint, daß wir aus dem Kriege mit unerschütterten Finanzen hervorgehen werden.

Oberbürgermeister Pohlmann über die Finanzlage der Stadt.

Oberbürgermeister Pohlmann: Den Ausführungen der Referenten möchte ich einiges hinzufügen. Ich glaube, richtig ist, wenn ich auch vom Magistratsrathe aus davon weise, wie unsere Finanzen in den Kriegsjahren gesund geblieben sind, daß wir, wie der Berichtstatter gesagt hat, Hoffnung haben können, trotz der schweren Kriegszeit mit **gesunden und heilen Finanzen aus dem Kriege hervorzugehen.**

Der Berichtstatter hat schon darauf hingewiesen, daß für 1917 sich die Verhältnisse insofern günstiger gestalten, daß einmalige Ausgaben, die für 1915/16 eingelegt wurden, in der nächsten Zeit nicht vorgezogen sind. Auch die Einnahmen von der Eisenbahn werden sich günstiger gestalten. Dann ist auch eine finanzielle Erleichterung durch die Einführung der Königlich Preussischen Polizei geschaffen worden, die im nächsten Jahre in vollem Umfange zur Geltung kommen wird. Andererseits ist natürlich damit zu rechnen, daß wir

den Beamten erhöhte Teuerungszulagen werden zahlen müssen.

Der Staat hat die Zulagen erhöht und es bleibt nichts anderes für uns übrig, als dem Vorgehen des Staates zu folgen. Schließlich wissen wir auch heute nicht, welche Ausgaben wir für den Zentralhilfsfonds zahlen müssen. Eine große Zahl von Kindern werden wir auf das Land schicken müssen.

500 Kinder sind angemeldet, die auf das Land kommen sollen.

Es ist nicht klar, wie weit wir da Zuschüsse zahlen müssen. Jedenfalls werden uns erhebliche Ausgaben nach dieser Richtung bevorstehen. Aber im allgemeinen dürfen wir sagen, daß unsere Finanzen gesättigt und klar dastehen, daß wir in der Lage sein werden, das Jahr 1917 in gleicher Weise zu überdauern. Der Berichtstatter hat auf die schwebenden Schulden hingewiesen. Sie sind erheblich geworden und steigen durch die Vorlagen, die sie heute bekommen haben, zur Beteiligung an der sechsten Kriegsanleihe und die Ausgaben für die Hindenburgstiftung. Die Kriegsanleihe wird uns dauernd in irgend einer Form zur Last bleiben, wenn es nicht später gelingt, sie an Dritte abzugeben. Schwer liegt die Unsicherheit der Verhältnisse hinsichtlich der Reichsunterstützung über uns. Das Reich hat anerkannt, daß die gesetzlichen Familienunterstützungen vom Reiche gezahlt werden sollen, aber nicht wann. Wir haben angenommen, daß die

Zinsen nicht erstattet werden. Wenn wir auch die hohen Beträge nicht zurückbekommen, so wird das eine erhebliche Verschuldung für die Stadt sein. Wir hoffen, daß, wenn der Krieg gut ausgeht, das Reich eine große Kriegsschädigung erhält, und dann auch in der Lage ist, die Beträge zu erstatten.

Wir dürfen unbesorgt dem Jahre 1917 entgegensehen, wünschen und hoffen, wenn nicht ganz besondere Ereignisse dazwischen treten, daß wir Ende 1917 mit einem günstigen Ergebnis vor Sie hinkreten werden.

Die Lebensmittelversorgung der Stadt.

Oberbürgermeister Pohlmann wendet sich nun der Lebensmittelversorgung der Stadt zu und führt aus: Neben den finanziellen Sorgen steht die Versorgung mit Lebensmitteln im Mittelpunkt des Interesses. Da kann ich zunächst die erfreuliche Feststellung machen, daß wir hinsichtlich der Kartoffelversorgung besser dastehen, als wir anfangs glaubten. Wir haben in Mieten noch ein Quantum von 3300 Zentnern lagern.

Es ist unrichtig, daß ein erheblicher Prozentsatz verfault oder verborben sei.

Wir haben nur etwa 1 Prozent Verlust gehabt. Es ist möglich, daß sich dieser Prozentsatz erhöht. Aber im allgemeinen sind wir mit der Kartoffellieferung glücklich davongekommen. Ferner sollen wir von auswärtig ein Quantum von 56 733 Zentnern bekommen. Wenn wir das alles bekommen, werden wir sicherlich bis zur neuen Ernte langen. Gegenwärtig beläuft sich der Wochenbedarf auf 1500 Zentner. Selbst wenn wir den Wochenbedarf verdoppeln würden, würden wir, wenn wir die 56 000 Zentner, die uns zustehen, wirklich hereinbekommen, außerordentlich glatt durchkommen. Ich glaube aber nicht, daß wir alles herein bekommen werden. Wir sollen erhalten: Aus dem Kreise Pless 10 000 Zentner, aus Lublinitz 12 000 Zentner, aus Falkenberg 4000 Zentner, aus Bosen 9000 Zentner und aus Leobschütz ebenfalls eine größere Menge. Ich möchte annehmen, daß wir sicherlich so viel Kartoffeln bekommen, daß wir auch

die erhöhte Ration von $\frac{3}{4}$ Pfund pro Kopf und Tag

werden geben können. In der letzten Zeit haben wir Kartoffeln nicht ausgeben können, weil infolge des Frostes die Zufuhren ausblieben und wir an die Mieten nicht heran konnten. Wir werden aber in der Lage sein, künftig $\frac{3}{4}$ Pfund verabsorgen zu können. Es wird hoffentlich nunmehr auch gelingen, von weiteren Angriffen der bei den Privathanshaltungen lagernden Kartoffelbeständen Abstand nehmen zu können.

Die Mehlversorgung hat von Anfang an gut geklappt und es ist nicht einzusehen, woher die Gerüchte stammen, wonach das Mehl nicht vorhanden sei. Allerdings muß sich die Bevölkerung daran gewöhnen, daß sie mit einem geringeren Quantum von Mehl auskommt. Auch für Saatkartoffeln ist gesorgt. 800 Zentner sind uns bereits zugewiesen. Wir werden unsere Einwohner rechtzeitig versorgen und eventuell aus unseren Beständen hergeben.

Die Fleischversorgung ist in letzter Zeit wieder Gegenstand von Angriffen gewesen. Ich bitte da zu berücksichtigen: Wir selbst sind garnicht in der Lage, wesentliches daran zu ändern.

Wir haben unsere Pflicht und Schuldigkeit getan, wenn das Fleisch nicht in genügender Quantität herankommt.

Heute muß erklärt werden, daß es in nächster Zeit mit dem Schweinefleisch nicht besser werden wird.

Vom 1. Mai ab wird die Schweinefleischversorgung fast ganz aufhören. Dafür wird die Fleischzulage in anderen Sorten erhöht werden, so daß wir für die Woche 500 Gramm bekommen sollen.

Es ist nicht ganz sicher, daß wir dieses Quantum von 500 Gramm immer hereinbekommen.

Es werden Verkehrserschwierigkeiten auftreten, an denen aber nicht die Eisenbahn schuld ist, vielmehr ein Mangel an Frachtraum. Ich sage das absichtlich vor der Öffentlichkeit, damit, wenn die 500 Gramm vom 16. April ab nicht da sind, nicht gleich eine Erregung in der Bevölkerung entsteht. Die Erfahrung hat gezeigt, daß es nicht richtig ist, nur für einen Teil der Bevölkerung Schweinefleisch abzugeben. Wir haben den Versuch gemacht, indem wir die unterste Klasse mit Schweinefleisch versorgten. Aber es hat sich gezeigt, daß die Einwohnerschaft unbedingt Schweinefleisch für die ganze Bevölkerung begehrt. Die Ereignisse am letzten Dienstag führen dahin, daß, wenn künftig Schweinefleisch nur für die Klasse A vorhanden ist, überhaupt Schweinefleisch nicht ausgegeben wird, sondern daß das Schweinefleisch mit dem Rindfleisch verarbeitet und als Würst für die gesamte Einwohnerschaft zur Ausgabe kommt.

Die Milchversorgung ist zur Zeit außerordentlich knapp. Wir bekommen kaum den Rotbedarf an Milch heran. Eine Besserung ist nicht zu erwarten und es ist anzunehmen, daß die Milch- und Butterversorgung hier wie im ganzen Reiche sich künftig schlechter gestalten wird als bisher. Dagegen ist die Eierversorgung hier außerordentlich gut.

In der städtischen Gärtnerei wird Gemüse in großer Menge gezogen, so daß Pflanzen an sämtliche Gärtnereien abgegeben werden können. Von städtischen Gärtnereien haben wir im vorigen Jahre Parzellen für Kleingärten im Umfange von 102 133 qm zurgeteilt, in diesem Jahre 148 254 qm. Außerdem haben wir versucht, Gemüseverträge abzuschließen mit größeren Lieferanten, um den Markt zu versorgen.

So können wir der Nahrungsmittelversorgung mit einiger Ruhe entgegensehen und ich glaube, daß wir bis zur nächsten Ernte durchhalten und daß sich die Verhältnisse günstiger gestalten, als sie sich zunächst in der Auffassung der Bevölkerung dargestellt haben.

Infolge der Schwierigkeiten sind

in der Stadt ganz unsinnige Gerüchte im Umlauf

gekommen. So ist gesagt worden, daß man ohne ein Gesundheitsattest nicht mehr nach Polen hinüber dürfe. Ein solches Gesundheitsattest war schon immer erforderlich. Ebenso unsinnig ist das Gerücht, daß in einer Nachbarstadt 9 Fälle von Hungerthypus vorgekommen seien. Die Feststellungen haben ergeben, daß überhaupt keine Fälle von Typus vorgekommen sind. Außerdem habe ich Gelegenheit gehabt, über die Angelegenheit mich mit dem Herrn Kreisarzt zu unterhalten. Dieser sagte mir: Wissenschaftlich gibt es überhaupt keinen Hungerthypus. Was man für gewöhnlich im Volksmunde mit Hungerthypus bezeichnet, das wäre

Mectinphus. Der Mectinphus ist eine Infektionskrankheit, die mit dem Hunger gar nichts zu tun hat. Der Herr Kreisarzt fügte hinzu, daß

der Gesundheitszustand in der Stadt noch niemals so günstig gewesen ist als jetzt.

Es liegt gar kein Anlaß zu Befürchtungen oder Gerüchten vor. Ich möchte bitten, davon Kenntnis zu nehmen und dafür zu sorgen, daß diesen Gerüchten, die uns in der Öffentlichkeit sehr schaden, entgegengetreten wird.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld dankt dem Redner für die eingehenden Ausführungen, die im beruhigenden Sinne erfolgt seien.

Stadtverordneter Boehm fragt an, worauf die enormen Verluste bei der Lebensmittelanschaffung zurückzuführen seien, und wodurch der Verlust bei den Kartoffeln, der seiner Zeit mit 60 000 Mark angegeben wurde, jetzt auf 85 000 Mark gestiegen sei.

Oberbürgermeister Pohlmann bemerkt hierzu: Die Verluste kommen daher, daß wir erstens keine Einwände gegen die Beschaffenheit der Waren machen dürfen und die Waren annehmen müssen, wie wir sie erhalten. Im wesentlichen rühren die Verluste daher, wenn Waren verloren gehen oder die Gewichte nicht stimmen. Alles das geht zu unseren Lasten. An den Kartoffeln werden wir immer Verluste haben. Es kommen tagtäglich Leute und sagen, so und so viel Kartoffeln seien verkauft und fordern Ersatz. Den müssen wir leisten. Aber im übrigen ist unsere Bewirtschaftung der Lebensmittel so günstig, daß wir damit zufrieden sein können.

Der Vorsitzende stellt fest, daß sich die Versammlung mit dem vorläufigen Abschluß der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1916 einverstanden erklärt.

Saushaltsüberschreitungen für das Rechnungsjahr 1916.

Im ganzen sind für Ueberschreitungen 16 263 Mark erforderlich. Davon entfallen an größeren Beträgen 7000 M. auf Armenunterstützungen, 1300 M. für die Unterhaltung des Badehauses und 4300 M. für die Unterbringung von Pflegekindern. Die Versammlung genehmigt die Ueberschreitungen ohne Debatte.

Erhöhung des Pflegegeldes für die städtischen Ziehfinder.

Stadtverordneter Boehm: Das Pflegegeld für die städtischen Kinder betrug bisher 16 Mark. Es soll mit Rücksicht auf die erhöhten Lebensmittelpreise auf 20 M. erhöht werden.

Stadtverordneter Dr. Breiß macht darauf aufmerksam, daß 350 Kinder in Betracht kommen und 17 000 bis 18 000 M. im Betracht kämen. Es ist aber unsere Pflicht in dieser Zeit für die körperliche Entwicklung der Kinder doppelt zu sorgen und er empfehle deshalb die Bewilligung der Mittel. Dies geschieht.

Erhöhung des Pflegegeldes für die in Vogttschütz unter- gebrachten ortsarmen Personen.

Stadtverordneter Boehm: Für die in Vogttschütz untergebrachten ortsarmen Personen wurde bisher ein Pflegegeldsatz von 15 M. gezahlt. Dieser soll auf 17 M. erhöht werden.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Mittel für die Weiterbeschäftigung einer Hilsschwester im städtischen Krankenhaus.

Stadtverordneter Drees: Im städtischen Krankenhaus ist eine Hilsschwester angestellt und zwar zunächst bis 31. März dieses Jahres. Der Magistrat hat beschlossen, sie bis auf weiteres zu beschäftigen. Der Beratungsausschuß hat eine kleine Abänderung getroffen und den Beschluß gefaßt, sie zunächst nur bis 30. September zu beschäftigen.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Bewilligung von Mitteln für ein Dienstmädchen im Armenhause.

Stadtverordneter Wanjura: Im Armenhause soll ein Dienstmädchen eingestellt werden. Die Kosten belaufen sich auf 20 Mark. Der Beratungsausschuß hat der Vorlage zugestimmt mit der Maßnahme, daß die Mittel zunächst vom 1. April bis 31. März 1918 bewilligt werden.

Die Versammlung ist damit einverstanden.

Außerordentliche Zulage des Stiefelgeldes für die Polizei- sergeanten.

Ohne Debatte erklärt sich die Versammlung mit der Gewährung einer außerordentlichen Zulage von 20 M zum Stiefelgeld für die Polizeisergeanten einverstanden.

Die Satzungen für die Hindenburgstiftung.

Stadtverordneter Vistorius: Für die Hindenburgstiftung der Stadt Rattowitz waren Satzungen nötig. Sie lauten nach dem Entwurf des Magistrats:

§ 1.

Auf Grund der Beschlüsse der städtischen Körperschaften vom 18. und 23. Oktober wird zu Gunsten der Hinterbliebenen der im Kriege 1914 fg. gefallenen Rattowitzer Bürger, für Kriegsbeschädigte, die Rattowitzer Bürger sind und deren Angehörige eine Stiftung errichtet, welche mit Genehmigung Seiner Exzellenz des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und Benckendorff den Namen

„Hindenburg-Stiftung“

führt.

§ 2.

Aus der Stiftung sollen die Hinterbliebenen der im Kriege 1914 fg. Gefallenen, die Kriegsbeschädigten und deren Angehörige, Zuwendungen erhalten

§ 3.

Voraussetzung für die Gewährung der Zuwendungen ist, daß die im Kriege Gefallenen in Rattowitz ihren Wohnsitz hatten und deren Angehörige in Rattowitz wohnen, für die Kriegsbeschädigten, daß sie in Rattowitz ihren Unterstützungswohnsitz haben. Die Empfänger müssen der Unterstützung würdig sein.

§ 4.

Die Zuwendungen werden vom Magistrat oder dem von ihm bestimmten Ausschuß nach völlig freiem Ermessen festgesetzt. Sie werden nur auf Antrag gewährt, können niemals als ein klagbares Recht gefordert werden, und sind in jedem Falle nur eine jederzeit widerrufliche und abänderbare Vergünstigung.

Eine Klage, Beschwerde oder ein anderes Rechtsmittel findet

gegen die auf Grund dieser Bestimmungen erlassenen Festsetzungen und Verfügungen nicht statt.

§ 5.

Der einzusetzende Ausschuss besteht aus dem Ersten Bürgermeister als Vorsitzenden, an dessen Stelle in Behinderungsfällen der gesetzliche Vertreter tritt, einem Magistratsmitgliede als stellvertretenden Vorsitzenden, der gleichzeitig die Geschäfte der Stiftung führt, einem weiteren Magistratsmitgliede und drei Stadtverordneten.

Die Mitglieder des Magistrats bestimmt der Erste Bürgermeister, die Stadtverordneten werden von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt.

§ 6.

Das Stiftungsvermögen besteht aus der von der Stadtgemeinde gezeichneten Summe von 300 000 M., aus deren Zinsen und aus sonstigen Zuwendungen.

§ 7.

Diese Bestimmungen treten sofort in Kraft.

Der Vorberatungsausschuss hat den Beschluss gefasst, daß die Paragraphen 1 und 3 den Zusatz erhalten sollen: „Oder an den Folgen des Krieges gestorbenen Personen“. Mit dieser Aenderung bitte ich die Hindenburgstiftung zu genehmigen.

Stadtverordneter Dr. Glaser sieht eine Härte darin, daß die Unterstützung nur gewährt werden soll, wenn die Hinterbliebenen ihren Wohnsitz in Rattowitz haben und stellt einen Antrag auf entsprechende Abänderung der Satzungen.

Oberbürgermeister Pohlmann bittet es bei dem Wortlaut der Satzungen zu lassen. Wir werden sehen, wie sich die Verhältnisse entwickeln.

Stadtverordneter Bistorius glaubt, daß bei den außerhalb Wohnenden die Bedürfnisfrage schwer zu prüfen sei.

Oberbürgermeister Pohlmann schließt sich diesen Bedenken an. Wir haben kein Interesse für Personen zu sorgen, wenn sie von Rattowitz wegziehen.

Stadtverordneter Griesse unterstützt den Antrag Dr. Glaser. Wenn die aus der Stadt Rattowitz verziehenden Hinterbliebenen in Not geraten, dann wird die Gemeinde, in welche sie verzogen sind, auf die Stadt Rattowitz zurückzukehren. Im Worte „Hindenburgstiftung“ liegt der Zweck der Stiftung und das ist die Ehrung derjenigen Rattowitzer Bürger, die auf dem Felde der Ehre geblieben sind.

Oberbürgermeister Pohlmann: Die Unterstützung der außerhalb wohnenden Hinterbliebenen ist Sache der Nationalstiftung. Wir dürfen die Mittel, die wir zur Verfügung haben, nicht zersplittern. Wollen die Herren das tun, dann müssen sie Mittel aufwenden, die weit über das hinausgehen, was vorgesehen ist.

Stadtverordneter Dr. Preiß spricht sich für die Gewährung an die außerhalb wohnenden Hinterbliebenen aus.

Stadtverordneter Junge ist der Ansicht, es bei den Satzungen zu belassen.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld macht darauf aufmerksam, daß die vorhandenen Mittel nicht so umfangreich sind, um sie nach außerhalb geben zu können.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Für den Antrag Dr. Glaser stimmen vier Herren. Der Magistratsantrag mit der Erweiterung des Vorberatungsausschusses gelangt zur Annahme.

Beitritt zur Kriegshilfskasse für die Provinz Schlesien.

Stadtverordneter Ristorius referiert über den Beitritt zur Kriegshilfskasse der Provinz Schlesien. Zweck dieser Kasse ist, die Einrichtung von Beratungsstellen und die Beschaffung von Betriebsmitteln für die aus dem Felde heimkehrenden Krieger. Auf die Stadt Ratowitz entfällt von den von der Provinz Schlesien aufzubringenden $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark ein Betrag von 35 307 M. In dem zu bildenden Ausschuß sollen drei Magistratsmitglieder, drei Stadtverordnete und drei Bürger vertreten sein.

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich damit einverstanden und bewilligt die benötigten Mittel.

Änderung des Ortsstatuts der gewerblichen Fortbildungsschule.

Stadtverordneter Wanjura: In einer Sitzung vom 15. April 1915 hat die Versammlung einer Änderung des Ortsstatuts der gewerblichen Fortbildungsschule zugestimmt, wonach Absolventen einer 9 klassigen Knabenmittelschule von dem Besuch der Fortbildungsschule befreit sein sollen. Der Bezirksausschuß hat diesen Vorschlag nicht genehmigt. Auch der Provinzialausschuß hat im Beschwerdewege die Genehmigung versagt. Es wird nun folgende Fassung vorgeschlagen: Von der Verpflichtung des Besuches der Fortbildungsschule sind befreit gewerbliche Arbeiter, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst haben oder den Nachweis beibringen, daß sie die Fähigkeit besitzen, welche das Ziel der Anstalt bilden.

Die Versammlung erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Zeichnung auf die sechste Kriegsanleihe.

Stadtverordneter Junge: Ich glaube nicht, daß hier viel Worte nötig sind. Sie alle wissen, daß das Vaterland viel Geld braucht, um den Krieg abzukürzen. Der Magistrat hat am 28. d. Mts. den Beschluß gefaßt, auf die sechste Kriegsanleihe bis zu einer Million Mark zu zeichnen. Ich bitte Sie, diesem Beschlusse zuzustimmen. Dies geschieht.

Bewilligung der Unterhaltungskosten für die in Provinzialstellen untergebrachten blinden und taubstummen Kinder für die Rechnungsjahre 1912 bis 1915.

Bis zum Jahre 1911 gab es für die blinden und taubstummen Kinder keine bestimmte Schulpflicht. Die Provinz hatte diese Kinder in Freistellen untergebracht. Im Jahre 1911 wurde ein bestimmter Unterricht für diese Kinder angeordnet. Der Landeshauptmann hat die Kinder von den Freistellen weggenommen, in Schulen untergebracht und die Kosten von der Stadt erhoben. Die Stadt hat zunächst die Verpflichtung zur Zahlung abgelehnt. Der Streitfall ist aber in drei Instanzen zu Ungunsten der Stadt entschieden worden. Die Kosten belaufen sich auf 10 631 M.

Die Versammlung erklärt sich mit der Bewilligung einverstanden.

Gewährung von Zulagen an die Maschinenschreiberinnen und Angestellten und Bewilligung der Mehrausgaben hierfür.

Stadtverordneter Ubrich referiert über einen Antrag des Magistrats auf Gewährung von Zulagen an die Maschinen-

Schreiberinnen und Angestellten und Bewilligung der Mehrausgaben hierfür. Es handelt sich nur um das Jahr 1917. Aus einer Zusammenstellung geht hervor, daß wir 54 männliche Hilfskräfte beschäftigen und 90 Hilfsbedienstete tätig sind. Es ist rechnerisch festgestellt worden, daß die geplante Erhöhung einen Kostenaufwand von 19760 M. ausmacht. Davon sind aber 12830 M. bereits anderweitig gedeckt, so daß nur 6930 M. Mehrausgaben gegen das Jahr 1917 entstehen. Die Stadt muß darauf bedacht sein, daß ihr die Hilfskräfte, die jetzt schwer zu bekommen sind, erhalten bleiben. Der Berichterstatter empfiehlt die Annahme der Vorlage. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Gewährung der laufenden Teuerungszulagen an die Lehrpersonen der Knaben- und der Mädchenmittelschule.

Stadtverordneter Kubiz: Die Lehrkräfte der Knaben- und der Mädchenmittelschule sind zum 8. Februar an den Magistrat herangetreten, ihnen die Teuerungszulagen zu bewilligen, wie sie den Magistratsbeamten bereits am 1. Oktober vorigen Jahres bewilligt worden sind. Diesem Antrag ist nicht stattgegeben worden. Der Magistrat hat dagegen beschlossen, den Lehrpersonen dieselben Teuerungszulagen, wie sie die Volksschullehrer erhalten, und zwar vom 1. Februar 1917 ab, zu gewähren.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Erhöhung der Badepreise.

Stadtverordneter Drees: Das städtische Badehaus erfordert wieder einen Zuschuß von 33000 M.. Um diesen Zuschuß zu mindern, sollen die Badepreise erhöht werden. Dadurch würden 8500 M. gewonnen werden. Es ist folgende Aenderung vorgesehen: ruffisch-römische Bäder bisher 1,50 M., künftig 2 M. Duzendarten sollen weggallen; Wannenbäder bisher 60 Pfennig, künftig 75 Pfennig, Duzendarten sollen weggallen; kohlen-saure Bäder jetzt 2 M., künftig 2,50 M.; Brausebäder jetzt 10 Pfennig, künftig 15 Pfennig; Schwimmbäder jetzt 30 Pfennig, künftig 45 Pfennig; Schwimmkurse jetzt 5 M., künftig 7,50 M. Diese Vorschläge sind vom Magistrat angenommen worden. Der Vorberatungsausschuß hat sich ebenfalls damit einverstanden erklärt, mit der Maßnahme, daß der Preis der Schwimmkurse von 5 M. nur auf 6 M. erhöht werden soll. Ferner soll die Erhöhung der Preise nur auf die Dauer von zwei Jahren Gültigkeit haben. Der Berichterstatter empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Stadtverordneter Kraemer spricht sich gegen eine Erhöhung der Preise aus. Der Besuch des Badehauses würde bei einer Erhöhung der Preise zurückgehen. In der Südstadt gibt es zu wenig Wasser.

Oberbürgermeister Pohlmann: Bei jeder Preiserhöhung wissen wir nie genau, ob der rechnerische Betrag herauskommt. Der Wasserverbrauch ist nicht heruntergegangen und ist derselbe geblieben. Es war mir erstaunlich zu hören, daß es in der Stadt einen Wassermangel gegeben haben soll. Wir haben nur einen Tag zu wenig Wasser gehabt. Im großen ganzen muß ich sagen, daß die Preise für unsere Bäder in Rattowitz bisher außerordentlich niedrig waren. Wir kommen ohne Steuerzuschlag durch. Etwas mehr Geld müssen Sie uns schon geben.

sonst geht die Sache nicht, sonst müssen wir dazu kommen, daß wir die Steuerzuschläge erhöhen müssen.

Stadtrat Ruoff verweist darauf, wie schwer die Arbeitskräfte in der jetzigen Zeit zu erhalten sind. Von 20 Schlossern und Hilfsarbeitern sind 18 eingezogen worden. Als Herr Oberbürgermeister im Landtage weilte, sei allerdings einige Tage ein Wassermangel aufgetreten. Dieser ist auf den vermehrten Wasserverbrauch der Kriegsindustrie zurückzuführen. Auch die Einwohnerschaft soll mehr mit dem Wasser sparen. Vor allem sollen die Hausbesitzer die Wasserspülungen der Klosetts in Ordnung halten.

Stadtverordneter Pinkus verweist auf die teuren Reparaturen im Badehaufe. Es wäre besser gewesen, wir hätten gar nichts gemacht.

Stadtverordneter Drees bittet nochmals, der Vorlage zuzustimmen. Bei der Abstimmung stimmen zwei Herren gegen die Erhöhung der Preise.

Erhöhung der Gaspreise.

Stadtverordneter Drees: Infolge der Steigerung der Kohlenpreise und Arbeiterlöhne ist eine Erhöhung der Gaspreise erforderlich.

Es wird eine solche von 3 Pfg. für den Kubikmeter vorgeschlagen.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Erlaß eine statutarischen Anordnung über Beschäftigung von Gewerbegehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an den Sonn- und Festtagen.

Stadtverordneter Fraemer: Die Angelegenheit hat die Versammlung schon einmal beschäftigt, sie wurde vertagt, weil damals in der Anordnung sämtliche Geschäftsbetriebe enthalten waren. Der betreffende Passus soll nun folgenden Wortlaut erhalten: In handlungsgewerblichen Betrieben, die mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, ausgenommen die Betriebe der Bäcker, Konditoren, Fleisch-, Milch- und Blumenhändler, dürfen Lehrlinge an Fest- und Sonntagen nur in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

Die Versammlung erklärt sich mit dieser Abänderung einverstanden.

Schluß der Sitzung $\frac{1}{8}$ Uhr.

F. Bd.

Montag, den 23. April, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Ergebnis des Jahresabschlusses der städtischen Sparkasse für 1916, Jahresbericht für 1916 und Beschlußfassung über Verwendung der Betriebs- und Zinsenüberschüsse der städtischen Sparkasse aus dem Jahre 1916.
3. Beschlußfassung über die Abhaltung von Stadtverordnetenwahlen im Jahre 1917.
4. Gewährung der laufenden Teuerungszulage an die Lehrpersonen der Oberrealschule.
5. Erhöhung des Stiefelgeldes für die Feuerwehrleute.
6. Antrag der O. E. W. auf Erhöhung der Preise für elektrischen Strom.
7. Wahl von Mitgliedern für den Ausschuß der Hindenburg-Stiftung.
8. Wahl von Mitgliedern für den Ausschuß der Kriegshilfskasse.
9. Bewilligung von Mitteln zur Deckung von Haftpflichtschäden.
10. Festsetzung des Witwengeldes für die Witwe eines städtischen Beamten.
11. Versetzung des Polizeiergeanten Kruppa in den Ruhestand.
12. Entschädigung des Ingenieurs D. Smreter für ein Gutachten über den zu erbauenden Wasserturm.
13. Bewilligung laufender Kriegsheilfen an die Lehrpersonen des Gymnasiums.
14. Besuch des Schuldieners Pfeifer um Anrechnung von Dienstjahren.

Anwesend sind die Herren: Grünfeld, Bistorius, Wanjura, Borinski, Herrmann, Kraemer, Ulbrich, Dr. Glaser, Woytinek, Schalscha, Junge, Müller I, Boehm, Breslauer, Dr. Hoffmann, Braetich, Rintus, Siwinna, Münch, Kubis, Zelonek, Griesel, Boforn, Klimanek, Brauer.

Entschuldigt fehlen die Herren: Altmann, Dr. Breiß, Trupke, Natshinski, Drees und die im Seere befindlichen Herren.

Nicht entschuldigt fehlen: Gentaber, Scharff.

Der Magistrat ist vertreten durch die Herren: Oberbürgermeister Bohlmann, Bürgermeister Gen und die Stadträte Ruoff, Reige, Guttmann, Kiefer, Walz, Rimmermann, Vadian.

Mitteilungen.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld eröffnet die Sitzung mit folgenden Mitteilungen:

Der Magistrat teilt mit: Die laufenden Kriegsteuerungszulagen für die Monate Februar und März sind für die Volksschullehrer mittels Postcheck durch die Kreiskasse am 29. März gezahlt worden. — Die Vergabe von Lieferungen von Kohlen, Holz und Futtermittel wird zur Kenntnis gebracht. — Der Magistrat hat eine Zusammenstellung der Ausgaben von Kriegsunterstützungen, die auf Grund freiwilliger Leistungen gewährt werden, vorgelegt. Danach werden monatlich 6567,26 Mark oder für das Jahr 78 807,12 Mark verausgabt.

Jahresabschluß der städtischen Sparkasse für 1916 und Beschlußfassung über Aufwendung der Betriebs- und Zinsenüberschüsse der städtischen Sparkasse aus dem Jahre 1916.

Stadtverordneter Rudzinski berichtet über das Ergebnis des Jahresabschlusses der städtischen Sparkasse für 1916 und Beschlußfassung über Verwendung der Betriebs- und Zinsenüberschüsse der städtischen Sparkasse aus dem Jahre 1916. Das Gesamtvermögen der Sparkasse beträgt nach dem Nennwerte 14 369 746 Mark. Die Gesamtverbindlichkeiten der Sparkasse

betragen 12 980 946,76 Mark. Es verbleibt ein Betriebs- und Rinzüberschuß von 138 257,58 Mark gegen 105 990,86 Mark im Vorjahre. Das ist ein Mehr von 32 266,72 Mark. Der Magistrat- und Vorberatungsausschuß schlagen vor, gemäß § 7 Abschnitt 2 b des Anlegungsgesetzes $\frac{3}{4}$ des Ueberschusses gleich 103 639,18 Mark zur Verteilung für Sparprämien bis 2000 Mark zu verwenden, ferner zur Verteilung von 250 Schulprämien für 50 Schüler und Schülerinnen von je 5 Mark. Im vorigen Jahre waren für den letzteren Zweck nur 150 Mark bewilligt. Der Restbetrag mit 101 443 Mark soll dem Reservefonds überwiesen werden. Der Berichterstatter bittet, diesem Beschlusse beizutreten. Die Ueberweisung der Summe an den Reservefonds ist aus dem Grund nötig, weil größere Abschreibungen infolge Kursverluste erforderlich sind.

Der Antrag des Vorberatungsausschusses wird angenommen.

Keine Stadtverordnetenwahl im Jahre 1917.

Stadtverordneter Dr. Hoffmann berichtet über die Beschlußfassung über die Abhaltung von Stadtverordnetenwahlen im Jahre 1917: Durch Allerhöchste Verfügung ist genehmigt worden, daß auch in diesem Jahre, falls der Krieg fortdauert, von der Wahl von Stadtverordneten Abstand genommen wird und zwar in der Weise, daß diejenigen Stadtverordneten, die ersetzt werden müßten, ein Jahr länger im Amte bleiben. Wenn dann im nächsten Jahre Wahlen stattfinden, sollen die an ihre Stelle tretenden ein Jahr weniger im Amte bleiben. Damit erledigt sich unser Beschluß, der bereits gefaßt wurde, neue Wählerlisten nicht aufzustellen für den Fall, daß beschlossen wird, von der Allerhöchsten Ermächtigung Gebrauch zu machen und im November dieses Jahres von der Vornahme von Neuwahlen Abstand zu nehmen. Sollte bis dahin Frieden geschlossen sein, so müßten Wahlen stattfinden. Da wird dann vorgeschlagen, die Wahlen auf Grund der jetzt festgestellten Listen vom Jahre 1914 vorzunehmen, also auch in diesem Falle von der Aufstellung neuer Listen Abstand zu nehmen. Die Aufstellung neuer Listen würde eine sehr bedeutende Arbeit erfordern, die nur durch Ueberstunden gemacht werden könnte. Der Stadt würde dadurch eine Ausgabe von etwa 800 Mark entstehen. Magistrat und Vorberatungsausschuß schlagen vor, falls im November der Krieg noch andauert, von Wahlen Abstand zu nehmen und die augenblicklich im Amte befindlichen Stadtverordneten ein Jahr länger, und die dann an ihre Stelle tretenden ein Jahr kürzer tätig sein zu lassen, ferner für den Fall, daß der Krieg nicht fortdauert, daß wir im November bereits Frieden haben, Wahlen vorzunehmen, auf Grund der Wählerlisten vom Jahre 1914.

Feuerungszulage an die Lehrpersonen der Ober-Realschule und des Gymnas.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld bittet Punkt 4 der Tagesordnung, „Gewährung der laufenden Feuerungszulagen an die Lehrpersonen der Ober-Realschule“ mit Punkt 13, „Bewilligung laufender Kriegsbeihilfen an die Lehrpersonen des Gymnas.“ verbinden zu dürfen.

Widerpruch erhebt sich nicht.

Stadtverordneter Winkus führt dazu aus: Von den Lehrkräften der Ober-Realschule ist ein Gesuch um laufende Feuerungszulagen, wie sie die staatlichen Beamten bis zu einem Ge-

halte von 4500 Mark beziehen, eingegangen. Es kommen fünf Personen in Frage. Die laufenden Kriegsbeihilfen würden betragen in den Monaten Februar und März monatlich 190 Mark, für das Rechnungsjahr 1917 1140 Mark. Der Magistrat hat beschlossen, den Lehrpersonen der Ober-Realschule die Teuerungszulage zu bewilligen. Der Beratungsausschuß ist diesem Beschlusse beigetreten. Ebenso verhält es sich bei einem Gesuche der Lehrpersonen des Lyzeums. Auch dort handelt es sich um vier Lehrpersonen. Die laufende Beihilfe würde monatlich 103 Mark betragen. Auch hier hat der Magistrat denselben Beschluß gefaßt, dem der Beratungsausschuß beigetreten ist.

Die Versammlung stimmt den Beschlüssen zu.

Erhöhung des Stiefelgeldes für die Feuerwehrleute.

Stadtverordneter W a n j u r a berichtet über ein Gesuch der Feuerwehrleute um Erhöhung des Stiefelgeldes. Der Magistrat hat beschlossen, das Stiefelgeld von 20 Mark auf 40 Mark zu erhöhen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Erhöhung des Preises für elektrischen Strom von der D. E. W.

Stadtverordneter B u r i n s k i berichtet über den Antrag der D. E. W. auf Erhöhung des Preises für elektrischen Strom. Am 3. März 1917 haben sich die D. E. W. an den Magistrat gewendet mit dem Ersuchen, ihr zu gestatten, daß die D. E. W. berechtigt sein sollen, ab 1. April von den Abnehmern in der Stadt einen Kriegsteuerzuschlag von 10 Prozent auf die tarifmäßig errechneten Stromkosten zu verlangen. Begründet wurde dieses Gesuch, wie alle derartigen Gesuche in dieser Zeit allgemein üblich, mit der großen Teuerung, unter anderem auch der Kohlensteuer, die inzwischen beschlossen worden ist und vom 1. August ab zur Erhebung kommt. Das Ersuchen ist zunächst im Magistrat geprüft worden und Stadtrat Ruoff hat eine sehr gründliche Ausarbeitung der Angelegenheit gemacht, die den Herren der engeren Kommission zugegangen ist und wohl die Grundlage gebildet hat für die Entschliebung, die diese Kommission getroffen hat. Das Gas- und Wassermess-Kuratorium hat damals folgenden Beschluß gefaßt: Dem Antrage der D. E. W. auf Erhebung eines Zuschlages von 10 Prozent soll stattgegeben werden, wenn eine Einigung wegen der Streitfrage des 40 und 4-Pfa-Tarifs zustande kommt. Es ist dann mit den D. E. W. verhandelt worden. Es ist auch eine Einigung in der Streitfrage zustande gekommen und der Magistrat hat sich zufrieden erklärt. Es sollte nur eben die Gelegenheit wahrgenommen werden, um die Streitfrage zu einem Ende zu bringen. Das ist nun in einer Weise geschehen, die dem Ansehen der Stadt und dem Stadtsäckel genügt. Ueber die einzelnen Abmachungen wird der Stadtverordnetenversammlung eine besondere Vorlage zugehen. Die Herren, die mit den D. E. W. verhandelt haben, haben folgendes Uebereinkommen vorgebracht: Die D. E. W. ist berechtigt, unbeschadet aller ihrer bestehenden privatrechtlichen Verpflichtungen vom 1. April 1917 ab, von ihren Abnehmern in der Stadt Kattowitz einen Kriegsteuerzuschlag von 10 Prozent auf die tarifmäßig errechneten Stromkosten zu erheben. In diesem Teuerungszuschlag, der bis 1 Jahr nach Friedensschluß mit Rußland, Frankreich und England erhoben werden darf, ist die jetzt vom Reich beschlossene Kohlensteuer mit inbegriffen.

In einer Versammlung der selbstständigen Kaufleute ist von einzelnen Mitgliefern angeregt worden, an die D. E. W. mit

der Forderung heranzutreten, den Tarif zu Gunsten der Abnehmer zu revidieren. Durch den früheren Ladenschluß und die Einführung der Sommerzeit haben sich die Verhältnisse zu Ungunsten der Abnehmer verschoben, sodaß die Kilowattstunde sich heute erheblich höher stellt als vor dem Kriege. Dieser Standpunkt ist auch bei den Verhandlungen mit der D. E. W. geltend gemacht worden. Die D. E. W. haben geantwortet, daß das leider richtig ist, daß der Abnehmer in Wirklichkeit einen höheren Satz für die Kilowattstunde zu zahlen hat, daß aber dieses Opfer das Werk erneut belastet. Die D. E. W. können ihr Leitungsnetz nicht voll ausnützen. Es ist ihr nicht geholfen, daß sie Strom spart. Wir haben uns überzeugen müssen, daß der Einwand der Verbraucher nicht dahin aufgefaßt werden kann, daß die D. E. W. schon erhöhte Einnahmen hätte und daß deshalb ein Einspruch auf weitere Erhöhung zurückzuweisen sei. Die Gesellschaft ist berechtigt, die Kohlensteuer auf den Konsumenten umzulegen. Dies würde eine Verteuerung um 3 Prozent ausmachen. Dazu ist die Genehmigung der Stadtverwaltung nicht erforderlich. Wenn sich die Herren entschlossen haben, in eine Erhöhung um 10 Prozent einzuwilligen, so war es einmal aus Billigkeitsgründen, um der D. E. W. eine Entschädigung für die zweifellos erhöhten Unkosten zu bieten, dann aber auch aus der Erwägung, daß dieser Tarif, wie er jetzt vorgeschlagen ist, eine kleine Spekulation ist. Ein Jahr nach Beendigung des Krieges muß der alte Tarif wieder hergestellt werden und damit nicht nur das Mehr in Wegfall kommen, das wir über den Zuschlag der Kohlensteuer hinaus bewilligt haben, sondern auch die Kohlensteuer selbst. Die Kohlensteuer würde dann eben auch nicht weiter zur Erhebung kommen. In diesem Falle, wenn der Krieg halb zu Ende ist, würden die Verbraucher bei diesem genehmigten Zuschlage auf fahren. Sollte aber der Krieg länger dauern, so würde die D. E. W. wohl einen Vorteil haben. Wie gesagt, das hängt von Zufälligkeiten ab, die nicht in der Macht der Parteien liegen. Wer den Vorteil haben wird, das wird die Zeit entscheiden.

So kam die Sache an den Vorberatungsausschuß, der sich dem Vorschlage des Gas- und Wasserwerkfuratoriums erst angeschlossen hatte mit der Maßgabe, daß der Zuschlag erst vom 1. August erhoben werden soll. Der Vorberatungsausschuß hat diesen Beschluß gefaßt, indem er sich sagte, daß die Kohlensteuer erst am 1. August erhoben wird. Da genüge es, wenn der D. E. W. gestattet würde, die Zuschläge vom 1. August ab zu erheben. Dieser Beschluß des Vorberatungsausschusses ist der D. E. W. mitgeteilt worden. Diese hatte erklärt, daß sie in dem Streitverfahren betreffend den 40 und 4 Pf.-Tarif noch einen Schritt weiter entgegenkommen würde als bisher, wenn ihr gestattet würde, schon vom 1. April ab die Zuschläge zu erheben. Mit Rücksicht auf das schiedsgerichtliche Verfahren und die gepflogenen Verhandlungen ist der Vorberatungsausschuß zu dem Beschluß gekommen, auch seinerseits die Bewilligung der Zuschläge vom 1. April ab zu empfehlen, sodaß also über folgenden Vorschlag zu beraten oder abzustimmen wäre:

Die D. E. W. wird berechtigt, unbeschadet aller ihrer bestehenden privatrechtlichen Verpflichtungen vom 1. April 1917 ab von ihren Abnehmern in der Stadt Rattowik einen Kriegsteuerzuschlag von 10 Prozent auf die tarismäßig berechneten Stromkosten zu erheben. In diesem Teuerungszuschlage, der bis ein Jahr nach Friedensschluß mit Rußland, Frankreich und

England erhoben werden darf, ist die jetzt vom Reich beschlossene Kohlensteuer mit inbegriffen.

Stadtverordneter Bräuer verweist darauf, daß nach seiner Information es nicht ganz richtig wäre, wenn die D. E. W. behaupten, daß sie nicht in der Lage wären, ihr Stromnetz voll auszunützen. Ein großer Teil von Strom soll auch noch an die Reichsstickstoffwerke abgegeben werden. Die Kaufmannschaft würde lieber später etwas mehr zahlen, als jetzt. Es ist nicht wegzuleugnen, daß ein großer Teil der Kaufleute infolge der Einführung des früheren Ladenschlusses und der Sommerzeit das Licht nicht mehr ausnützen kann. Bei Abschluß des Vertrages habe man besonders die Reklamebeleuchtung, die jetzt ganz in Wegfall kommt, im Auge gehabt. Dann hat der Herr Referent gesagt, daß in Sachen des 40 und 4 Pf.-Tarifs Zugeständnisse gemacht worden seien. Es würde interessieren, Einzelheiten darüber zu erfahren.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld bemerkt, daß im Hinblick auf das schwebende Schiedsgerichtsverfahren über Einzelheiten in der Öffentlichkeit noch nicht gesprochen werden könne.

Stadttrat Ruoff: Die Bestimmungen über die Einschränkungen der Beleuchtung sind für ganz Deutschland ergangen. Man hat auf die oberschlesischen Verhältnisse nicht Rücksicht genommen. Nach Chorzow kann die D. E. W. Strom nur in beschränkter Menge abgeben. Ihr Vertrag mit Chorzow lautet so, daß nur überschüssige Strommengen an Chorzow zur Abgabe kommen. Die D. E. W. kann tatsächlich ihr Stromnetz nicht so ausnützen wie früher. Die Kaufleute und Restaurateure kommen immer noch auf den billigen Tarif.

Stadtverordneter Vogel tritt dafür ein, daß eine besondere Bemerkung in den Beschluß aufgenommen werden soll, wonach der D. E. W. auch nach Friedensschluß nicht mehr das Recht zusteht, die Kohlensteuer auf den Verbraucher umzulegen.

Stadtv. Boehm: Wenn das Werk vor 1½ Jahren mit einem solchen Antrage gekommen wäre, wäre es verständlich gewesen. Aber jetzt, nachdem 2 Jahre die Sommerzeit eingeführt ist, ist es unverständlich, wie das Werk jetzt mit einer Erhöhung der Preise kommen kann. Die Bürgerschaft und die Kaufmannschaft wird es nicht verstehen, wenn trotz der eingeführten Sommerzeit und trotz des Wenigerverbrauchs an Strom jetzt noch dem Werke eine Erhöhung von 10 Prozent bewilligt wird.

Stadtverordneter Müller I fragt an, wie sich andere oberschlesische Städte zu der Erhöhung der Preise stellen.

Stadttrat Ruoff: Das Werk hat das, was es in Friedenszeiten zugesichert hat, auch in der Kriegszeit gehalten. Der Wohnungsbeleuchtung ist keine Beschränkung auferlegt worden. Beuthen hat den erhöhten Zuschlag eingeführt und hat sich nicht gescheut, den Zuschlag auf den Konsumenten abzuwälzen. An Königshütte liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Beuthen. Sindenburg hat die Sache vertagt.

Stadtverordneter Braetich, dessen Ausführungen am Breffetisch im Wortlaut unverständlich bleiben, wünscht weitere Aufklärung über die privatrechtlichen Verpflichtungen.

Oberbürgermeister Bohmann: Wahrscheinlich wird die D. E. W. während der Zeit vom 1. April bis 1. Juli nicht überall zu dem Teuerungszuschlag kommen, da schon ein Teil der Gelder eingezogen ist. Wir haben mit Absicht den Zulag gemacht

„Unbeschadet aller ihrer bestehenden privatrechtlichen Verpflichtungen.“ Wir wollten der Bürgerschaft eine besondere Vergünstigung verschaffen, indem wir sagten, daß in dem Teuerungszuschlag die Kohlensteuer mit einbegriffen ist. Diese kommt nun ein Jahr nach dem Friedensschluß in Fortfall. Sonst hätte die Bürgerschaft die Kohlensteuer bis zum Jahre 1920 tragen müssen. Wir wollten lieber für die kürzere Zeit einen hohen Zuschlag bewilligen, um dann von dem Kohlenzuschlag frei zu sein. Das darf die Bürgerschaft recht hoch einschätzen. Dann ist von dem 40 und 4 Pf.-Tarif die Rede gewesen. Wir haben uns in der Sache jetzt verständigt. Hinsichtlich anderer Städte ist mir bekannt, daß Beuthen den Zuschuß glatt bewilligt hat. Gleiwitz hat gesagt, daß es keine Bedenken hat, den Zuschlag zu bewilligen. Die D. E. W. hat ein Interesse daran, daß eine Stadt einmal vorangeht. Wir sind mit der D. E. W. immer gut gefahren.

Stadtverordneter Brauer bemerkt nochmals, daß der Kaufmann tatsächlich jetzt mehr an Strom zu bezahlen hat als früher. Eine geringe Einnahme muß sich im Kriege jeder gefallen lassen. Dies Mißgeschick teilt die D. E. W. mit allen Geschäftsbetrieben. Es sind nur Vereinzelte, die sagen können: Wir haben jetzt mehr Einnahmen.

Oberbürgermeister Bohlmann: Wir sind nicht die erste Stadt, die die Erhöhung bewilligt; die Stadt Beuthen ist vorausgegangen. Beuthen hat uns auch nicht gefragt, sondern hat allein gehandelt.

Stadtverordneter Vogel: Rattowitz braucht nicht darnach zu sehen, wie es Beuthen und Gleiwitz machen. In dieser Sache kann Rattowitz selbständig handeln. Hinsichtlich des 44 Pfennig-Tarifs kann ich sagen, daß die Regelung in annehmbarer Weise erfolgt. Eine Verpflichtung, die 10 Prozent Zuschlag zu zahlen, besteht nicht. Wir machen tatsächlich der D. E. W. ein Geschenk. Wenn der Strombezieher den Strom nicht mehr von der D. E. W. nehmen will, ist er auf Gas angewiesen, welches noch teurer ist. Er ist somit der D. E. W. mit Haut und Haaren verkauft.

Stadtverordneter Pinius: Man kann nicht ohne weiteres sagen, der Abnehmer sei mit Haut und Haaren der Gesellschaft verkauft. Der Vertrag den die Stadt mit der D. E. W. geschlossen hat, ist relativ ein sehr günstiger Vertrag.

Weitere Vortragsmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Versammlung stimmt dem Antrage des Vorberatungsausschusses zu.

Wahl von Mitgliedern für den Ausschuß der Hindenburgstiftung.

Stadtverordneter Pistorius: Nach den Satzungen der Hindenburgstiftung haben dem Ausschuß anzugehören drei Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung. Der Vorberatungsausschuß schlägt die Herren Pistorius, Wanjura und Münch vor. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Wahl von Mitgliedern für den Ausschuß der Kriegshilfskasse.

Stadtverordneter Pistorius: In der letzten Sitzung ist der Beitritt zur Kriegshilfskasse beschlossen worden. Wir müssen einen Ausschuß wählen, der u. a. aus drei Bürgern und drei Stadtverordneten zusammengesetzt sein soll. Es werden vorgeschlagen aus der Stadtverordnetenversammlung die Herren

Borinski, Herrmann und Dr. Glaser, aus der Bürgerschaft die Herren Brzwarra, Viktor Rund und Klempnermeister Burkert. Die Versammlung ist mit diesem Vorschlage einverstanden.

Entschädigung für ein Gutachten über den zu erbauenden Wasserturm.

Stadterordneter Viktorius: Der Ingenieur Smreker hat 600 Mark für die Ausarbeitung eines Gutachtens über den zu erbauenden Wasserturm liquidiert. Die Forderung erscheint berechtigt und der Magistrat empfiehlt die Bezahlung des Betrages. Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um eine Anfrage an den Magistrat zu richten über

die Wasserversorgung der Stadt

überhaupt. Im südlichen Stadtteil hat sich in den letzten Monaten wieder ein beträchtlicher Wassermangel bemerkbar gemacht. Besonders die Stadtteile, die hoch liegen, haben darunter schwer zu leiden. Die Ursache liegt in dem Wassermangel der Rosaliengrube. Der Wassermangel wurde hervorgerufen einerseits durch die kolossale Krostperiode, andererseits dadurch, daß die Industrie eine größere Quantität benötigt als früher. Die Frage ist nun, was man geschehen, um diesem Wassermangel, der jeden Augenblick wieder kommen kann, abzuwehren. Wir waren im Jahre 1914 im Begriff, einen Wasserturm zu bauen. Infolge des Krieges wurde das Projekt zurückgestellt. Es sind aber auch noch andere Bedenken des Magistrats, die Veranlassung geben, den Turm jetzt noch nicht zu bauen. Der Prozeß mit den Schelohewerken ist noch nicht beendet. Um den Wassermangel zu beheben, gibt es meines Erachtens zwei Möglichkeiten oder drei. Die eine ist, einen Wasserturm im südlichen Stadtteil zu erbauen. Die zweite Möglichkeit wäre, den Wasserturm zu erbauen in der Nähe der Hohenloherwerke, die dritte Möglichkeit wäre, für den südlichen Stadtteil eine besondere Wasserversorgung durch ein Pumpwerk zu schaffen. Endlich wäre noch die Möglichkeit, den Regierungspräsidenten zu ersuchen, geeignete Schritte zu veranlassen. Die Wasserleitung, die von dem Fürsten Hendel von Donnersmard gebaut werden sollte, scheint nicht zustande zu kommen. Dagegen wird jetzt gebaut eine Wasserleitung aus dem polnischen Bezirk nach Chorzow. Dieses Wasser ist geeignet für die Versorgung der Industrie. Dadurch kann eine Entlastung der Rosalienquelle geschaffen werden. Das ist nur möglich, wenn sich der Herr Regierungspräsident der Wassernot des Industriebezirks annimmt und Schritte tut. Und dies ist wieder nur möglich, wenn der Herr Regierungspräsident einen Gutachter annimmt, der diese ganzen Projekte zu einem einheitlichen Projekte zusammen verdichtet.

Oberbürgermeister Wöhlmann: Vorwegnehmen möchte ich die Versorgung mit Wasser aus dem russischen Industriegebiet. Die Sache steht so: Es wird eine Leitung gebaut von dem polnischen Rissus. Es ist ein Vertrag geschlossen worden mit den Reichsstickstoffwerken in Chorzow, der bezweckt, diese mit Wasser zu versorgen. Es ist nicht anzunehmen, daß von diesem Wasser etwas, oder ein erheblicher Bruchteil der Industrie zur Verfügung gestellt werden kann. Der Regierungspräsident für sich persönlich steht auf dem Standpunkt, daß eine Abgabe aus dieser Leitung für die ober-schlesische Industrie nicht wünschenswert ist, weil er glaubt, daß das große projektierte Wasserwerk in Riotek beeinträchtigt werden könnte.

Was die Stadt Rattowik anbetrifft, so hängt der **Bau des Wasserturmes** im südlichen Stadtteil einerseits vom Krieg und den teuren Materialpreisen ab, andererseits von dem Prozeß mit den Hohenloherwerken. Wenn ein Vergleich nicht zustande kommt, wird der Prozeß seinen Fortgang nehmen. Wir wollen eine gerichtliche Entscheidung haben, damit nicht in einem späteren Stadium gesagt wird, wir hätten an unrechter Stelle gebaut. Ein Wasserturm allein schafft kein Wasser. Er bedeutet nur dann eine Verbesserung, wenn genügend Wasser hinein kommt. So klar das ist, so oft wird es in der Öffentlichkeit verkannt. Das Projekt, das wir in Aussicht haben, sieht zwei Wasserversorgungszone vor, eine nördliche und eine südliche.

Wir haben an den Herrn Regierungspräsidenten berichtet und darauf aufmerksam gemacht, daß die Verhandlungen hinsichtlich Miotek fortgesetzt werden möchten. Inzwischen hat der Herr Regierungspräsident eine Verfügung geschickt, daß er sich in letzter Zeit außerordentlich stark der Wasserversorgung des Industriebezirks angenommen hat. Ich darf dem Herrn Regierungspräsidenten und seinem Dezernenten an dieser Stelle für die große Mühe und Arbeit meinen Dank aussprechen.

Wir haben uns schon mit dem Kreis auseinandergesetzt für den Fall, daß wir von Miotek Wasser entnehmen. Wir haben ferner mit den Contintentalen Wasserwerken einen Vertrag abgeschlossen. Nicht zustande gekommen ist der **Zweckverband zwischen den ober-schlesischen Städten und Landkreisen**. Jetzt liegt die Sache so, daß es nicht sehr wahrscheinlich ist, daß wir das Wasser für den Preis von 8 Pfennig erhalten. Sehr wahrscheinlich wird ein neuer Vertrag mit C. W. B. geschlossen werden müssen. Die Sache fängt jetzt schon an beide Ministerien zu beschäftigen. Die Bearbeitung dieser wirtschaftlich, technisch, finanziell und rechtlich so außerordentlich schwierigen Dinge beansprucht eine besondere Kraft. Es muß in erster Linie der Zweckverband gegründet werden. Daß irgend eine Stadt oder ein Landkreis in der Lage ist, sich allein genügend Wasser zu verschaffen, ist ausgeschlossen. Es müssen Kosten aufgewandt werden für einen tüchtigen Techniker, der sich dann Tag für Tag mit dem Projekt beschäftigt. Dann allein kann man sich versprechen, daß in absehbarer Zeit etwas geschieht. Die ungeheure Arbeit kann man nicht auf die Dauer dem Herrn Regierungspräsidenten überlassen. In diesem Sinne wird voraussichtlich vom Magistrat Stellung genommen werden. Wir werden wahrscheinlich in nächster Zeit beim Regierungspräsidenten in diesem Sinne vorstellig werden und der Stadtverordnetenversammlung entsprechend Kenntnis geben.

Stadtverordneter Bistorius: Man muß unterscheiden zwischen der Versorgung und Verteilung des Wassers. Was die Verteilung anbelangt, könnte der Regierungspräsident verhindern, daß einige Städte im Wasser schwimmen, d. h. immer genügend Wasser haben und andere Städte Not leiden oder die Industrie gar zu sehr bevorzugt wird. Einen Verteilungsplan über das vorhandene Wasser zu machen, wäre eine dankenswerte Aufgabe des Regierungspräsidenten. Ohne Turm ist eine Verteilung in der Stadt nicht möglich. Das für die Stadt gelieferte Wasser muß entsprechend verteilt werden. Dazu ist ein Pumpwerk oder ein Wasserturm nötig.

Oberbürgermeister Pohlmann: Vor der Schaffung des neuen Wasserwerks wird hinsichtlich der Verteilung des Wassers

in Oberschlesien nichts zu erreichen sein. Immer ist die Voraussetzung: Es muß der Zweckverband da sein, es muß eine Stelle da sein, von der aus dauernd gearbeitet wird.

Stadtverordneter Braetisch verweist auf eine Wasserleitung, die von der Stadt Gleiwitz gebaut wird. Wenn gesagt wurde, die Leitung des polnischen Fiskus sei nur für die Stickstoffwerke, so sei zu bezweifeln, ob sich dieser Standpunkt für den Notfall aufrechterhalten lasse.

Oberbürgermeister Pohlmann: Die Stadt Gleiwitz rechnet nicht mit. Sie ist aus dem Projekt ausgeschlossen. Es muß dahingestellt bleiben, ob es recht war, daß Gleiwitz seine eigenen Wege geht. Auch wir haben uns bemüht, ein eigenes Wasserwerk zu schaffen, eventuell in Gemeinschaft mit dem Kreise. Alle diese Bestrebungen sind gescheitert. Wir sind auf das große Projekt gekommen, weil wir uns sagten, wir können hier das Wasser für den Preis von 8 Pfennig bekommen. Ich glaube nicht an die Möglichkeit, daß die Stadt Kattowitz in absehbarer Zeit eine neue Wasserquelle eröffnen kann. Nicht aus Liebhaberei sind wir zu dem großen Projekte gekommen, sondern wegen des Wasserpreises.

Stadttrat Ruoff: Durch einen Hochbehälter kann eine bessere Wasserversorgung nicht erfolgen. Das Projekt, am Friedrichsplatz eine Pumpe einzubauen, stand auch schon auf der Tagesordnung. Das hat der Kreis uns auf Grund des Vertrages unterbunden. Technisch ist eine Maßnahme nicht möglich, die einen Erfolg versprechen könnte.

Stadtverordneter Bistorius bittet, die Frage der besseren Wasserversorgung der Südstadt weiter zu prüfen.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die gemachten Anregungen zur schnelleren Lösung der Frage beitragen möchten.

Der Betrag von 600 Mark für das Gutachten wird bewilligt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7¼ Uhr.

Geheime Sitzung.

Der Polizeisergeant Kruppa wird vom 1. Mai ab mit dem ihm gesetzlich zustehenden Ruhegehalt in den Ruhestand versetzt.

Das Witwengeld für die Assistentenmitwwe Sobieren wird auf 404,40 Mark für das Jahr festgesetzt. Außerdem wird eine jederzeit widerrufliche laufende Unterstützung von 95 Mark jährlich bewilligt.

— fb. —

Montag, den 21. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Gewährung einer Beihilfe für das Korps der Altersfreiwilligen.
3. Bewilligung einer einmaligen Beihilfe an den Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen.
4. Erhöhung der Armenunterstützungen für ortsarme Personen.
5. Ankauf des Grundstücks Blatt-Nr. 1369 Rattowik.
6. Vergebung von Beamten in höhere Gehaltsgruppen und Bewilligung von Bürovorsteherzulagen an einzelne Beamten.
7. Gewährung der erhöhten einmaligen Teuerungszulage an die Beamten.
8. Gewährung von Teuerungszulagen an Beamte und Angestellte nach den für die Staatsbeamten vom 1. April 1917 ab geltenden Grundsätzen.
9. Gewährung der erhöhten einmaligen Teuerungszulage an die Lehrpersonen der Mittel- und der höheren Schulen.
10. Gewährung der laufenden Teuerungszulagen an die Lehrpersonen der Mittel- und der höheren Schulen und der kaufmännischen Fortbildungsschule nach den für die Staatsbeamten vom 1. April 1917 ab geltenden Grundsätzen.
11. Gewährung einer einmaligen Beihilfe an einen erkrankten Beamten.

Das Büro besteht außer dem Stadtverordnetenvorsteher aus den Herren Brauer als Schriftführer und Herrn Direktor Hoffmann als Beisitzer.

Anwesend sind die Herren: Grünfeld, Kraemer, Brauer, Ulbrich, Dr. Glaser, Dr. Preiß, Junge, Schalscha, Müller I., Centower, Pinfus, Rudzinski, Münch, Siwinna, Kalus, Delonek, Pokorny, Scharff, Klimanek, Trupke, Wanjura, Breslauer, Wottniek.

Entschuldigt fehlen die Herren: Bistorius, Borinski, Boehm, Altmann, Braetisch, Ratschinski, Vogel, Griesse.

Der Magistrat ist vertreten durch die Herren: Oberbürgermeister Pohlmann, Stadtbaurat Delsner, Stadtrat Ruoff und Bürgermeister Len.

Rassenprüfungen.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld: Es liegen vor die Prüfungsberichte der Stadthauptkasse für den Monat März, ferner die Prüfungsberichte der städtischen Sparkasse für die Monate März und April. Es war nichts zu erinnern. Die Berichte werden zur Einsicht auf den Tisch des Hauses ausgelegt.

Die Teilnahme der städtischen Körperschaften an dem Hinscheiden des Prälaten Schmidt.

Die städtischen Körperschaften haben ihre Teilnahme an dem Hinscheiden des Prälaten Schmidt der Kirchengemeindevertretung und dem Kirchenvorstand ausgesprochen. Jetzt ist ein Dankschreiben der Gemeindevertretung und des Kirchenvorstandes eingetroffen, in welchem es heißt:

„Für die Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem Hinscheiden an dem Verluste des treuen Hirten Prälaten Viktor Schmidt danken herzlichst die Gemeindevertretung und der Kirchenvorstand.“

Angebot zum Trocknen von Gemüse.

Vom Bunde deutscher Malzfabriken ist ein Angebot eingegangen zum Trocknen von Gemüse. Dem Magistrat ist ein

gleiches Schreiben zugegangen. Dieser wird wohl das weitere veranlassen.

Beihilfe für das Korps der Altersfreiwilligen.

Stadtverordneter Rubis: Der Vorstand des Korps der Altersfreiwilligen kettet in einem recht wirkungsvollen Schreiben um eine einmalige Beihilfe. Der Zweck dieser Organisation kennzeichnet sich in kurzen Worten dahin: Es handelt sich darum, die Truppen, die mit der Bewachung von Gefangenen, Brücken und Eisenbahnen beauftragt sind, abzulösen, damit diese Truppen frei werden für die Front. Dem engeren Ausschuß der Organisation gehört auch Herr Oberbürgermeister Bohlmann an, der den Aufruf mit unterzeichnet hat. Der Magistrat beantragt eine einmalige Zuwendung von 100 Mark. Der Vorbereitungsausschuß empfiehlt die Annahme des Magistratsantrages.

Die Versammlung beschließt die Bewilligung.

Bewilligung einer Beihilfe an den Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen.

Stadtverordneter Breslauer: Die Stadt ist Mitglied des Reichsverbandes zur Unterstützung deutscher Veteranen. Bereits im Jahre 1915 sind 100 Mark für den Reichsverband bewilligt worden. Jetzt werden wieder 100 Mark erbeten. Magistrat und Vorbereitungsausschuß empfehlen die Bewilligung.

Die Versammlung spricht sich für die Bewilligung des Betrages von 100 Mark als einmalige Beihilfe aus.

Erhöhung der Armenunterstützungen für ortsarme Personen.

Stadtverordneter Pokorn: Es ist im Armenausschuß die Erhöhung der Ortsarmen-Gelder geplant worden und zwar ist eine Umfrage bei sämtlichen Bezirksvorstehern erfolgt. Die Umfrage hat ergeben, daß nach Erhöhung der Armengelder 3341 Mark mehr gebraucht würden. Es werden bis jetzt bezahlt monatlich 2659 Mark. Dann werden gezahlt 3341 Mark. Die Erhöhung beträgt jährlich rund 10 000 Mark. Der Magistrat hat in seiner Sitzung beschlossen, die Armenunterstützungen sollen entsprechend erhöht werden; die Mehrkosten für das Rechnungsjahr 1917 werden nachbewilligt. Ich bitte, diesem Beschlusse des Magistrats und des Vorbereitungsausschusses beizutreten.

Stadtverordneter Rubis fragt an, wie lange die Erhöhung Geltung haben soll.

Oberbürgermeister Bohlmann erwidert: Nur für das Rechnungsjahr 1917.

Ankauf eines Grundstückes in der Gustav Krehtag-Straße.

Stadtverordneter Rudzinski: Der Besitzer des Grundstückes Blatt Nr. 1369 hat sein Grundstück der Stadt zum Kaufe angeboten. Das Grundstück liegt an der Ecke Gustav Krehtag-Straße-Bernhardstraße und grenzt an das Grundstück der Königlich Preussischen Bergwerksdirektion an. Der Besitzer hat das Grundstück unter der Voraussetzung zum Kaufe angeboten, daß wir ein Interesse an dem Grundstück haben. Wir sind dem Grundstück benachbart und könnten es eventuell zu einer Erweiterung des Direktionsgebäudes brauchen. Zunächst wurde ein Preis von 16 000 Mark gefordert. Dieser Preis ist viel zu hoch gewesen. Der Magistrat hat deshalb das Angebot abgelehnt. Der Besitzer hat mitgeteilt, daß die Selbstkosten so viel

betragen. Damit können aber wir nicht rechnen. Wenn der Besitzer bei der Spekulation Verluste hatte, können wir nicht mehr bezahlen als das Grundstück wert ist. Der Besitzer hat dann den Preis auf 13 000 Mark ermäßigt. Auch dieser Betrag ist noch zu hoch. Das Grundstück ist 568 Quadratmeter groß. Da von entfällt ein Teil auf Straßenland. Auch dieses zweite Kaufangebot ist vom Magistrat abgelehnt worden mit der Begründung, daß das Grundstück zu teuer sei. Nun ist der Besitzer ein drittes Mal an den Magistrat herangetreten und hat 12 000 Mark gefordert. Dies entspricht dem Preise, den man zahlen kann. Es ist ein Preis, der gerechtfertigt ist und wir haben ein Interesse, das Grundstück zu kaufen. Wir müssen uns dieses Grundstück sichern, damit dort nicht etwas anderes entsteht, was uns nicht lieb ist. Wir können es gut verwenden für eine spätere Erweiterung der Direktion. Sollte die Direktion verlegt werden, dann wollen wir daraus ein Schulgebäude machen und wir können dann das Grundstück zu einem Schulhause brauchen. Der Magistrat hat beschlossen, das Grundstück für den Preis von 12 000 Mark zu kaufen. Der Vorbereitungsausschuß ist diesem Entschlusse beigetreten und ich möchte Ihnen auch empfehlen, zuzustimmen. Der Preis ist jetzt ein sehr angemessener und wir müssen uns dieses Gelände sichern.

Stadtverordneter **Raemer** fragt an, ob auf dem Grundstück Lasten ruhen.

Stadtverordneter **Rudzinski**: Das Grundstück ist mit einer Hypothek von 8000 Mark zu 6 Prozent belastet. Wir werden diese ablösen und die Geldverhältnisse so regeln, wie wir es für richtig halten.

Die Versammlung beschließt den Ankauf.

Gewährung der erhöhten einmaligen Teuerungszulagen an die Beamten.

Stadtverordneter **Brauer**: Wir hatten seiner Zeit beschlossen, den Beamten einmalige Zulagen in der Form zu gewähren, wie es der Staat tut. Das ist geschehen. Inzwischen hat der Staat seine Sätze nochmals erhöht und es ist Ihnen eine Vorlage gemacht, in der 70 Herren größtenteils Beträge von 40 Mark, einzelne 50 Mark und mehr nachbewilligt erhalten sollen. Im ganzen sind 2910 Mark erforderlich. Der Magistrat beantragt, diese zu bewilligen. Der Vorbereitungsausschuß hat sich damit einverstanden erklärt und empfiehlt Ihnen, den Beitritt zu diesem Magistratsbeschuß.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Gewährung von Teuerungszulagen an Beamte und Angestellte nach den für die Staatsbeamten vom 1. April 1917 ab geltenden Grundsätzen.

Stadtverordneter **Dr. Hoffmann**: Die Beamten sind eingeteilt in drei Gruppen. Die erste Gruppe umfaßt die Beamten bis zu einem Jahresgehälter von 2300 Mark, die zweite Gruppe diejenigen von 2300 bis 4800 Mark und die dritte Gruppe diejenigen von 4800 Mark bis 7500 Mark. Zur ersten Gruppe gehören 35 Beamte, die nicht eingezogen sind und 49 Beamte, die eingezogen sind. Die monatliche Kriegsbeihilfe beläuft sich nach den staatlichen Grundsätzen auf 1328 Mark. Nach den städtischen Grundsätzen auf 1129 Mark. Rund würden nun 200 Mark mehr zu bewilligen sein als bisher. Die zweite Gruppe umfaßt 33 Beamte, die nicht eingezogen sind und 22 Be-

amte, die eingezogen sind. Die monatliche Beihilfe nach den Grundsätzen des Staates beträgt 1341 Mark, die bisher gewährte monatliche Kriegsbeihilfe 1014 Mark. Bei der staatlichen Beihilfe würden mehr zu bewilligen sein 202 Mark, dagegen 529 Mark weniger bei der Beihilfe nach den städtischen Grundsätzen. Die dritte Gruppe umfaßt fünf Personen, die nicht eingezogen sind. Die monatliche Kriegshilfe des Staates beträgt 53 Mark, bei der Stadt bisher 102 Mark.

Für die gesamten Beamten hätte die Stadt nach der neuen Regulierung mehr zu zahlen 608 Mark, weniger als beim Staate 1068 Mark. Es erscheint als Härte, den Beamten Einkünfte, die ihnen bisher gewährt worden sind, jetzt zu entziehen, weil es sich um die Kinderzulagen für Beamte handelt, die als Chargierte im Felde stehen. Es wären 460 Mark mehr auszugeben, wenn die staatlichen Sätze zur Einführung kommen. Die ober-schlesischen Städte haben sich im allgemeinen auf den Standpunkt gestellt, die staatlichen Zulagen zu gewähren. Der Magistrat hat beschlossen, die Zulagen in der staatlichen Höhe zu gewähren und sie denjenigen Beamten, die schon mehr haben, zu belassen. Er beantragt monatlich 1068 Mark oder jährlich 12816 Mark zu gewähren. Der Beratungsausschuß ist dieser Vorlage des Magistrats beigetreten. Voraussichtlich wird der Staat auch die Kinderzulagen für die einzuziehenden Chargierten gewähren.

Stadtverordneter Rubis schlägt vor, daß für diejenigen Beamten, welche schon mehr beziehen, eine Kürzung eintritt, wenn sie in die nächste Altersstufe einrücken. Das ist ein Vorgang, der auch beim Staate üblich ist.

Oberbürgermeister Pohlmann: Dieses Verfahren ist nur bei dauernden Gehaltsregulierungen üblich. Da es sich um eine vorübergehende Regulierung handelt, soll davon abgesehen werden.

Stadtverordneter Junge glaubt, daß Herr Rubis mißverstanden worden ist. Herr Rubis meinte die Zuschläge, die über die staatliche Grenze hinausgehen.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld fragt an, ob Herr Rubis einen bestimmten Antrag stellen will.

Stadtverordneter Rubis: Ich will zunächst davon absehen. Ich möchte den Beamten nichts kürzen, aber es kann zu Mißstimmungen führen, wenn ein Beamter durch die Gunst des Falls mehr bekommt, als er heute hat.

Stadtverordneter Pinkus: Die Frage ist auch im Beratungsausschuß erörtert worden und es ist eine dahingehende Anregung gegeben worden. Diese ist nicht berücksichtigt worden, weil man der Ansicht war, daß der Staat die erweiterte Kinderzulage gewähren wird. Sollte dies nicht eintreffen, so könnten wir uns vorbehalten, neuerdings in eine Prüfung der Frage einzutreten, falls der Staat die weitergehenden Zulagen nicht gewährt.

Stadtverordneter Rubis: Es kann auch bei anderen Beamten zutreffen; nicht nur bei den Chargierten, die im Felde stehen.

Oberbürgermeister Pohlmann: Um die Sache aus der Welt zu schaffen, schlage ich vor, die Bewilligung nur bis zum 1. Januar auszusprechen.

Die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

Gewährung der erhöhten einmaligen Teuerungszulage an die Lehrpersonen der Mittel- und der höheren Schulen.

Stadtverordneter Wanjura: Die Volksschullehrer erhalten die erhöhten einmaligen Teuerungszulagen. Für die Staatsbeamten ist die einmalige Teuerungszulage erhöht worden. Diese soll nun auch an die Lehrpersonen der Mittel- und der höheren Schulen gezahlt werden. Hierzu ist ein Betrag von 1200 Mark erforderlich. Magistrat und Vorberatungsausschuß haben sich für die Bewilligung ausgesprochen.

Die Versammlung schließt sich dem Antrage an.

Gewährung der laufenden Teuerungszulagen an die Lehrpersonen der Mittel- und der höheren Schulen und der kaufmännischen Fortbildungsschule nach den für die Beamten vom 1. April 1917 geltenden Grundsätzen.

Stadtverordneter Junge: Nachdem Herr Dr. Hoffmann über die Gewährung von Teuerungszulagen an Beamte und Angestellte eingehend berichtet hat, kann ich mich kurz fassen und brauche nur hervorzuheben, daß dieser Beschluß auch für die an den Mittelschulen und höheren Lehranstalten tätigen Lehrkräfte sinngemäß Anwendung finden muß. Nach den bisherigen Grundsätzen waren geringe Aufwendungen erforderlich. Bis Ende 1916 wurden 5992 Mark aufgewendet. Nach den neuen Grundsätzen sind vom 1. April ab erheblich höhere Beträge zu zahlen und zwar für die Lehrkräfte an der Ober-Realschule 3804 Mark, bisher 1140 Mark, das sind mehr 2664 Mark, für das Lyzeum 3948 Mark, bisher 1236 Mark, das sind mehr 2712 Mark, für die Knaben-Mittelschule 3840 Mark, bisher 1736 Mark, das sind mehr 2104 Mark, für die Mädchen-Mittelschule 3900 Mark, bisher 1380 Mark, das sind mehr 2520 Mark, für die kaufmännische Fortbildungsschule 372 Mark, bisher nichts. Im ganzen sind erforderlich 15 864 Mark. Bisher wurden bezahlt 5492 Mark. Somit ist ein Mehrbedarf von 10 372 Mark erforderlich. An der Sache ist nichts zu ändern, daß wir die erhöhten laufenden Teuerungszulagen nach den bei den Staatsbeamten geltenden Grundsätzen vom 1. April ab zahlen müssen. Der Vorberatungsausschuß empfiehlt die Annahme der Magistratsvorlage.

Die Versammlung spricht sich für die Bewilligung aus.

Aus der nichtöffentlichen Sitzung.

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde die Verlegung von Beamten in höhere Gehaltsgruppen und die Bewilligung von Bürovorsteherzulagen an einzelne Beamte beschlossen.

Für einen erkrankten Beamten wurde eine einmalige Beihilfe bewilligt.

— fb. —

Montag, den 9. Juli, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Erhöhung des Zinsfußes für die auf dem städtischen Grundstück Blatt Nr. 562 Kattowitz haftende Hypothek von 90000 Mark.
3. Genehmigung der Haushaltsplan-Überschreitungen für das Rechnungsjahr 1915.
4. Annahme einer Schenkung für die Oberrealschule.
5. Annahme der Schenkung der Frau Pastor Reichert in Deutmannsdorf im Betrage von 10000 Mark.
6. Schaffung einer Vorschullehrerinnenstelle am Lyzeum.
7. Errichtung einer neuen Klasse an der Hilfschule.
8. Bewilligung von Mitteln für die Herrichtung eines Stalles im städtischen Krankenhaus.
9. Erhöhung der Entschädigung für die Impfsärzte.
10. Weitergewährung des erhöhten Verpflegungsgeldsatzes für die Insassen des Armenhauses und des Luisenheims.
11. Erhöhung der Bezüge der Stadtschwestern.
12. Gewährung einer laufenden Unterstützung an die städtische Arbeiterin Julie Dombel.
13. Antrag der O. E. W. auf Erhöhung der Preisse für elektrischen Strom.
14. Vergleich mit den O. E. W. in der Streitfrage wegen des 40- und 4-Pfennig-Tarifs.
15. Abfindung des Polizeikommissars Ullig aus Anlaß des Uebertritts in den Staatsdienst.
16. Gewährung einer Beihilfe an einen Beamten.
17. Gewährung von Vorschüssen und Zulagen an Beamte
18. Verlegung des Badehausverwalters Fest in den Ruhestand.

Anwesend die Herren: Grünfeld, Hoffmann, Wanjura, Katschinski, Brätisch, Pinkus, Rudzinski, Kubis, Delonek, Klimanek, Ulbrich, Dr. Glaser, Dr. Preiß, Funge, Trupke, Breslauer, Siminna, Müller I, Borinski, Herrmann, Woiwinek, Brauer.

Entschuldigt fehlen die Herren: Bistorius, Drees, Centaver, Gries, Krämer, Vogel, Münch, Schalkha.

Nicht entschuldigt: Scharff.

Der Magistrat ist vertreten durch die Herren: Oberbürgermeister Pohlmann, Stadtbaurat Delsner und die Stadträte Ruoff, Kahus, Feige, Zimmermann und Badrian.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld eröffnete die Sitzung mit einem

Nachruf für den Stadtverordneten Leopold Altmann.

Er führte aus: Herr Kaufmann Leopold Altmann, das an Jahren älteste Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung ist am 29. Mai in seinem 76. Lebensjahre verschieden. Wir betrauern den Heimgang eines unserer ältesten und bravsten Bürger, der seit Gründung unserer Stadt hier lebte und wirkte, und beruflich wie ehrenamtlich ein leuchtendes Beispiel strenger Pflichterfüllung und nimmermüden Schaffens war. Seit 1896 ununterbrochen 21 Jahre lang Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung hat Herr Altmann bis in sein hohes ehrenvolles Alter stets als einer der eifrigsten an allen Verhandlungen im Plenum und in vielen wichtigen Verwaltungsausschüssen teilgenommen und unsere gemeinsame Arbeit

durch seine reichen Lebenserfahrungen und seinen weisen Rat gefördert. Selbstlose Arbeit für das Wohl seiner Mitbürger, hochherziger Bürgersinn verbunden mit einem gütigen, menschenfreundlichen Wesen und einem warmen Herzen voll Liebe und vorbildlicher Opferbereitschaft zeichneten den Verehrten aus. Stets wo es galt für das Allgemeinwohl zu wirken, Not zu lindern und helfend einzugreifen, war Herr Ullmann mit an erster Stelle zu finden. Wir danken aufs herzlichste dem treubewährten Kollegen und lieben Freunde für seine langjährige und tatkräftige Mitarbeit im Dienste des Allgemeinwohls und wollen dem treuen Heimgegangenen über das Grab hinaus ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren. Sie haben sich, meine Herren Kollegen zum Reichen dessen von Ihren Plätzen erhoben, ich danke Ihnen.

Im Anschluß an diesen Nachruf bringt der Herr Stadtverordnetenvorsteher ein Dankschreiben von der Witwe des Verstorbenen zur Verlesung, in welchem diese für die warmherzige Teilnahme und die anerkennenden Worte der städtischen Körperschaften bei dem Hinscheiden ihres Gatten dankt.

Anstellungs-Bestätigungen.

Das Königl. Provinzial-Schulkollegium hat die Wahl der Oberlehrerin Marie Wenzel am hiesigen Gyzzeum und Oberlyzeum mit Gültigkeit vom 1. April 1917 ab bestätigt. Am gleichen Tage durch Verfügung vom 2. Juli die Wahl der Oberlehrerin Marta Grabowsky am Gyzzeum und Oberlyzeum mit Gültigkeit vom gleichen Tage.

Rassenprüfungen.

Am 1. Mai erfolgte ein Abschluß und eine Prüfung der Stadthauptkasse für den Monat April. Das Revisionsprotokoll liegt zur Einsicht aus. Am 31. Mai erfolgte eine Revision der städtischen Sparkasse für den Monat Mai. Auch dieses Protokoll wird zur Einsicht des Hauses niedergelegt. Die Prüfung der Stadthauptkasse für den Monat Mai fand am 13. Juni statt. Auch hier fand sich nichts zu erinnern.

Ein Dringlichkeitsantrag.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld teilt mit: Es liegt ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats über eine einmalige Beihilfe von 100 Mark an eine Lehrerin vor. Falls die Dringlichkeit anerkannt wird, soll die Angelegenheit an den Schluß der Tagesordnung gesetzt werden.

Die Dringlichkeit wird anerkannt.

Zinsfukerhöhung für ein städtisches Grundstück.

Stadtver. Rudzinski: Der Vorstand der Kaiser Wilhelm-Auguste-Viktoria-Stiftung bittet den Magistrat den Zinsfuß der Hypothek, die auf dem städtischen Grundstück Blatt Nr. 562 im Betrage von 90 000 Mark lastet, anstatt mit 4 Prozent vom 1. April 1917 ab mit 5 Prozent zu verzinsen. Der Magistrat hat sich schlüssig gemacht, eine Erhöhung eintreten zu lassen und die Hypothek vom 1. April ab mit 4½ Prozent zu verzinsen, wenn sich die Stiftung damit einverstanden erklärt, die Hypothek nicht vor dem Ablauf von 3 Jahren zu kündigen. Der Vorstand der Stiftung hat sich mit dieser Bedingung einverstanden erklärt. Der Vorberatungsausschuß ist dem Beschluß des Magistrats beigetreten und ich bitte Sie diesem zuzustimmen. Dies geschieht.

Genehmigung der Haushaltsplan-Überschreitungen für das Rechnungsjahr 1915.

Stadtv. Borinski: Die Gesamtüberschreitungen für das Rechnungsjahr 1915 betragen 200 878,71 Mark. Hiervon gehen ab die Überschreitungen, die unter § 10c der Bestimmungen über die Haushaltsplanüberschreitungen fallen und deren Betrag bei der Feststellung der Höhe der Überschreitungen gemäß § 12 der Bestimmungen von der Gesamtsumme in Abzug zu bringen ist weil diese Überschreitungen nicht als solche im etatsrechtlichen Sinne gelten, mit 68 108,51 Mark. Es bleiben noch zu genehmigen 132 770,20 Mark. Von dieser Summe entfallen auf Überschreitungen von über 2 Prozent bis zu 5 Prozent, die gemäß § 10a der Bestimmungen der vorherigen Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung nicht bedürfen, 327,75 Mark, ferner auf Überschreitungen, die durch den Krieg verursacht wurden und deren Genehmigung erst nach dem Jahresluß einzuholen ist, 131 301,45 Mark und auf Überschreitungen, deren Genehmigung nicht rechtzeitig eingeholt wurde, 1141 Mark. Die Überschreitungen, die durch den Krieg verursacht wurden, betreffen in der Hauptsache Vertretungskosten. Im Vorberatungsausschuß ist angeregt worden, festzustellen, in wie weit erhebliche Beträge ausgeglichen werden durch ersparte Gehälter. Die Differenz hat sich zahlenmäßig nicht feststellen lassen.

Die Überschreitung der 1141 Mark wird ohne Widerspruch genehmigt.

Annahme der Silberstein-Stiftung.

Stadtv. Ulbrich: Der Direktor der Ober-Realschule hat am 27. März mitgeteilt, daß Frau Else Silberstein die Summe von 5000 Mark als Schenkung der Schule überwiesen hat. Die Zinsen sollen für das Studium von würdigen Schülern bestimmt sein. Der Direktor bittet, die Stiftung anzunehmen und ihr den Namen Silberstein-Stipendium zu geben. Der Magistrat hat das Geschenk angenommen und auch der Spenderin seinen Dank ausgesprochen. Der Vorberatungsausschuß ist der Schenkungsannahme beigetreten. An Stelle der Bezeichnung Stipendium soll die Bezeichnung Stiftung treten. In diesem Sinne beschließt die Versammlung.

Eine Stiftung zur Anschaffung von Kohlen für Arme.

Stadtv. Ulbrich: Der Kaufmann Nitschke in Breslau hat eine Summe von 10 000 Mark hinterlassen. Mit diesem Betrage soll eine Stiftung errichtet werden, durch welche Kattowitzer Arme freie Kohlen erhalten. Der Herr Minister hat angeregt, die Stiftung in eine Schenkung umzuwandeln. Die Erbin des Verstorbenen, Frau Pastor Reichert in Deutschmannsdorf, hat sich damit einverstanden erklärt. Es ist gleichgültig, ob wir das Vermächtnis als Schenkung oder Stiftung bezeichnen, die Hauptsache ist, daß die edle Tat unseren Stadtarmen zugute kommt.

Die Versammlung beschließt die Annahme der Schenkung.

Schaffung einer Vorschullehrerinnenstelle am Gymnasium.

Stadtv. Pinkus: Am Gymnasium soll nunmehr eine Vorschullehrerinnenstelle geschaffen werden. Eine besondere Belastung soll der Etat nicht erfahren, da die Mittel aus der Position „für Vertretungen“ entnommen werden können. Die Stelle wird Fräulein Nothmann übertragen, die vertretungsweise schon längere Zeit am Gymnasium beschäftigt ist und nunmehr vom 1. April ab fest angestellt werden soll. Als Besoldungsdienstalter ist nach

den ministeriellen Vorschriften der 1. Oktober 1916 festgesetzt worden. Der Magistrat beschloß nach den Beschlüssen des Kuratoriums die Schaffung der Vorschullehrerinnenstelle. Diesem Beschlusse ist der Vorbereitungsausschuß beigetreten.

Die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

Errichtung einer neuen Klasse an der Hilfsschule.

Stadtw. Wanjura berichtet über die notwendige Errichtung einer neuen Klasse an der Hilfsschule. Einzelne Klassen sind überfüllt und die Ausübung des Unterrichts ist deshalb schwer. Während der Kriegszeit entstehen besondere sachliche Kosten nicht. Nach dem Kriege betragen die Kosten jährlich 2790 Mark.

Die Versammlung beschließt die Errichtung einer neuen Klasse.

Bewilligung von Mitteln für die Herrichtung eines Stalles im städtischen Krankenhause.

Stadtw. Rudzinski: Für die Errichtung eines Stalles im Krankenhause sind 800,86 Mark ausgegeben worden. Die städtische Krankenhausverwaltung bittet um Bewilligung des Betrages. Der Magistrat hat die Kosten in dieser Höhe bewilligt. Der Vorbereitungsausschuß ist dem Beschlusse beigetreten. Es handelt sich um einen Wirtschaftsstall. Die Arbeiten sind, um sie möglichst billig herzustellen, zum Teil in eigener Regie ausgeführt worden. Die Herrichtung ist unbedingt nötig gewesen.

Stadtw. Brätisch: Ich meine, es wäre nützlich, wenn wir solche Sachen vorher erfahren und uns nicht immer darauf beschränken, nachträglich zu bewilligen.

Oberbürgermeister Pohlmann: Es kommt wohl nicht so oft vor, daß wir mit nachträglichen Forderungen kommen. Hier handelt es sich um eine Kriegsmaßnahme. Der Stall mußte hergerichtet werden im Interesse der Krankenversorgung für die Krankenhaus-Insassen.

Die beantragten Mittel wurden hierauf bewilligt.

Erhöhung der Entschädigung für die Impf-Ärzte.

Stadtw. Dr. Preiß: Die Impf-Ärzte, Kreisarzt Dr. Halben und Dr. Glaser haben in einem Schreiben gebeten, die Impfgebühren zu erhöhen. Die Entschädigung beträgt z. Bt. 50 Pfennig für die Impfung. Sie begründen die erbetene Erhöhung im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse und damit, daß die Impf-Untenfilien erheblich teurer geworden sind. Unter diesen Umständen bitten sie, den Satz für die Einzelpfung auf 75 Pfennig zu erhöhen. Der Magistrat hat bei einer ganzen Anzahl Kommunalverwaltungen angefragt, wie dort die Sache ist. Es ist im allgemeinen so, daß eine einzige Kommune, nämlich Königshütte einen niedrigeren Satz hat. Die anderen Kommunen zahlen 50, 60, 75 auch 1 Mark. Beuthen und Görlitz zahlen 75 Pfennig, Siegnitz seit 1. April 1 Mark. Die Angelegenheit hat dann den Magistrat noch einmal beschäftigt und er hat beschlossen, statt 50 Pfennig 60 Pfennig zu zahlen. Der Vorbereitungsausschuß hat diesen Beschluß zu einem eigenen gemacht. Nun, meine Herren, bedauere ich sagen zu müssen, daß ich beiden Vorschlägen nicht zustimmen kann. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Forderung von 75 Pfennig angemessen erscheint. Nach einer Verordnung vom Jahre 1896 ist ein Mindestsatz von 3 Mark zulässig. Nun haben sich doch die

Lebensmittelverhältnisse während dieses langen Zeitraumes geändert, so daß bei den öffentlichen Impfungen der Satz von 1 Mark angemessen erscheint. Ich möchte bitten, in Anbetracht der Verhältnisse es bei dem Wunsche der Herren zu belassen und 75 Pfennig als angemessen zu betrachten.

Oberbürgermeister Pohlmann: Diesem Wunsche möchte ich gerne stattgeben, fürchte aber, daß wir wieder mit den Nachbarstädten in Kollision geraten, wenn wir auf 75 Pfennig erhöhen.

Stadtv. Dr. Preiß: Die Lebensverhältnisse sind hier anders als in anderen Städten.

Stadtv. Carl Siminna stellt die Anfrage, ob diese Impfungen die Impfungen der Schulkinder enthalten.

Stadtv. Dr. Preiß: Es handelt sich um die öffentlichen Impfungen. Herr Kreisarzt Dr. Halben hat die Erst-Impfungen und Herr Dr. Glaser die Wieder-Impfungen. Es handelt sich doch um besondere Leistungen der Ärzte und die Zeit der Ärzte ist doch gerade jetzt kostbar genug.

Stadtv. Kunge: Ich glaube doch nicht, daß es darauf ankommt, was andere Städte zahlen, sondern was als wirklicher Kostenaufwand anerkannt wird. Wenn die Stadt anerkennt, daß 75 Pfennig anerkennenswert seien, dann zahlen wir also 75 Pfennig. Wenn sie es nicht anerkennt, so zahlen wir weniger. Ich meine, daß diese Frage ausschlaggebend ist, nicht was andere Städte zahlen.

Oberbürgermeister Pohlmann schlägt vor, die Angelegenheit evtl. noch einmal zu vertagen.

Stadtv. Brauer spricht sich gegen eine Vertagung aus. Daß eine Ausgabe von 75 Pfennig für die Leistungen der Ärzte keine große ist, werden wir wohl verstehen. Wir haben schon häufig etwas gemacht und andere Städte sind uns nicht nachgefolgt.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten und der Antrag des Vorberatungsausschusses mit Stimmenmehrheit angenommen.

Weitergewährung des erhöhten Verpflegungssatzes für die Insassen des Armenhauses und des Linsenheims.

Stadtv. Wanjura: Am 26. Juli v. J. haben wir beschlossen, daß der Verpflegungssatz für die Insassen des Armenhauses und des Linsenheims von 80 Pfennig auf 90 Pfennig erhöht wird. Dieser Verpflegungssatz soll bis 1. April nächsten Jahres weiterbezahlt werden.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Erhöhung der Bezüge der Stadtschwesteru.

Stadtv. Kubis: Es handelt sich um die Aufbesserung der Verhältnisse unserer Stadtschwesteru. Augenblicklich sind 7 Schwestern im Dienste der Stadt. Die Bezüge für 3 Schwestern trägt der Zentralhilfsfonds. Nach einem Beschlusse des Magistrats auf Anregung der Armenverwaltung sollen die Stadtschwesteru eine Feuerungszulage von monatlich 20 Mark erhalten. Der Vorberatungsausschuß hat diesem Beschlusse beigestimmt. Außerdem soll das Kleidergeld auf 20 Mark erhöht werden und eine Schwester soll eine Zulage von 120 Mark erhalten.

Die Versammlung beschließt im selben Sinne.

Gewährung einer laufenden Unterstützung für eine städtische Arbeiterin.

Stadtv. Borinski: Die städtische Arbeiterin Frau Julia Dombek war seit 1899 bei der Gartenverwaltung beschäftigt. Sie ist völlig arbeitsunfähig und erhält eine monatliche Invalidenrente von 14,25 Mark. Das ist augenscheinlich zu wenig. Die Frau ist gelähmt und kann nicht mehr arbeiten. Der Magistrat hat beschlossen, ihr eine laufende Unterstützung von monatlich 15 Mark zu zahlen. Die Versammlung tritt diesem Beschlusse bei.

Antrag der D. E. W. auf Erhöhung der Preise für elektrischen Strom.

Stadtv. Pinkus: Die D. E. W. haben sich nicht damit einverstanden erklärt, den Zuschlag für die Kohlensteuer nach Wegfall des Kriegsteuerungszuschlages ebenfalls in Wegfall kommen zu lassen. Sie führten in einem Schreiben aus, daß die Kohlensteuer allein nicht maßgebend für die Erhöhung gewesen sei, sondern daß diese vielmehr begründet sei durch Kriegsmassnahmen, Steigerung der Arbeitslöhne usw. Der Magistrat hat nunmehr beschlossen: Nachdem die D. E. W. sich nicht damit einverstanden erklärt haben, den Zuschlag für die Kohlensteuer nach Wegfall des Kriegsteuerungszuschlages ebenfalls in Wegfall kommen zu lassen, wird beschlossen, die Erhebung des Kriegsteuerungszuschlages nur zu genehmigen, bis 1 Jahr nach Friedensschluß mit Frankreich, England und Rußland, längstens jedoch bis 31. März 1920. Damit haben sich die D. E. W. einverstanden erklärt. Der Kriegsteuerungszuschlag ist auch für die Abgabe von Strom an die städtischen Bildungsanstalten zu zahlen.

Die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

Die städtische Eislieferung.

Außerhalb der Tagesordnung stellt Stadtv. Brauer an den Magistrat die Anfrage, wie es in diesem Jahre mit der Eislieferung an die Bevölkerung sei.

Stadtrat Ruoff gibt die Auskunft, daß die Lieferung sich wegen maschinellen Schwierigkeiten bisher nicht haben ermöglichen lasse. Wir sind fortwährend bestrebt, die Mängel an der großen Maschine zu beseitigen. Erschwerend wirke der Personalmangel. Die beiden ersten Kriegsommer ging es gut.

Stadtv. Pinkus meint: Es sei müßiges Vorhaben, darüber zu streiten, ob wir früher etwas anderes hätten machen sollen. Ich möchte zur Beruhigung mitteilen, daß ich kürzlich in Deuthen war, daß eine neue Rühranlage hat und dort gab es auch kein Eis.

Kohlenmangel für gewerbliche Betriebe.

Stadtv. Pokorny lenkt in einer Anfrage die Aufmerksamkeit des Magistrats auf die Tatsache, daß seit einigen Tagen die Kohlenzufuhr für gewerbliche Betriebe stocke. Würde die Stockung weiter anhalten, so wäre es nicht ausgeschlossen, daß das Hausbadem vollständig eingestellt werden müßte.

Oberbürgermeister Pohlmann bemerkt, daß es z. Bt. unmöglich sei, auf die Kohlenabfuhr einzuwirken, daß aber Hoffnung bestehe, daß die Kalamität in Bälde beseitigt würde.

Aus der geheimen Sitzung.

Dem Vergleiche mit der D. G. W. betreffend den 40- und 4-Pfennig-Tarif wird zugestimmt.

Polizeikommissar Ullrich soll eine einmalige Abfindungssumme von 3000 M. und eine in Raten zahlbare Abfindungssumme von 2000 M. anlässlich seines Uebertritts in den Staatsdienst erhalten.

Einem erkrankten Beamten werden 2000 M. zum Gebrauch einer Kur bewilligt.

An Beamte und Angestellte sollen Vorschüsse zu Anschaffungen nach Antrag des Magistrats bewilligt werden.

Bürgermeister Leu, Herrn Stadtbaurat Delsner und Herrn Stadtrat Ruoff werden laufende persönliche Zulagen von je 1000 M. jährlich bewilligt.

Der Versetzung des Badehausverwalters Fests in den Ruhestand wird zugestimmt und einer Lehrerin eine Beihilfe von 100 M. bewilligt.

— fh. —

• Montag, den 23. Juli 1917, nachmittags 5 Uhr

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Mitteilung über Kriegswirtschaftsdezernate.
3. Mitteilung über öffentliche Beleuchtung, Kohlenverteilungsstelle.
4. Maßregeln zur Kohlenersparnis (Zustimmung zum erhöhten Gaspreise).
5. Mietung von Geschäftsräumen.
6. Erhöhung der Entschädigung für die Beheizung der Räume in der kaufmännischen Fortbildungsschule.
7. Erhöhung der Miete für die Krankenhausinspektormwohnung.
8. Maßregeln zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.
9. Versicherung der städtischen Gebäude gegen Wasserschaden.
10. Benennung von Sachverständigen zwecks Abschätzung des Wertes der auf polizeiliche Anordnung vernichteten oder durch Desinfektion beschädigten Gegenstände gemäß § 21 des Gesetzes, betreffe d Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 28. August 1905
11. Wahl je eines Mitgliedes
 - a in den Armen-Ausschuß,
 - b) in den Kranken-Ausschuß,
 - c in den Bau-Ausschuß,
 - d) in den Vorbereitungsausschuß
 anstelle des verstorbenen Stadtverordneten L. Altmann.
12. Wahl von unbesoldeten Stadträten für die Herren Stadträte Dame, Rosak, Pieler, Zimmermann, deren Wahlzeit Ende 1917 abläuft.

Anwesend die Herren: Grünfeld, Borinszki, Boehm, Brätsch, Brauer, Dr. Glaser, Griefe, Herrmann, Katschinsky, Klimanek, Kraemer, Kubis, Lelonek, Müller A., Pinkus, Poforny, Rubinszki, Scharff, Siwinna, Trupke, Ulbrich, Vogel. Später erscheint Dr. Preiß.

Entschuldigt fehlen die Herren: Pistorius, Wanjura, Breslauer, Gentawer, Drees, Ehrhardt, Henczinski, Hennek, Hoffmann, Kunge, Müller Joh, Münch, Proskauer, Schalkha, Weigmann, Woitinek.

Der Magistrat ist vertreten durch die Herren: Oberbürgermeister Bohlmann, Bürgermeister Leu u. Stadtbaurat Delsner und die Stadträte Guttmann, Ruoff, Badrian.

Mitteilungen.

Das Revisionsprotokoll der städtischen Sparkasse für den Monat Juli liegt vor. Es fand sich nichts zu erinnern.

Die Herren Bürgermeister Leu u. Stadtbaurat Delsner danken in einem Schreiben für die von der Stadt beschlossene Zusage.

Die städtischen Kriegswirtschaftsdezernate.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: In der letzten Sitzung wurde der Wunsch ausgesprochen, der Stadtverordneten-Versammlung möchte vom Magistrat Mitteilung über die Kriegswirtschaftsdezernate gemacht werden. Der Magistrat hat nunmehr folgenden Bericht vorgelegt:

Die gesamte Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und die Versorgung der Stadt mit Futtermitteln: Dezernat Oberbürgermeister, in dessen Behinderung zweiter Bürgermeister, Stadtrat Dame, Stadtrat Guttmann.

Die gesamte Kriegsfürsorge, die im Zentralfonds zusammengeschlossen ist, Gewährung von Zusatzunterstützungen an die Angehörigen von Kriegsteilnehmern in bar und Naturalien, Beschaffung von Kleidungsstücken und Schuhwerk für die arme Bevölkerung usw.: Oberbürgermeister, in dessen Behinderung zweiter Bürgermeister.

Massen Speisung der hiesigen Bevölkerung, Kriegsfüchse und Volksküche usw., Stadtrat Zimmermann (vorübergehend auch der Oberbürgermeister). Massenspeisungseinrichtungen Stadtbaurat.

Das Kriegserfahrgeschäft, Reklamationen von Kriegsteilnehmern, Kriegerwitwen und Waisenversorgung, Kriegselterngeld, Reichswochenhilfe, Kriegsüberlebtenfürsorge, Kriegshilfskasse: Dezernat zweiter Bürgermeister.

Einquartierungen: Oberbürgermeister, i. B. zweiter Bürgermeister.

Reichsfamilienunterstützungen (Lieferungsverband) Stadtrat Kalus.

Bezugsstelle für Web-, Woll- und Strickwaren und Schuhwaren, An- und Verkauf von alten Kleidungsstücken: Dezernat zweiter Bürgermeister.

Beschlagnahme von Dachkupfer, Blitzableiteranlagen, Bronzeglocken und Einrichtungsgegenständen aus Messing und Kupferlegierungen, Zuteilung von Baustoffen: Dezernat Stadtbaurat, von Haushaltsgegenständen aus Messing, Nickel: Dezernat zweiter Bürgermeister.

Kriegssteuergesetze, Kriegsgewinnsteuer, Warenumsatzsteuer: zweiter Bürgermeister.

Goldankauf, Kriegsanleihe: Oberbürgermeister.

Kohlenverteilungsstelle: zweiter Bürgermeister.

Zuteilung und Bewirtschaftung von Kleingärten: Stadtbaurat.

Außerdem sind die Dezernate der unbefetzten Stadtratsstelle zu erledigen. Ferner fehlen von 53 Beamten 23, und die Verwaltung arbeitet bei vielfachen Störungen durch Arbeiter- und Materialmangel insbesondere bei den Bauausführungen, Herrichtung unserer Gebäude für Kriegswirtschaftszwecke und bei den Betrieben außerordentlich schwierig, sodaß die gesamte Arbeit als Kriegsarbeit anzusehen ist.

Das Wort wird hierzu nicht gewünscht.

Die Versorgung der Stadt mit Brennstoff.

Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung folgenden Bericht vorgelegt:

Infolge Zunahme des Kohlenverbrauchs durch die im Heeresdienst tätigen Betriebe sind im vergangenen Winter in einer Anzahl von Städten des Reiches Schwierigkeiten bei der Versorgung der Haushaltungen mit Hausbrand entstanden. Einige Städte haben daher Maßnahmen für die Brennstoffversorgung getroffen. Die günstigen Erfahrungen, welche in verschiedenen Städten mit der örtlichen Regelung der Brennstoffversorgung gemacht sind, gaben dem Kriegsministerium (Kriegsamt) Veranlassung, durch seinen Erlaß vom 7. April 1917 im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskommissar für die Kohlenverteilung den Städten und Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern dringend anzuzurufen, Ortskohlenstellen einzurichten. Aufgabe dieser Ortskohlenstellen soll vor allem Vorbereitung und spätere Durch-

führung der örtlichen Regelung der Brennstoffversorgung im nächsten Winter sein. Sofortige Einrichtung der Ortskohlenstellen wird empfohlen, um nicht nur für den Winter Vorarbeiten zu leisten, sondern gleichzeitig bestehende Schwierigkeiten der Kohlenversorgung zu beseitigen. Nach dem Kriegsministerialerlaß haben die Ortskohlenstellen Anträge der im Heeresdienst tätigen Betriebe auf Zuweisung von Kohlen zu prüfen und an das Kriegsamt weiterzugehen, in Nothfällen selbst mit Kohlen aus eigenen Beständen oder aus andern Betrieben auszuweichen. Nebenbei bleibt den Städten überlassen, den Ortskohlenstellen die Regelung der Kohlenabgabe an die Kleinverbraucher zuzuwiesen. Die Ortskohlenstelle wird dem Kriegsamt unmittelbar unterstellt und hat deren Anweisungen zu befolgen. Der Magistrat hat zu der Angelegenheit Stellung genommen und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß in unserer Stadt größere im Heeresdienst stehende Betriebe nicht in Frage kommen, daß wegen der günstigen Lage unserer Stadt im Kohlengebiet Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung der wenigen kleineren Betriebe nicht entstehen werden. Diese Ansicht ist in Besprechungen mit maßgebenden Stellen bestätigt worden. Der Magistrat hat daher beschlossen, von der Errichtung einer Ortskohlenstelle in vollem Umfange des Kriegsministerialerlasses zunächst Abstand zu nehmen. Dagegen glaubt der Magistrat, die Versorgung der Stadt mit Hausbrand in die Hand nehmen zu müssen, um den Haushaltungen die Sorge um die Beschaffung von Brennstoffen für den kommenden Winter zu nehmen. Zunächst ist in den Haushaltungen durch öffentliche Bekanntmachung nahegelegt worden, sich selbst während des Sommers mit Brennmaterialien wie Kohle, Rost und Holz für den Winter zu versorgen. Soweit beobachtet werden konnte, hat sich ein großer Teil der Haushaltungen bereits eingedeckt. Ein Teil ist dabei. Die Versorgung hat durch den letzten Grubenstreik eine vorübergehende Unterbrechung erfahren. Die benachbarten Gruben geben wieder Kohlen ab, wenn auch in ein wenig beschränktem Maße. Wo Schwierigkeiten gemacht wurden, ist dies auf den anzuerkennenden Versuch der Grube zurückzuführen, dem Bezug der Kohle über den wirklichen Bedarf und dem schon einsetzenden Schleichhandel mit Kohle zu begegnen. Die amtlichen Stellen sind aber bemüht, den Verbrauchern bei Bedarf zum Bezug von Kohlen zu helfen.

Um den Kohlenbedarf für die Bürgerschaft der Stadt sicherzustellen, sind mit den benachbarten Gruben Verhandlungen eingeleitet, die voraussichtlich zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Wir glauben bestimmt, diejenige Menge an Kohlen zu erhalten, welche bei der Kohlenverteilung der Stadt Rattowitz zugewiesen wird.

Im Interesse der Gebäude mit Zentralheizungen usw. ist angeordnet worden, daß Gaskohle aus unserer Gasanstalt nicht nach auswärts verkauft wird. Diese Anordnung gilt aber nur soweit, als über den Rost nicht höheren Orts verfügt wird. Auch wegen Bezug von Brennholz sollen mit einigen Verwaltungen Verhandlungen eingeleitet werden. Nach der Stellungnahme des Deutschen Städtetages beim Reichskommissar für Kohlenverteilung und nach erhaltenen Nachrichten ist eine allgemeine Regelung des Brennstoffverbrauchs durch das Reich zu erwarten. Grundlagen für eine Verbrauchsregelung sind Bestandserhebung, Anmeldung und Beschränkung durch Ausgabe von

Karten usw. Dies verursacht eine erhebliche Arbeit, die durch die eintretende allgemeine Regelung unnütz werden könnte. Der Magistrat hat sich deshalb entschlossen, mit der örtlichen Verbrauchsregelung zu warten, bis die Frage der allgemeinen Regelung entschieden ist. Inzwischen sollen Vorkehrungen für die Errichtung einer städtischen Kohlenverorgungsstelle, wie Mietung von Räumen, Einstellung von Kräften, Beschaffung von Geräten und Material, getroffen werden.

Stadtv. U l b r i c h führt im Anschluß hieran aus: Der Vorberatungsausschuß hat sich mit der Sache befaßt und es hat eine eingehende Aussprache stattgefunden. Der Vorberatungsausschuß hat beschlossen: Es wird von dem Bericht des Magistrats Kenntnis genommen und ihm zugestimmt. Ich bitte, dem Beschlusse des Vorberatungsausschusses beizutreten. Die Kohlenverteilung wird sich regeln lassen, wird aber doch in der Hauswirtschaft auf Schwierigkeiten stoßen. Nicht etwa, weil keine Kohle da ist, sondern weil es an Pferdemarial fehlt, um die Kohlen in die Häuser heranzuschaffen. Unsere Hausfrauen und auch die Mädchen sind hier garnicht gewöhnt, mit Kohlen zu sparen. Ich hoffe, daß auch die Hausfrauen dafür sorgen, daß ein unnötiger Kohlenverbrauch nicht stattfindet. Im Vorberatungsausschuß sind Vorschläge gemacht worden, wie dem Uebel abzuhelpen sei. Alle diese Anregungen wird der Magistrat in seinen Sitzungen in Erwägung ziehen und wir werden wohl Mittel und Wege finden, um die Bürgerschaft nicht auch noch in eine Kohlennot zu bringen.

Oberbürgermeister P o h l m a n n: Wir haben die Bürgerschaft schon zweimal aufgefordert, sich rechtzeitig mit Kohlen zu versehen, damit im Winter kein Mangel eintritt. Damit soll nicht gesagt sein, daß Kohlen gehamstert werden sollen. Das Hamstern von Kohlen ist etwas, was gerügt werden muß, und was die Allgemeinheit schädigt. Dann möchte ich weiterhin darauf hinweisen, daß es ebenso unzulässig ist, wenn jetzt die Gelegenheit wahrgenommen wird und mittels des Abfahrens von Kohlen ein Kohlenhandel eröffnet wird. Das soll auch hier vorkommen und ist außerordentlich verwerflich. Die Kontrolle geht den Gruben dadurch verloren. Im allgemeinen kann ich mich nur den Wünschen des Berichtstatters anschließen und von dieser Stelle die Bitte an die Bürgerschaft richten, möglichst sparsam mit der Kohle umzugehen. Wenn auch Kohle da ist, so ist es doch notwendig für unser Volk, daß es sparen lernt, mit allem, nicht nur mit dem Gelde, sondern auch mit Kohle. Daran möchte ich die Bitte knüpfen, auch mit dem Gas sparsam zu sein.

Stadtv. M ü l l e r richtet die Anfrage an den Magistrat, ob es diesem möglich sei, Gespanne zu stellen, ob Vereinbarungen getroffen werden mit den Fuhrwerksbesitzern.

Stadtv. U l b r i c h: Im Vorberatungsausschuß ist die Abfuhrangelegenheit eingehend besprochen worden. Es ist von dem Stadtv. Brauer der Vorschlag gemacht worden, von Seiten des Magistrats soll darauf hingewirkt werden, ob nicht eine regelmäßige Anfuhr stattfinden könnte. Die hiesigen Geschäftsleute sollen eventl. ihre Gespanne zur Verfügung stellen. In zweiter Reihe ist angeregt worden, den ganzen Fuhrhandel in eine Fuhrzentrale zusammenzuschließen, um sie in einen Topf zu bringen, damit diese Zentrale dann die Kohlenverteilung übernimmt. Das wäre ein Mittel und Weg, um die Sache zu för-

bern. Ob diese Durchführung möglich sein wird, konnte der Magistrat noch nicht zusagen. Es wurde auch die Frage erörtert, die Herr Müller angeschnitten hat. Es wurde gesagt, daß mit der Rattowitzer Aktiengesellschaft ein Abkommen getroffen werden könnte, daß diese die Abfuhr leiten könnte, weil sie eine größere Anzahl von Kriegspferden bekommen haben soll, die zu diesem Zwecke nutzbar verwendet werden könnten. Der Herr Oberbürgermeister sprach auch die Ansicht aus, daß die Stadt eigene Pferde anschafft. Das wird auch seinen Hafen haben wegen der Fütterung der Pferde. Jedenfalls wurde eine ganze Menge von Anregungen im Beratungsausschuß gegeben und wir können das volle Vertrauen zum Magistrat haben, daß er sich in würdiger Weise der Sache annehmen wird.

Stadtv. Pinkus: Bei der Besprechung der Frage des Kohlenhandels hat der Herr Oberbürgermeister in Aussicht gestellt, daß der Magistrat die Sache kontrollieren läßt durch die Abgabe von Bescheinigungen.

Oberbürgermeister Pohlmann: Wenn dies nötig ist, würden wir es machen. Das macht aber große Arbeit und bringt eine große Verantwortung mit sich. Was die Stellung von Gespannen betrifft, haben wir uns an die Bürgerschaft gewendet, daß sie uns Gespanne zur Verfügung stellt, soweit sie diese nicht braucht. Außerdem wollen wir sehen, daß mit städtischen Gespannen herangefahren wird, was nötig ist. Eventl. soll der Marstall vergrößert werden. Wenn wir das Kohlenfahren übernehmen, müssen wir auch Leute für das Be- und Entladen haben. Wir wollen sehen, der Bürgerschaft entgegenzukommen, soweit als möglich; bestimmte Zusicherungen können wir heute nicht machen.

Stadtv. Brauer bemerkt, daß die Anregung betreffend Schaffung einer Fuhrzentrale nicht von ihm, sondern vom Magistrat ausgegangen ist.

Stadtv. Kubiz: Es wird sich empfehlen, schon jetzt Maßnahmen ins Auge zu fassen, die den wilden Kohlenhandel unmöglich machen, oder ihn doch möglichst einschränken, damit nicht wieder eine Preissteigerung eintritt wie bei den Lebensmitteln.

Stadtv. Kraemer: Dafür brauchen wir nicht sorgen. Das Kriegsammt wird schon Sorge tragen, daß der Schleichhandel unterbleibt.

Stadtv. Ratschinski: Ein Schleichhandel wird nicht stattfinden, weil die Eisenbahn selbst darauf Acht hat. Es ist allerdings vorgekommen, daß Kohle als Stückgut verladen worden ist. Auch dem ist jetzt ein Riegel vorgeschoben worden.

Stadtv. Kubiz: Das schließt nicht aus, daß sich hier in Rattowitz ein Schleichhandel entwickelt. Das Kriegsammt sorgt nach Möglichkeit für Abstellung der Mißstände. Das Kriegsammt soll doch dem Schleichhandel mit Lebensmitteln entgegenreten. Wir Konsumenten merken am eigenen Leibe, daß dies nicht geschieht.

Dem Magistratsbericht wird hierauf zugestimmt.

Maßregeln zur Kohlenersparnis.

Stadtv. Pinkus: Die zu erwartenden schwierigen Verhältnisse in der Kohlenbeschaffung haben das Gasratorium veranlaßt Maßnahmen zu treffen, um im Winter mit den vorhandenen und zu liefernden Kohlen auszukommen. Bis jetzt sind 20 Tonnen werktäglich geliefert worden. Mit dieser Lieferung

sind wir im vorigen Jahre durchgekommen, weil uns einige Firmen aushilfsweise Kohlen geliefert haben. In diesem Jahre kommt hinzu, daß mit dieser Aushilfe nicht und auf der anderen Seite mit einem Zuwachs von Gasconsumenten zu rechnen ist, nämlich mit den Leuten die bisher kein Kochgas gehabt oder dieses nicht benützt haben und jetzt mit Kohlen sparen wollen. Das Gasruratorium hat nun den Beschluß gefaßt, die Straßenbeleuchtung einzustellen. Die späteren Maßnahmen sollen noch vorbehalten bleiben. In den späteren Monaten, wenn die Tage kürzer werden, soll mit der Beleuchtung wieder begonnen werden. Die bisherigen Abnehmer sollen vom 1. August dieses Jahres ab für jeden gegenüber dem Monat des Vorjahres mehr entnommenen Kubimeter Koch- und Heizgas 0,50 Mark zahlen. Seit dem 1. August 1916 neu hinzugegetretene Abnehmer sollen nach den wirtschaftlichen Verhältnissen veranlagt werden. Zur Anregung zur Sparsamkeit im Gasverbrauch sollen Flugblätter ausgearbeitet und dem „Rattowitzer Stadtblatt“, der „Rattowitzer Zeitung“ und dem „Oberschlesischen Kurrier“ beigelegt werden. Außerdem soll versucht werden, einen Vortrag, am besten durch eine Rattowitzer Dame halten zu lassen. Durch die Einstellung der Gasbeleuchtung werden nach einem Bericht der Gasanstalt täglich 481 Kubimeter gespart werden. Dem Beschluß des Ruratoriums haben Magistrat und Vorberatungsausschuß zugestimmt.

Stadtv. Carl Siwinna fragt an, ob in den 50 Pfennig für den Mehrverbrauch an Gas auch das Betriebsgas enthalten ist, oder ob dafür keine Veränderung eintritt, also das Gas für gewerbliche Zwecke von der Preiserhöhung freibleibt.

Stadtv. Finkus: Die Preiserhöhung betrifft nur Koch- und Heizgas.

Stadtrat Ruoff: Ausnahmen für den Gasverbrauch von kriegstechnischen Betrieben erscheinen unzulässig. Wenn die Druckerei weniger druckt, so braucht sie auch weniger Gas. Wenn bestimmte Gründe vorliegen, wird die Gasanstalt Maßnahmen treffen um Härten zu vermeiden. Wir versprechen uns von der Erhöhung der Gaspreise mehr als von den Flugblättern, um die sich gewöhnlich kein Mensch kümmert.

Stadtv. Vogel: Auch der Bezug von elektrischem Strom soll für industrielle Betriebe eingeschränkt werden. Wenn sich diese Betriebe einschränken müssen, müssen sich auch die Druckereien einschränken, die mit Gasmotoren arbeiten.

Oberbürgermeister Pohlmann: Es handelt sich zunächst nur um die Maßnahmen unserer Gasanstalt. Ob von anderen Behörden Einschränkungen auch erlassen werden, steht nicht bei uns.

Stadtv. Carl Siwinna: Herr Stadtrat Ruoff sprach davon, daß den Druckereien eine Verminderung im Gasverbrauch auferlegt werden soll. Es handelt sich nicht darum, daß eine Verminderung beim Druck eintreten soll; das kommt gar nicht in Frage, weil die Druckmaschinen gar nicht mit Gas angetrieben werden. Es handelt sich um den Betrieb von Sekmashinen und der Stereotypie. Da läßt sich eine Verminderung nicht einführen, weil ein bestimmtes Quantum gebraucht wird.

Stadtbaurat Ruoff: Ich habe schon ins Auge gefaßt, was Herr Siwinna sagte. Ich nehme an, daß die Sekmashinen, die früher 6 Stunden betrieben waren, jetzt nur 4 Stunden im Betriebe sind. Im allgemeinen haben die Zeitungen ihren Umfang eingeschränkt.

Stadtv. Truppke verweist darauf, daß nach Einstellung der Straßenbeleuchtung in manchen Straßen eine solche Finsternis herrscht, daß man den Weg nicht findet, in den Rinnstein fällt oder an die Laternenpfähle anrennt. Er empfiehlt, daß die Laternen an den Ecken in der Nachtzeit brennen sollen.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld: Das ist für die nächsten Monate vorsehen.

Mietung von Geschäftsräumen.

Stadtv. Rubiz: Die Geschäfte des Lebensmittelamtes haben einen derartigen Umfang angenommen, daß sämtliche Räume des städtischen Verwaltungsgebäudes in der Mühlstraße ihm überlassen werden müssen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, einzelne Abteilungen, die dort untergebracht waren, zu verlegen. Es sollen verlegt werden die Ausgabeestelle für Bezugsscheine in das Haus, in welchem die Mätkleider verkauft werden, die Kohlenverteilungsstelle, das Büro der Familienunterstützungen und andere in das Haus Leichstraße 21. Dieses Haus soll mit drei Stockwerken für jährlich 3600 Mark und der Laden am Dreieckplatz für monatlich 75 Mark gemietet werden.

Stadtv. Rudzinski bemängelt die Zustände im Lebensmittelamt. Der Andrang ist gerade jetzt in der Reisezeit sehr groß, infolge der vielen Anmeldungen. Das Publikum muß stundenlang bei der Empfangnahme der Lebensmittelkarten warten.

Stadtv. Pinkus unterstützt diese Ausführungen. Es müßten entsprechende Zugänge geschaffen und auch für Ventilation gesorgt werden.

Oberbürgermeister Pohlmann: Das Büro für Ab- und Anmeldungen soll verlegt werden auf die andere Seite des Flures, wo jetzt die Polizeiwache ist. Dagegen kann ich nicht versprechen, daß die Ausgabe der Lebensmittelkarten wesentlich verbessert wird.

In diesem Falle müssen andere Räume gemietet werden. Eine Besserung soll durch entsprechende Organisation versucht werden.

Stadtv. Rubiz: Ich nahm an, daß durch die Ausmietung der Büros die bestehenden Mißstände jetzt beseitigt werden. Allerdings nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters scheint das nicht der Fall zu sein. Wir werden abwarten müssen, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Vielleicht wird doch die Uemianmietung von Räumen nötig werden.

Stadtv. Brauer schlägt die Errichtung von Barrieren vor.

Die Entschädigung für die Beheizung der Räume in der Kaufmännischen Fortbildungsschule.

Stadtv. Borinski berichtet über die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung der Entschädigung für die Beheizung der Räume in der Kaufmännischen Fortbildungsschule. 200 Mark sind im Vertrag bewilligt. Im vorigen Jahre ist die Summe auf 400 Mark erhöht worden. Beim Magistrat sind für dieses Jahr 700 Mark beantragt worden. Der Vorberatungsausschuß hat beschlossen, 600 Mark zu zahlen. Sollte der Schulbetrieb eingestellt werden, so wird diese Summe natürlich nicht bezahlt, weil das Heizen wegfällt. Der Magistrat erklärt sich damit einverstanden.

Erhöhung der Miete für die Krankenhaus-Inspektorenwohnung.

Stadtv. Rudzinski berichtet über die Erhöhung der Miete für die Wohnung des Krankenhausinspektors in dem Grundstück Kronprinzenstraße 20. Bisher wurden jährlich 600 Mark bezahlt. Der Besitzer des Hauses, Herr Wamjura, ist um Erhöhung auf

800 Mark eingekommen. Ein Mietvertrag ist nicht abgeschlossen worden. Der Vorberatungsausschuß hat beschlossen, die Miete auf 720 Mark zu erhöhen und einen Mietvertrag abzuschließen. Die Versammlung stimmte ihm zu.

Maßregeln zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

Stadtv. W a n j u r a : Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sind vom Magistrat zwei Vorlagen gegangen, welche die Stadt belasten, sich aber bei der Wichtigkeit der Frage nicht vermeiden lassen. Zunächst soll die Säuglingsstation von 20 auf 25 Betten erweitert werden. Die Kosten betragen 2500 M. Ferner solle eine zweite Milchküche eingerichtet werden; für Beschaffung von Apparaten sind 700 M. erforderlich. Der Vorberatungsausschuß hat diesen Vorlagen zugestimmt. Die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

Versicherung der städtischen Gebäude gegen Wasserschäden.

Die Stadt ist gegen Wasserschäden bei der Vorbauteichen Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg versichert. Sie hat einen Schaden gehabt und die Rechnung hat über 1114.97 M. gelaundet. Nun ist, wie der Berichtshatter, Stadtv. B r a u e r mitteilte, der Vertrag mit der Gesellschaft kein vorteilhafter. Das erhellt daraus, daß für den Schaden von der Gesellschaft nur 50 M. zu zahlen wären. Die Gesellschaft hat sich aber bereit erklärt, die ganze Summe zu zahlen, wenn die Stadt ihren Vertrag, der bis 1921 geht, um 5 Jahre verlängert, also bis 1926. Der Vorberatungsausschuß hat sich damit einverstanden erklärt. Die Versicherung soll auch auf Frostschäden ausgedehnt werden.

Stadtbaurat D e l s n e r bemerkt, daß Frostschäden außerordentlich selten sind u. nur vorkommen, wenn zerbrochene Fenster nicht genügend verstopft werden. Die Versammlung beschließt im Sinne des Vorberatungsausschusses.

Benennung von Sachverständigen von Wertabschätzungen.

Einverstanden erklärte sich die Versammlung mit den vom Vorberatungsausschuß vorgeschlagenen Sachverständigen zwecks Abschätzung des Wertes der auf polizeiliche Anordnung vernichteten oder durch dessen Infektion beschädigten Gegenstände, § 1 des Gesetzes betreffend Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 28. August 1905. Es wurden als Sachverständige vorgeschlagen: Damenkonfektion: Kaufmann Siegfried B ö h m und Frä. Elfriede Stern. Damenputz: Kaufmann L i c h o n und Frä. Rein. Herrenartikel: Schneidermeister R u n d und Joseph W i e c o r e k. Schuhwaren: Kaufmann N e u s t a d t, Kaufmann M. K a u f m a n n und der Obermeister der Schuhmacherzunft. Lederwaren: Sattlermeister Z w e i g und S a d a m c z y k. Möbel- und Polsterwaren: Kaufmann G l ü c k s m a n n und Kaufmann W o i t i n e k. Bäckerwaren: Obermeister P o k o r n y und Bäckermeister M a r t i c k e. Konditorwaren: Konditoreibesitzer A. D i t t o und Max K l i m k e. Fleisch- und Wurstwaren: Obermeister S c h a r f f und Fleischermeister M r o z i k. Kolonialwaren und Delikatessen: Kaufmann B r z h w a r a u. Kaufmann C a r l B o e h m. Molkereiprodukte: Molkereibesitzer R i e d b u s c h und S o f f m a n n.

Wahl von Ausschußmitgliedern.

An Stelle des verstorbenen Stadtv. A l t m a n n wurden gewählt die Stadtv. K l i m a n e k in den Armenausschuß,

Delonek in den Krankenausschuß, Schalscha in den Bau-
ausschuß und Kraemer in den Vorberatungsausschuß.

Wahl von unbezoldeten Stadträten.

Die Herren Stadträte Dame, Palus, Bieler und
Zimmermann, deren Wahlzeit Ende 1917 abläuft, wurden
wiedergewählt.

— fb. —

Montag, den 24. September 1917, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Kenntnisnahme von dem Abschluß der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1916.
3. Schulbeteiligung im Rechnungsjahre 1917.
4. Beitritt zum Weichsel-Schiffahrtsverein.
5. Antrag des Gartenbauvereins für den oberschlesischen Industriebezirk auf Gewährung einer alljährlichen Beihilfe für die Studienreisefasse der Königl. Lehranstalt für Obst- und Gartenbau in Proskau.
6. Gewährung einer Beihilfe an die Deutsche Dichtergedächtnisstiftung.
7. Gewährung einer Beihilfe an den Deutschen Luftkottenverein.
8. Versicherung der Schaufensterscheiben im Stadthause.
9. Versicherung der städtischen Kassen gegen Einbruchdiebstahl.
10. Mietung von Räumen für die Kohlenverteilungsstelle.
11. Bewilligung von Mitteln für den Zentralhilfsfonds.
12. Ankauf des Grundstücks Blatt Nr. 315 Kattowitz, Heinzelsstraße.
13. Ankauf eines Teiles des Grundstücks Blatt 131 Kattowitz, an der Kronprinzenstraße.
14. Fluchtklinienabänderung für das Gelände östlich des Krankenhauses am jüdischen Friedhof.
15. Beschaffung des Betrages von 70 000 Mk., den die Stadtgemeinde Sosnowice als Darlehn zum Bau der Straße nach Sosnowice zu leihen hat.
16. Zeichnung auf die 7. Kriegsanleihe.
17. Wahl von Mitgliedern für den Theaterausschuß.
18. Mitteilungen über Brennstoffversorgung und Wahl von Mitgliedern für die Kohlenverteilungskommission.
19. Gewährung einer Unterstützung an den früheren Arbeiter Czuprina nach den Grundsätzen der Kaiser-Wilhelm-Augusta-Viktoria-Stiftung.
20. Gewährung von Kriegs-Deuerungs-Zulage an Beamte, Angestellte und Lehrer.

Anwesend vom Magistrat: Oberbürgermeister Rohlmann, Stadtbaurat Delsner, Stadträte Ruoff und Guttmann.

Von den Stadtverordneten die Herren: Brauer, Kraemer, Ulbrich, Pinkus, Truppke, Siminna, Rudzinski, Münch, Junge, Dr. Glafer, Klimanek, Dr. Preiß, Schallcha, Drees, Griesle, Potorny, Scharff, Müller, Boehm, Wanjura, Ristorius, Grünfeld und Breslauer.

Entschuldigt fehlten die Herren: Vogel, Braetsch, Woitinek.

Nichtentschuldigt die Herren: Centawer, Herrmann, Kubis und Zelonek.

Mitteilungen.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld eröffnet kurz nach 5 Uhr die Versammlung mit Mitteilungen. Die Rechnungsprüfung der Stadthauptkasse in den Monaten Juli und August hat zu keiner Erinnerung Anlaß gegeben. Im Monat August betrugen die Einnahmen 3 917 000 Mark, die Ausgaben 4 197 000 Mark. Das Protokoll wird zur Einsicht auf den Tisch des Hauses gelegt.

Die Prüfungsberichte der Stadtkassakasse für die Monate Juli und August haben gleichfalls zu Erinnerungen nicht veranlaßt.

Abchiedsschreiben des früheren Regierungspräsidenten.

Regierungspräsident Hergt hat sich durch folgendes Dank-

schreiben vom 7. August von der Stadt Rattowitz und ihrem Oberbürgermeister verabschiedet.

„Nachdem Seine Majestät der Kaiser und König allergnädigst geruht haben, mich zum Staats- und Finanzminister zu ernennen, übergebe ich heute meinem Herrn Stellvertreter die Dienstgeschäfte. Ich ersuche ergebenst, meine im Amtsblatt erscheinende Bekanntmachung durch das dort zu Bekanntmachungen bestimmte Blatt an der Spitze des amtlichen Teiles zu veröffentlichen und verabschiede mich hiermit von Euer Hochwohlgeboren mit dem aufrichtigen Danke für Ihre hingebende und erfolgreiche Mitarbeit in meinen hiesigen Amtsgeschäften und mit den wärmsten Wünschen für die Zukunft Ihres Verwaltungsbezirks. Den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung bitte ich meines besonderen Dankes für ihre treue Mitwirkung in der gegenwärtig schweren Zeit zu versichern. Hergt“.

Das Provinzialschulkollegium in Breslau hat die Wahl der Gesanglehrerin Gabel am hiesigen Gymnasium bestätigt. — Stadtrat Ruoff dankt dem Stadtverordnetenkollegium für die ihm bewilligte Gehaltserhöhung.

Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld verliest darauf folgenden

Bericht über die Lebensmittelversorgung.

Die uns am meisten interessierenden Punkte in der Lebensmittelversorgung sind die Speisefettversorgung, die Versorgung mit Kartoffeln, Gemüse und Fleisch.

Die Speisefettversorgung war bis zu Anfang August zufriedenstellend, war es uns doch bis dahin möglich gewesen, im Durchschnitte jede Woche die höchst zulässige Speisefettmenge von $62\frac{1}{2}$ Gramm = $\frac{1}{8}$ Pfund verteilen zu können. Anfang August stellte sich eine Fettknappheit ein, die ihre Ursache in zwei Gründen hatte, zunächst in einer ungenügenden Zuteilung seitens der Verteilungsstelle und zweitens in der tatsächlich vorhandenen Knappheit, welche in erster Reihe wieder hervorgerufen wurde durch die im Gange befindlichen Erntearbeiten. Die ungenügende Zuweisung lag darin, daß uns erhebliche Milchmengen, die nicht nach dem Stadtbezirk Rattowitz hereinkamen, auf die Speisefettverteilung angerechnet wurden. Nachdem darin Aufklärung geschaffen wurde, ist zu hoffen, daß wir regelmäßig Speisefette zur Verteilung bringen werden. Die zur Verteilung gebrachten Speisefettmengen haben wir bereits veröffentlicht.

Der Eingang an Frühkartoffeln war zufriedenstellend. Wir haben jede Woche eine Menge von 7 Pfund und die Schwerstarbeiterzulagen verteilen können. Die Aussichten für die Versorgung mit Winterkartoffeln sind ebenfalls gute. Wir beabsichtigen wie im Vorjahre den Haushaltungen, die ihren Wintervorrat selbst einkellern wollen, Kartoffeln zu liefern. Außerdem werden wir eine größere Menge (in Aussicht sind circa 30 000 Zentner genommen) einmieten. Das Verfahren des Einmietens hat sich im Vorjahre sehr gut bewährt. Wir hatten nur einen Schwund von rund 2 Prozent gehabt. Zur Verstärkung des Wintervorrats an Kartoffeln haben wir eine größere Menge Kohlrüben gekauft, mit deren Eingang Mitte Oktober zu rechnen ist. Wir haben die Bevölkerung aufgefordert, sich neben dem Wintervorrat an Kartoffeln einen solchen auch an Kohlrüben heranzuschaffen, da bis jetzt nicht zu übersehen ist, ob Kartoffeln in der genügend hohen Menge verteilt werden können.

Die Zufuhr von Gemüse und Obst, in erster Reihe von Kraut, einem besonderen Hauptnahrungsmittel unserer Bevölkerung, ist ausreichend. Der städtische Verkauf erfreut sich eines ganz besonders regen Zuspruchs. Den angemeldeten Bedarf an Einlegekraut hoffen wir bestimmt verteilen zu können.

In der Fleischversorgung ergaben sich zeitweise Stockungen, die uns Veranlassung gaben, um Abhilfe bei der Provinzialfleischstelle vorstellig zu werden. Die Provinzialfleischstelle, die zur Ueberwachung der Sicherstellung der zu verteilenden Fleischkopfmengen für den oberschlesischen Industriebezirk einen Kommissar bestellt hat, wird voraussichtlich eine Erhöhung unseres Kontingents vornehmen müssen. Die auf den Stadtbezirk Ratowitz entfallenden Viehstückzahlen waren bisher ungenügend. Trotzdem haben wir bis jetzt im Durchschnitt die festgesetzte Menge von 250 Gramm wöchentlich verteilen können.

Die Versorgung mit Mehl, Zucker und Mehlsfabrikaten hat in letzter Zeit zu keinerlei Klagen Anlaß gegeben.

Die Versorgung mit Milch verspricht eine sehr schlechte zu werden. Durch große Abschlächungen an Milchkühen und die Futtermittelknappheit wird der Milcheingang immer ungenügender. Es beträgt der gegenwärtige Milcheingang täglich 5000 gegen 8500—10 000 Liter in den Monaten Mai, Juni, Juli. Wir waren gezwungen, den Milchverbrauch einzuschränken und zunächst nur für Kinder von 1—6 Jahren, stillende Frauen und werdende Mütter den Anspruch auf Milch zu sichern, außerdem auf ärztliche Atteste. Personen über 75 Jahren gelte ohne Attest als Kranke. Eine Besserung in den Wintermonaten ist auf keinen Fall zu erwarten.

Am fühlbarsten hat sich in den letzten Monaten die Futtermittelknappheit bemerkbar gemacht. Die Futtermittel-ernte ist bekanntlich sehr schlecht ausgefallen. Es ist bekanntlich sehr schwierig geworden, Heu heranzubekommen und die Landeszentralbehörden haben nunmehr eine Rationierung auch von Heu in Aussicht genommen. Hafer ist inzwischen eingetroffen und kommt von heute ab zur Verteilung. Wir sind jedoch bemüht gewesen, größere Mengen Erbsen und Mohrrüben anzuschaffen. Die Pferdebesitzer werden hier nochmals aufmerksam gemacht, hiervon ausgiebigen Gebrauch zu machen. Geflügelfutter war uns bis jetzt nicht möglich, heranzubekommen.

Stadtv. Ulrich: Es ist richtig, daß die Fettversorgung wiederholt ausgesetzt hat, aber es unbedingt notwendig, daß das Wenige, was die Stadt erhält, auch zur Verteilung gelangt.

Stadtv. Pinkus: Die Fettverteilung war auch schon vor dem Monat August mangelhaft. Sie ist in Schlessien überhaupt schlecht. Die Stadt Breslau hat noch nie weniger als 50 Gramm zur Verteilung gebracht, ebenso Berlin. Die Gemüseversorgung in der Stadt Ratowitz ist eine gute, aber die Abfertigung des Publikums ist unzureichend. Die Leute müssen lange stehen, und, wenn sie herankommen, ist nichts mehr da. Es muß die Verteilung an alle Personen gleichzeitig erfolgen. Die Aufstellung über die Fettversorgung stimmt nicht, auch wenn man die Milch einrechnet. Die Fettversorgung war nicht so, wie sie in der Aufstellung enthalten ist.

Stadtv. Brauer: Ich möchte eine Frage anschneiden, die uns alle schon betroffen hat, nämlich die Frage der Höchstpreise. Wir leiden darunter alle. Das Volk würde viel besser versorgt sein, wenn in dieser Hinsicht Freizügigkeit bestände. Nicht

überall wird mit gleichem Maße gemessen. (Sehr richtig!) Ich höre immer, daß bei uns mit großer Rigorosität auf Einhaltung der Höchstpreise gehalten wird, mehr als anderswo, wo wenig oder gar kein Wert darauf gelegt wird. Bestehen einmal Höchstpreise, dann muß meines Erachtens unbedingt darauf gedrungen werden, daß auch überall diese Preise eingehalten werden. So ist es z. B. aufgefallen, daß es bei

bei uns kein gutes Obst

gegeben hat, während in den Nachbarstädten vorzügliches Obst in großen Mengen vorhanden war. Wie ist so etwas möglich? Auch in anderen Dingen habe ich die Erfahrung gemacht, daß man bei uns rigoröser vorgeht als anderswo. Ich möchte erinnern an das

Schließen von Lokalen.

So ist z. B. der Inhaber eines Automatenrestaurants durch Schließung seines Lokals bestraft worden, weil er ein kleines Stück Brot ohne Marke abgegeben hat. Also auch auf diesem Gebiet herrscht nicht überall Gleichheit. Das soll kein Vorwurf für unsere Polizei sein, im Gegenteil, aber es müßte ein Modus gefunden werden, daß an allen Orten Gleichheit herrscht. Ich habe ferner den Wunsch, daß

noch mehr Gemüseverkaufsstellen

eingerichtet werden, die Abfertigung des Publikums wäre dann eine bessere. Die Einrichtung der Gemüseverkaufsstellen in der Fleischhalle hat sehr erfreulich gewirkt. Alles in allem möchte ich zum Schluß die allgemeine Bitte aussprechen, daß wir hier nicht schlechter behandelt werden wie in der anderen Welt.

Stadttrat Guttman: Die Fettmengen sind nicht so eingetroffen, wie wir es wünschten. Es kamen in jeder Woche die Herren von der Unterkommission zusammen. Diese werden es bestätigen, daß vom Magistrat alles geschieht, was nur geschehen kann. Wenn die Regierungsstellen dabei versagen, so sind wir schuldlos. Daß wir in der Butterversorgung schlecht dastehen, hat teilweise seinen Grund darin, daß uns Milchmengen angerechnet worden sind, die nur durch die Stadt Rattowitz durchkamen, aber für andere Orte bestimmt waren. Diese Milchmengen hat also die Regierung in Oppeln auf unser Milchquantum angerechnet. Die Angaben, die wir durch die Presse gemacht haben, stimmen genau. Die alten Leute mit Milch zu versorgen, liegt uns ganz besonders am Herzen. Aber der Vorrat ist so gering, daß wir nur Kinder bis zu 6 Jahren, stillende und werdende Mütter usw. versorgen können. Soweit es geht, werden wir natürlich auch die alten Leute versorgen. Der Vorschlag des Stadtv. Binkus, durch Aufruf in der Presse die ganze Bürgerschaft zugleich zum Gemüseverkauf hinkommen zu lassen, läßt sich nicht verwirklichen, denn wir versorgen auch einen großen Teil der Landkreise. Auch aus dem Kreise Pleß kommt ein großer Teil Käufer hierher.

Stadtv. Siwinna: Ich möchte mir zu dem Bericht über die Fleischverteilung eine Anfrage erlauben. Aus den Schlachthof-Berichten, die allmonatlich im „Stadtblatt“ veröffentlicht werden, geht hervor, daß in den Monaten Mai bis August 847 Schweine geschlachtet worden sind. Es ist aber in der Tat seit dem 6. Mai kein Schweinefleisch mehr unter die Bevölkerung zur Verteilung gelangt. Vielleicht könnte darüber Auskunft erteilt werden, was mit dem Schweinefleisch geschehen ist. (Zuruf: Wurst!)

Stadt. G r i e s e : Ich habe mich in der gesamten Kriegszeit sehr lebhaft mit den Ernährungsverhältnissen beschäftigt. Ich habe Erfahrungen gesammelt, die sich nicht jeder verschaffen kann, der sich nicht täglich um solche Angelegenheiten kümmert. Dabei habe ich die Beobachtung gemacht, daß das Rattowitzer Publikum nicht dazu zu bewegen ist, laufend seinen Bedarf zu decken, sondern nur an Markttagen, wenn der Andrang besonders stark ist. An gewöhnlichen Wochentagen haben wir die Verkaufsstände zur Hälfte schließen müssen. Wenn wir noch mehr Gemüseverkaufsstände einrichten, so wird es trotzdem mit dem Andrang nicht besser werden. Wenn das Publikum sich aber nach unseren Wünschen richtet, so wird der Verkauf glatt und ungehindert vonstatten gehen. Wir sind mit Gemüse reichlich versorgt, reichlicher als manche ländliche Kreise, wie z. B. Ples. Wir können dem Magistrat dankbar sein, daß wir in dieser Beziehung so gut gestellt sind. Daß die Obstversorgung so schlecht ist, liegt daran, daß die Kaufleute es unterlassen haben, das unreife Obst in ihren Kellern so lange zu lagern, bis es reif geworden ist. Anstatt dessen haben sie es in unreifem Zustande auf den Markt gebracht. Der Stadt soll man bezüglich der Obstversorgung keine Vorwürfe machen. Bezüglich der Fleischversorgung haben wir fortgesetzt in jeder Sitzung ohne Ausnahme dem Magistrat auf den Hacken geseffen. Es wurde uns nachgewiesen, daß alles geschehen ist, was geschehen kann und daß alle verantwortlichen Stellen angerufen und um Abhilfe ersucht worden sind. Vom Magistrat ist tatsächlich alles geschehen, um dem Publikum die ihm zustehende Ration von Fleisch zu liefern.

Unsere Wurstfabrik

arbeitet tadellos. Es kommen jede Woche 6—8 Stück Schweine herein. Das Schweinefleisch brauchen wir, um dem Rindfleisch etwas mehr Fettgehalt zu geben. Schweinefleisch ist unbedingt zur Wurstfabrikation notwendig. Ich habe genau feststellen wollen, ob denn unsere Wurst gut ist. Sie wird jetzt mit großer Liebe und Freude genommen, und die Nachfrage wird immer größer als wir liefern können. Ein Beweis, daß der Magistrat seine Schuldigkeit getan hat. Bezüglich der Kartoffelfrage habe ich auch einen besonderen Wunsch. Wir haben gehört, daß eine große Menge von W r u c k e n eingekauft worden ist, die eventl. als Ersatz für fehlende Kartoffeln verwendet werden sollen.

Der Genuß von W r u c k e n ist eine fürchterliche Sache.

Wer den Winter 1916 durchlebt hat, der kriegt es mit den W r u c k e n einmal satt. Wir haben in Deutschland im ganzen 24 Millionen Tonnen Kartoffeln zur Verfügung. Da verstehe ich es nicht, warum man nur sieben und nicht zehn Pfund zur Verteilung bringt. Ich spreche nicht nur zu Gunsten der Arbeiter, sondern auch im Sinne vieler Beamten, die eine zahlreiche Familie haben. Ich fürchte, daß sich schwere Konflikte entwickeln werden, wenn im Winter Fleisch und Fett noch knapper sein werden wie jetzt, und es dann obendrein noch an Kartoffeln fehlt.

Stadt. Dr. H o f f m a n n : Ich bedauere es sehr, daß der Stadt Milchmengen angerechnet worden sind, die nur durch die Stadt hindurch an andere Gemeinden gelangt sind. So etwas dürfte aber nicht öfter als einmal vorkommen. Es muß noch eine Zentralbehörde geben, bei der man sich über eine solche Behandlung beschweren kann, und schließlich haben wir doch noch Zeitungen: Ebenso würde ich es für sehr angebracht halten, wenn wir

über die Qualität des Fleisches an maßgebender Stelle Beschwerde einlegen würden. Ich habe nirgends so schlechtes Fleisch gegessen, wie hier. Weshalb das schlechte Fleisch gerade zu uns kommt, verstehe ich nicht. Ich möchte auch bitten, daß, wenn eine Vorstellung bei den Behörden nicht hilft, eine Beschwerde über die betreffenden Behörden eingereicht wird, oder daß in den Zeitungen eingeschritten wird. Endlich möchte ich auch noch ein Wort über das Gemüse sagen, allerdings handelt es sich dabei um eine private Erfahrung. Meine Frau ist in der vergangenen Woche dreimal ausgegangen, um Gemüse zu kaufen, und jedes Mal wurde sie auf den nächsten Tag vertröstet. Wenn den Hausfrauen zugemutet wird, dreimal nach der Fleischhalle zu gehen, um ihr Gemüse zu holen, so ist das eine Zumutung, die bei kopfreichen Familien schädigend wirken muß. Ich bitte um Abhilfe.

Stadtv. Junge: Zu den Ausführungen des Kollegen Ulbrich möchte ich folgendes bemerken: Es wird im Publikum recht sehr geklagt, daß erstens bezüglich der Butterversorgung z. B. bekannt gegeben wird, es gäbe am nächsten Tage Butter, am nächsten Tage dann aber in der Zeitung stehe, daß die Butter erst in der nächsten Woche zum Verkauf gelangt und daß es statt dessen ein Ei oder dergl. gäbe. Auf diese Weise haben wir wochenlang keine Butter erhalten. Das soll in anderen Städten garnicht vorkommen. Dasselbe ist es mit dem Fleisch. Es wird auch noch darüber geklagt, daß

das gute Fleisch garnicht zur Ausgabe komme.

Die Fleischer sagen, wenn man etwas von diesem guten Fleisch verlangt, sie könnten davon nichts abgeben, weil es in ein Krankenhaus käme. Warum kommt kein Rinderfett zur Verteilung? Dem Stadtverordneten Griesse möchte ich entgegenen: Die Wurst mag ganz gut sein, soweit es sich nicht um Blutwurst handelt, denn in der Blutwurst waren wiederholt Maden enthalten u. a. auch in den letzten Tagen. Wenn der Magistrat aus irgend einem Grunde Lebensmittel nicht rechtzeitig verteilen kann, dann muß bekannt gegeben werden, warum die betreffenden Lebensmittel nicht geliefert werden können, und wer die Schuld daran trägt.

Stadtv. Boehm: Merkwürdige Verhältnisse bestehen bei uns bezüglich der Höchstpreise. In anderen Städten habe ich Höchstpreise vorgefunden, die mich überrascht haben. Die Polizei drückt in anderen Städten ein Auge zu. Ferner ist mir außerhalb

die Beschaffenheit des Brotes

aufgefallen. Wir haben hier das dunkelste Brot. Wo anders haben sie schönes Brot und schöne Semmeln. Ich habe mir auf einer Reise Brot mitgenommen und es anderen Leuten gezeigt, die darüber erstaunt gewesen sind. Es ist bedauerlich, daß hier nur Leute über 75 Jahre Milch bekommen; eine Altersgrenze von 65 Jahren wäre entschieden richtiger.

Stadtv. Scharff: Auf die Anfrage des Stadtverordneten Siminna möchte ich erwidern, daß wir auf dem Schlachthof auch gleichzeitig die Garnison Schlachtereie haben. Die Schweinezufuhr ist in Rattowitz schlechter, als z. B. in Beuthen und Königs-
hütte.

Oberbürgermeister Pohlmann: Ich möchte mit einer allgemeinen Unterhaltung anfangen. Die Hauptsache ist immer, daß wir garnicht in der Lage sind, selbständig zu handeln und dafür

zu sorgen, daß die Waren rechtzeitig hier sind. Von uns geschieht jedenfalls alles, daß Fleisch, Fett und Kartoffeln rechtzeitig eintreffen. Wenn ich über das Fleisch sprechen darf, so möchte ich bemerken, daß auch in Berlin die Fleischversorgung schlechter geworden ist. Das hat folgenden Entschuldigungsgrund: Es wird bei der Versorgung eine Stückzahl zu Grunde gelegt; infolge des Futtermangels nehmen aber die Tiere, sowie mit der starken Fütterung angehört wird, soviel an Gewicht ab, daß an dem Schlachtvieh hernach ein großes Quantum fehlt. Bei uns sind schon Vertreter der höchsten Stellen gewesen, und alle haben geschworen, wir würden das Fleisch rechtzeitig und in richtigen Quantitäten bekommen. Keiner dieser Herren ist bis jetzt in der Lage gewesen, sein Wort zu halten. Die Fettversorgung hängt gleichfalls mit der Futterfrage zusammen; der Mangel an Fett hat seinen Grund in der Futterknappheit. Dazu kommt, daß uns die für andere Orte bestimmte Milch angerechnet worden ist. Wir haben uns sofort nach Berlin gewandt und darauf gedrungen, daß uns die ungerechterweise entgangene Fettmenge nachgeliefert wird. Nun ist hier auch nach dem Rinderfett gefragt worden. Wir müssen es abliefern und dürfen es nicht behalten. Die Fleischer haben verschiedentlich die Ausrede gebraucht, daß sie das gute Fleisch für die Krankenhäuser liefern müßten. Das ist nicht richtig. Ebenso sind Vorbestellungen nicht erlaubt. Ich bitte, derartige Fälle mitzuteilen, damit wir sofort einschreiten können. Die Wurst muß jetzt sehr gut sein. Betreffs der Verkaufsankündigungen möchte ich bemerken, daß wir tatsächlich nicht immer in der Lage sind, zu sagen, ob die Ware auch tatsächlich an dem angekündigten Tage eintrifft. Wir verlassen uns auf die Nachrichten, die wir bekommen. Das sind eben alles Schwierigkeiten, die wir zu überwinden haben.

Zur Kartoffelfrage möchte ich Herrn Griesel erwidern: Eigentlich haben wir nur mit einem Quantum von 5 Pfund pro Kopf zu rechnen und 5 Pfund für die Schwerstarbeiter. Wir geben aber 7 Pfund, weil wir uns eine größere Reserve von Frühkartoffeln gesichert haben. Auf jeden Fall ist es gut, daß die Bevölkerung sich für alle Fälle mit Kohlrüben sichert. Kohlrüben, Kraut und Kohl werden die Hauptnahrungsmittel im kommenden Winter bilden.

Was das Brot anbetrifft, so haben wir uns mit den Bäckern in Verbindung gesetzt und veranlaßt, daß das Brot gut ausgebacken wird. Sonst müssen wir sehr radikal durchgreifen. Daß man auch mit dem jetzigen Mehl das Brot gut ausbacken kann, sieht man daraus, daß in den Haushaltungen gutes Brot gebacken wird. Den alten Leuten können wir nichts geben, weil unsere Quantitäten nicht reichen.

Was die Höchstpreise anbelangt, so nehme ich keinen Anstand, zu erklären, daß sie ein Unglück sind. Höchstpreise sind nur gut bei solchen Artikeln, die rationiert sind, aber nicht bei Waren, die sich im freien Verkehr befinden. Dann verschwinden die Waren auf dem Wege des Schleichhandels. Ich möchte noch kurz auf zwei Dinge hinweisen.

Die Organisation unseres Lebensmittelamtes

ist heute in keiner Weise angegriffen worden. Daß wir es dabei mit einer Riesenaufgabe zu tun haben, möchte ich Ihnen an unserem Geldbedarf darlegen. In den Jahren 1915—17 sind wir in Einnahme und Ausgabe auf einen Betrag von über

10 Millionen Mark gekommen. Dazu kommt noch ein Betrag für Mehl, der jährlich $1\frac{1}{2}$ Millionen erreicht. Augenblicklich sind wir mit großen Beträgen im Voransch. Zur kommenden Winterversorgung wird ein Betrag von 840 000 M. in Bewegung gesetzt werden müssen. Wir sind also jetzt wieder erheblich im Voransch und brauchen sehr viel Geld.

Noch

eine Bitte an die Herren Aerzte:

Sie machen uns das Leben mit ihren vielen Attesten übermäßig schwer. Die Herren müßten wissen, daß wir garnicht so große Quantitäten zur Verfügung haben. Sie erwecken bei ihren Patienten Wünsche, die wir garnicht erfüllen können und dürfen. Es entstehen daraus oft Schriftwechsel in erregtem Ton. Wir bitten nochmals öffentlich, ein anderes Verfahren einzuschlagen. Wenn die Herren Aerzte sich nicht dazu entschließen können, so bleibt uns nichts anderes übrig, als zu erklären, daß die Atteste nicht mehr vom Lebensmittelamt anerkannt werden.

Es wird immer gesagt, hier bei uns gäbe es nichts zu essen, wo anders gäbe es mehr. Wir haben daraufhin eine Umfrage angestellt, die aber noch nicht abgeschlossen ist. Die anderen Städte behaupten wieder, bei ihnen gäbe es nichts. Ueberall mangelt es eben mal. Wir werden Ihnen das Ergebnis unserer Nachforschungen s. Bt. mitteilen. Jedenfalls wird von uns das Möglichste getan.

Stadt. P o k o r n h: Es ist hier über Mehl und Brot geklagt worden. Wir sind leider ein Selbstversorgungskreis und sind verpflichtet, das uns zugewiesene Mehl zu verbacken. Wenn wir höheren Orts das Mehl bemängeln, so wird uns mitgeteilt, es müsse in der jetzigen Zeit eben alles verbacken werden. Bei der Gelegenheit möchte ich aber doch den Dezerenten bitten, wenn einmal Zusatzmehl geliefert wird, daß wir dann vorher gehört werden. So bekommen z. B. die Landbezirke das gute Maismehl, wir haben es nicht bekommen, sondern R ü b e n m e h l, und das ist minderwertig. Das alte Mehl muß aufgebraucht werden, das hilft nun einmal nichts.

Stadt. D r. P r e i ß: Es wurde des öfteren gesagt, das Mehl sei dumpfig, in letzter Zeit sind allerdings derartige Klagen nicht mehr vorgekommen. Es trifft nicht zu, daß das Mehl an den vielen Ruhrerkrankungen schuld ist. Allerdings ist es richtig, daß die Qualität der von uns genossenen Lebensmittel auf unsere Gesundheit von Einfluß ist. Noch nicht gesprochen wurde über die

Qualität der Milch.

Ich habe schon in Friedenszeiten eine Polizeiverordnung über den Verkehr mit Milch von der Kuh bis zum Konsumenten angestrebt. Ich habe auch gebeten, daß man die Milch aus einem näheren Bezirk holt. Eine Zeitlang wurde die Milch von weiterher bezogen. Nun haben wir allerdings keine heißen Tage mehr zu erwarten, aber im letzten Sommer war es kein Wunder, daß die Milch schlecht war.

Bezüglich der ärztlichen Atteste möchte ich bemerken: Die Herren wissen ja nicht, was wir Aerzte auszustehen haben und was wir uns müssen gefallen lassen. Sie wissen garnicht, in wie vielen Fällen wir dem Publikum die Bitte nach einem Attest abschlagen; häufig müssen wir sogar frisch operierten Leuten oder Patienten, die einen starken Blutverlust hatten, die Bitte nach

einem Attest abschlagen. Die Aerzte tun sicherlich ihr Möglichstes.

Oberbürgermeister Pohlmann: In der Milchversorgung sind wir darauf angewiesen, Milch aus den Bezirken zu nehmen, aus denen wir sie auch im Frieden genommen haben. Es muß in dieser Hinsicht beim alten bleiben. Die Gesamtproduktion von Milch ist zurückgegangen, daran liegt es, daß Butter und Milch weniger vorhanden sind.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Die eingehende Erörterung hat ja vieles geklärt. Wir wollen hoffen, daß die hier gegebenen Anregung gute Früchte tragen. Wir haben ferner gesehen, daß vom Magistrat alles geschehen ist, was geschehen konnte. Ich spreche Herrn Oberbürgermeister Pohlmann, sowie den Herren Stadträten Guttmann und Dameden Dank der Versammlung aus.

Stadtv. Brauer bittet, in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit und der Länge der Tagesordnung, heute nur die wichtigsten Punkte herauszugreifen, zumal im Stadtverordneten - Sitzungs-saale noch eine Sitzung des Vorberatungsausschusses für die 7. Kriegsanleihe stattfinden.

Die Wasserversorgung der Stadt Rattowig.

Stadtv. Pistorius: Die Wasserversorgung im südlichen Teil der Stadt ist ganz unzureichend. Tagelang gibt es überhaupt kein Wasser, an anderen Tagen wieder nur vormittags. In den oberen Etagen gibt es gar kein Wasser. Wenn also die Spülklosetts nicht funktionieren, dann darf man sich nicht wundern, wenn ansteckende Krankheiten auftreten. Bezeichnend ist es, daß die am höchsten gelegene Bernhardstraße die meisten Krankheitsfälle aufzuweisen hatte. Es muß da unbedingt etwas geschehen. Es geht doch nicht, daß ein Teil der Stadt richtig mit Wasser versorgt ist, ein anderer aber nicht. Der südliche Teil der Stadt muß vollständig abgetrennt werden und durch eine besondere Pumpanlage separat versorgt werden.

Oberbürgermeister Pohlmann: Auch uns macht die Wasserversorgung der Stadt die

allergrößte Sorge und großen Kummer.

Leider liegt eine Antwort vom Kreise noch nicht vor. Sie sehen aus den Wasserdruckberichten, daß der Druck immer mehr abnimmt. Er ist von 4 Atmosphären auf unter 1 Atmosphäre gesunken. Das liegt daran, daß im Hochbehälter in Bittkow nicht genügend Wasser vorhanden ist. Dagegen können wir nichts machen. Es sind

1. Zt. zwei schwere Fehler gemacht

worden. Der erste Fehler liegt darin, daß wir bei der Rosaliengrube nicht zugegriffen haben. Das Objekt war so erheblich nicht. Der zweite Fehler aber, der ganz unerbittlich ist, ist der gewesen, daß beim Ausschleiden aus dem Landkreise die Stadt sich von der Wasserversorgung ganz hat abdrängen lassen. Sie hat sich eben in Abhängigkeit gebracht und der Möglichkeit beraubt, selbständig mitzuarbeiten. Dadurch ist nun die Stadt garnicht im klaren darüber, was eigentlich mit der Rosaliengrube los ist, sie weiß nicht, wohin das Wasser von dort geht. Wir müssen infolgedessen immer als Bittende den Kreisausschuß um Auskunft bitten. Wir wissen nicht, ob überhaupt Wasser in der

Kosaliengrube vorhanden ist, ob Maschinen da sind usw. Wie unangenehm die Lage ist, das zeigt folgendes Beispiel: Der Kreis hat die zweite Leitung höher angeschlossen als die erste. Wir stehen allen Verhältnissen mit gebundenen Händen gegenüber. Gut wird es erst werden, wenn wir das große oberschlesische Wasserwerk haben werden. Das ist im Kriege natürlich nicht zu erreichen. Wir werden tun, was in unseren Kräften steht.

Stadtv. Pistorius bringt darauf verschiedene rein technische Fragen bezüglich der Wasserversorgung zur Sprache, auf die Stadtrat R u o f f erwidert. — Oberbürgermeister P o h l m a n n bemerkt zum Schluß der Debatte: Das einzig richtige ist, wenn wir schreien, und nochmals schreien!

Stadtv.-Vorst. G r ü n f e l d schlägt einige Punkte der Tagesordnung zur Vertagung vor. Die Versammlung erklärt sich mit seinen Vorschlägen einverstanden.

Es gelangt nunmehr zur Besprechung die Vorlage betreffend die

Bewilligung von Mitteln für den Zentral-Hilfsfonds.

Aus der Begründung der Vorlage, über die Stadtv. Pistorius referiert, geht hervor, daß 50 000 *M* neu angewiesen werden sollen. Im ganzen sind dem Fonds aus städtischen und staatlichen Mitteln 984 316 *M* zugeflossen. Der Referent gibt eine Uebersicht über die verschiedenen Ausgaben aus dem Fonds, die meist in das Gebiet der Liebestätigkeit fallen. Der Vorberatungsausschuß schlägt vor, dem Magistratsbeschlusse zuzustimmen.

Oberbürgermeister P o h l m a n n: Ich muß leider schon heute bitten, die Summe auf 100 000 *M* zu erhöhen. Wir gingen nämlich bei Einbringung der Vorlage von der Voraussetzung aus, daß wir 50 000 *M* aus dem Lebensmittelfonds würden entnehmen können. Nun haben sich jedoch die Verhältnisse geändert, und wie Sie ja heute bereits gehört haben, ist der Lebensmittelfonds schon überlastet. Es kommen u. a. auch hinzu die Weihnachtsgaben.

Stadtv. Pistorius bittet, die geforderten 100 000 *M* zu bewilligen; denn gebraucht werde das Geld auf alle Fälle.

Stadtv. P i n k u s beantragt, 50 000 *M* zu bewilligen und 50 000 *M* vorschußweise aus dem Lebensmittelfonds zu entnehmen.

Stadtv. U b r i c h bittet, die vollen 100 000 *M* zu bewilligen, zumal schon im Vorberatungsausschuß von dieser Summe die Rede gewesen ist.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der weitgehendste Antrag auf 100 000 *M* mit großer Mehrheit angenommen.

Grundstücksankäufe.

Es wird beantragt der Ankauf des Grundstückes Blatt Nr. 315, Rattowitz, Heingelstraße.

Referent Stadtv. R u d z i n s k i: Die Lage des Grundstückes ist eine gute, es hat eine Vorderfront von 130 Metern. Der Grund des Ankaufes ist die Absicht,

Schulhorte,

deren Einrichtung während des Krieges hauptsächlich notwendig ist, auf dem Grundstück zu errichten. Es besteht auf dem Grundstück bereits ein Schulhort, dessen Einrichtung nur geringe Kosten verursacht hat. Als Kaufpreis wurde ursprünglich die Summe von 48 500 *M* gefordert, der Magistrat hat sich für 48 000 *M* ent-

schieden. Nach meiner Ansicht ist damit das Grundstück gut bezahlt. Von privater Seite sind schon höhere Gebote gemacht worden.

Das Plenum schließt sich bei der Abstimmung dem Magistratsantrage an und genehmigt den Ankauf.

Die nächsten Punkte betreffen den Ankauf eines Teiles des Grundstücks Blatt 131 Rattowitz an der Kronprinzenstraße und damit in Zusammenhang die Fluchtlinienabänderung für das Gelände östlich des Krankenhauses am jüdischen Friedhof.

Wie der Referent, Stadtv. Ulrich, mitteilt, handelt es sich um ein Grundstück, das die Synagogengemeinde, die es s. Zt. bei der Erweiterung ihres Friedhofes mit hat in Kauf nehmen müssen, der Stadtgemeinde angeboten hat. Es liegt neben dem Krankenhaus und hat nach der Kronprinzenstraße zu eine Front von 80 Metern. Der Preis beträgt 36 909 M., d. s. 8,13 M. pro Quadratmeter.

Die Rattowitzer Friedhofsfrage.

Stadtv. Pistorius: Wir haben schon viel Geld für den evangelischen und den katholischen Friedhof ausgegeben. Wir müssen endlich dahin kommen, die

Friedhöfe außerhalb der Stadt

zu legen. Der jetzige Zustand wird sich sicherlich rächen.

Oberbürgermeister Pohlmann: Dieser Standpunkt wird ja bei uns im Magistrat auch gern gesehen. Man muß natürlich der Erweiterung des jüdischen Friedhofes zustimmen. Ich möchte nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß bald die Zeit für die Stadt kommen wird, sich außerhalb der Stadt Gelände zu sichern, damit die Kirchhöfe aus der Stadt herauskommen.

Stadtbaurat Delsner: Ich teile die Bedenken des Stadtv. Pistorius vollkommen. Die Friedhöfe sind für uns tote Flächen. Aber es ist nun Tatsache, daß sich alle diese Flächen zu gleicher Zeit erschöpfen werden. Wenn man von den grundsätzlichen Fragen absteht, muß man auf der anderen Seite bedenken, daß diese Flächen für die Stadt gewisse Vorteile bieten. Diese Grundflächen stellen für die Stadt eine Reserve dar. Wenn sie nicht mehr belegt werden, kommt erst eine Schonzeit, und dann haben wir an ihnen freie Bau- und Gartenflächen.

Die beiden Vorlagen werden darauf mit dem Zusatzantrag des Vorberatungsausschusses, wonach Straße 3 vorläufig noch nicht angelegt werden soll, von der Versammlung genehmigt.

Darlehnsbewilligung.

Es wird beantragt die Beschaffung eines Betrages von 70 000 M., den die Stadtgemeinde Sosnowitz als Darlehen zum Bau der Straße nach Sosnowitz zu leihen hat. Es handelt sich um ein für 10 Jahre unkündbares Darlehen. Der Vorberatungsausschuß hat der Vorlage zugestimmt, das Sparkassenkuratorium die Hergabe des Darlehens gewährt. Das Plenum stimmt der Vorlage gleichfalls zu.

Zeichnung auf die 7. Kriegsanleihe.

Referent Stadtv. Pistorius: Wir haben auf die 6. Kriegsanleihe 1 Million Mark bewilligt. Der Magistrat beabsichtigt, auf die 7. Kriegsanleihe die gleiche Summe zu zeichnen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit von dieser Stelle aus die

Bürgerchaft bitten, sich recht zahlreich an der Zeichnung zu betheiligen. Es gilt, unseren Truppen zu zeigen, daß wir in der Heimat geschlossen hinter ihnen stehen und, während sie mit ihrem Blut und ihrem Leben das Vaterland verteidigen, wenigstens unser Geld opfern wollen. Unseren Feinden wollen wir beweisen, daß wir in Einigkeit zusammenstehen. Herrn Wilson aber wollen wir den Beweis erbringen, daß Deutschland unüberwindlich ist. (Lebhafte Bravorufe.)

Die Versammlung stimmt dem Vorschlage des Magistrats einstimmig zu.

Zum Schluß teilt Stadtv.-Vorst. Grünfeld mit, daß am Donnerstag wieder eine Stadiverordneten-Sitzung stattfindet.

Schluß der Sitzung kurz vor 7½ Uhr.

Donnerstag, den 27. September 1917, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Kenntnisnahme von dem Abschluß der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1916.
3. Schuldentilgung im Rechnungsjahr 1917.
4. Beitritt zum Weichsel-Schiffahrtsverein.
5. Antrag des Gartenbauvereins für den oberschlesischen Industriebezirk auf Gewährung einer alljährlichen Beihilfe für die Studienreisekasse der Königl. Lehranstalt für Obst und Gartenbau in Prostan.
6. Gewährung einer Beihilfe an die Deutsche Dichtergedächtnisstiftung.
7. Gewährung einer Beihilfe an den Deutschen Luftflottenverein.
8. Versicherung der Schaufensterscheiben im Stadthause.
9. Versicherung der städtischen Kassen gegen Einbruchsdiebstahl.
10. Mietung von Räumen für die Kohlenverteilungsstelle.
11. Wahl von Mitgliedern für den Theaterausschuß.
12. Mitteilungen über Brennstoffversorgung und Wahl von Mitgliedern für die Kohlenverteilungskommission.
13. Gewährung einer Unterstützung an den früheren Arbeiter Czuprina nach den Grundsätzen der Kaiser-Wilhelm-Augusta-Viktoria-Stiftung.
14. Gewährung von Kriegsteuerzuschlägen an Beamte, Angestellte und Lehrer.

Anwesend vom Magistrat: Oberbürgermeister Pohlmann, Stadtrat Kalus, Bürgermeister Leu, Stadtrat Rupp, Stadtbaurat Delzner.

Von den Stadtverordneten die Herren: Borinski, Junge, Ulbrich, Drees, Rudzinski, Klimanek, Grünfeld, Herrmann, Poforny, Braetisch, Wanjura, Woitinek, Hoffmann, Griesse, Münch, Pinkus, Truppke, Brauer, Breslauer, Schalscha, Gentawer, Katschinski, Siwinna. Entschuldigt fehlen die Herren: Scharff, Müller, Dr. Speier, Pistorius und Vogel.

Kurz nach 5 Uhr eröffnet Stadtv.-Vorst. Grünfeld die dringende Sitzung der Stadtverordneten.

Mitteilungen

liegen von seiten des Vorstandes nicht vor.

Stadtv. Pinkus fragt an, ob die D. E. W. berechtigt sind, außer der bereits erfolgten 10 prozentigen Erhöhung des Strompreises eine weitere Erhöhung von 15 Prozent vorzunehmen?

Oberbürgermeister Pohlmann erwidert, daß die D. E. W. dazu nicht ohne Einverständnis der Stadt berechtigt seien, da vorerst Magistrat und Stadtverordneten-Kollegium gehört werden müssen. Wenn die Sache soweit gediehen ist, werden wir eine diesbezügliche Vorlage der Stadtverordneten = Versammlung einbringen. Die D. E. W. haben allerdings, um sich freie Hand zu verschaffen, aus rechtlichen Gründen sämtliche Verträge zum 1. Januar gekündigt.

Auf Vorschlag des Stadtv.-Vorst. wird zunächst Punkt 12 der Tagesordnung:

Mitteilungen über Brennstoffversorgung und Wahl von Mitgliedern für die Kohlenverteilungsstelle

zur Erörterung gestellt.

Referent Stadtv. Wanjura verliest folgenden von der Kohlenverteilungsstelle herausgegebenen

Bericht über die Brennstoffversorgung.

Ueber den Stand der Brennstoffversorgung unserer Stadt haben wir bereits in der Stadtverordneten-Sitzung vom 23. Juli d. Js. berichtet.

Inzwischen hat der Reichskommissar für Kohlenverteilung die Regelung der Brennstoffversorgung in die Hand genommen. Zur Durchführung der von ihm erlassenen Verordnungen mußte Ende des Monats Juli 1917 eine besondere Geschäftsstelle als Kohlenverteilungsstelle unter dem Dezernat des Herrn Bürgermeisters neu errichtet werden. Die Kohlenverteilungsstelle ist in dem Markus'schen Hause Mühlstraße Nr. 13 untergebracht.

Die gewerblichen Verbraucher von Brennstoffen mit einem monatlichen Verbrauch von 10 Tonnen und darüber mit gewissen Ausnahmen unterliegen nach wie vor der Meldepflicht gemäß Verordnung des Reichskommissars vom 17. Juli 1917. Diese Verbraucher erhalten auf Grund ihrer Meldung ihre Brennstoffe vom Reichskommissar direkt angewiesen.

Für die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes hat der Reichskommissar unterm 19. Juli 1917 eine besondere Verordnung erlassen. Diese Verordnung bestimmt im wesentlichen folgendes:

Die Vorstände der Kommunalverbände und der Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern haben

1. den am 1. September 1917 innerhalb ihres Bezirkes vorhandenen Brennstoffbestand;

2. den Brennstoffbedarf ihres Bezirkes für die Zeit vom 1. September 1917 bis 31. März 1918;

3. den tatsächlichen Brennstoffbezug in der Zeit vom 1. April 1915 bis 31. März 1916 zu ermitteln und die Zusammenstellung der Brennstoffbestände und des notwendig erachteten Bedarfs nach Brennstoffarten und Verbrauchsgruppen (Hausbrand, landwirtschaftlicher Bedarf und gewerblicher Bedarf) geordnet dem Reichskommissar und der Kriegsamtsstelle bis zum 1. Oktober 1917 vorzulegen. Der Reichskommissar prüft die Bestandsanmeldung und setzt fest, bis zu welcher Höhe der Bezug von Brennstoffen den einzelnen Verbrauchsgruppen gestattet ist. Er behält sich vor, vorläufige Festsetzungen ohne Rücksicht auf Verbrauchsgruppen zu treffen. Ein Anspruch auf Lieferung der festgesetzten Menge besteht nicht. Die Vorstände der Kommunalverbände und Gemeinden haben zu überwachen, daß für die Verbraucher ihres Bezirkes nicht mehr Brennstoffe bezogen werden, als der Reichskommissar festgesetzt hat. Die Unterverteilung der für die einzelnen Kommunalverbände und Gemeinden nach Bezug zugelassenen und im Bezirk vorhandenen Brennstoffmengen auf die Verbraucher erfolgt durch die Vorstände der Kommunalverbände und Gemeinden.

Vom 1. November 1917 ab sind Verbraucher, welcher Brennstoffe über die vom Vorstand des Kommunalverbandes oder der Gemeinde für den einzelnen Verbraucher festgesetzte Menge hinaus besitzen oder beziehen, auf Verlangen des Vorstandes des Kommunalverbandes oder der Gemeinde verpflichtet, die das zugelassene Maß übersteigende Menge zur Verfügung des Vorstandes des Kommunalverbandes oder der Gemeinde zu halten und nach Anweisung des Vorstandes anderen Verbrauchern zu überlassen.

Die Versorgung der Deputatkohlenbezieher bleibt lediglich Angelegenheit der Brennstoffherzeuger. Bei der Ausgabe von Kohlenkarten oder Bezugsscheinen dürfen diese Deputatkohlenbezieher nicht berücksichtigt werden.

Da die endgültige Regelung der Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes erst nach Prüfung und Bearbeitung der für den 1. September 1917 angeordneten Bestands- und Bedarfserhebung erfolgen kann, hat der Reichskommissar zur vorläufigen Regelung der Belieferung für jeden Versorgungsbezirk nach gleichmäßigen Grundsätzen, abgestuft nach der Einwohnerzahl und nach der Schwierigkeit der Brennstoffversorgung, die Brennstoffmenge für einen 1. Lieferungszeitraum bestimmt. Der 1. Lieferungszeitraum beginnt am 1. August 1917. Eine über diese festgesetzte Menge hinausgehende Belieferung soll erst dann stattfinden, wenn durch Lieferung der vorläufig festgesetzten Menge an alle Versorgungsbezirke der 1. Lieferungszeitraum beendet ist. Gleichzeitig hat der Reichskommissar angeordnet, daß die Erzeuger bis auf weiteres im fuhrerweisen Verkauf (Landabsatz) wöchentlich höchstens $\frac{1}{4}$ der im Landabsatz in der Woche vom 24. bis 30. Juni 1917 gelieferten Mengen abgeben dürfen, und zwar nur an solche Verbraucher, die ein dringendes Verbrauchsbedürfnis durch eine Bescheinigung nachweisen, welche vom Vorstand des Kommunalverbandes oder Gemeinde unter Angabe der benötigten Menge auszufüllen und zu stempeln ist.

Diese Bestimmung des Reichskommissars wurde Ende Juli d. Js. bekannt. Da die Gruben von diesem Zeitpunkt ab ohne Bedürftigkeitsbescheinigungen keine Kohlen abgaben, meldeten sich täglich eine größere Anzahl von Verbrauchern, die angaben, keine Kohle zu besitzen und solche dringend zu benötigen. Es wurden Bedürftigkeits-Bescheinigungen über 30 bis 50 Zentner ausgestellt und die Verbraucher an die Gruben verwiesen. Einige Tage später ging vom Herrn Reichskommissar die Nachricht ein, daß für den Stadtkreis Rattowitz für den 1. Lieferungszeitraum die Brennstoffmenge auf 2160 To., das sind etwa 1 Zentner für den Kopf der Bevölkerung, festgesetzt sei. Gleichzeitig wurden Klagen laut, daß die Grube nicht alle mit Anweisung versehenen Verbraucher befriedigen könne. Dies hatte seinen Grund darin, daß die Grube nur eine beschränkte Menge abgeben darf, welche Menge bereits zu Beginn der betreffenden Woche ausverkauft wird. Es wurden dann nur Anweisungen über höchstens 20 Zentner ausgegeben. Ausgenommen von dieser Beschränkung wurden Gewerbebetriebe, wie Bäckereien usw. und die öffentlichen Anstalten. Wir haben sofort unter Schilderung der hiesigen Verhältnisse beim Reichskommissar beantragt, sowohl die Brennstoffmenge für den Stadtbezirk, wie das Wochenkontingent bei den Gruben zu erhöhen. Der Herr Reichskommissar hat unseren Antrag wie folgt abgelehnt.

Die Gründe, die zur Einschränkung des Landabsatzes bestimmt haben, sind vor allen Dingen in der Rücksicht auf die vom Bergbaurevier entfernter liegenden Gebiete zu suchen. Es liegt auf der Hand, daß Kommunen im Bergbaurevier z. Bt. wesentlich besser mit Brennstoff versorgt sind als die entfernter liegenden Gebiete. Es ist daher im Interesse einer gleichmäßigen Versorgung dringend erforderlich, den Versand nach jenen schlechter versorgten Bezirken zu verstärken. Dies ist in der jetzigen Zeit, wo die Transportverhältnisse auf der Eisenbahn noch leidlich sind, möglich.

Während des erfahrungsgemäß im Herbst einsetzenden Eisenbahnwagenmangels sind die entfernter liegenden Bezirke besonders schlecht gestellt. Die Rücksicht auf die Kohlengruben gebietet es alsdann, ein allzu reichliches Stürzen auf die Halbe zu vermeiden. In den Zeiten des Wagenmangels soll daher der Landabsatz wieder völlig freigegeben werden. Alsdann wird auch für die dortige Gegend Gelegenheit sein, durch reichliche Ausnutzung des Landverkaufs Kohlenvorräte zu beziehen. Ausgenommen von der Einschränkung des Landabsatzes ist bekanntlich die Deputatkohle der Berg- und Hüttenarbeiter, die übrige Bevölkerung muß einsehen, daß sie zeitweise mit Rücksicht auf ungleich schlechter stehende weite Teile Deutschlands ihre Wünsche eine Zeit lang zurückstellen muß.

Am 1. September d. Js. fand die angeordnete Bestands- und Bedarfserhebung statt. Um die gesamte Brennstoffabgabe nach dem 1. September d. Js. zu erfassen, mußten alle bisher noch nicht erledigten Anweisungen für ungültig erklärt und an Hand der Anmeldungen neue Anweisungen ausgegeben werden. Hierbei zeigte sich, daß ein nicht zu kleiner Teil der Haushaltungen ohne Kohlen war. Neue Anweisungen über Mengen in alter Höhe hätten nur den bisherigen Zustand wieder hergestellt. Damit allen Haushaltungen zu dem notwendigsten Bedarf, d. h. für Küchenfeuerung, kamen, wurde folgendes Verfahren angewandt: Die hiesigen Kohlenkleinhändler erhielten größere Mengen zugewiesen, die sie gegen von uns ausgefertigte Anweisungen in kleinen Mengen bis zu 5 Zentnern an die Haushaltungen abgaben. Ferner wurden entsprechend einer Vereinbarung der gemeinschaftlichen Interessenvereinigung in Bentzen Anweisungen auf Mengen bis zu 10 Zentnern zur Abholung bei der Grube ausgegeben. Die vielen Anträge auf Anweisung größerer Mengen konnten nicht berücksichtigt werden. Durch diese Maßnahme wurde aber der beabsichtigte Zweck erreicht, daß sämtliche Haushaltungen zu Kohlen, wenn auch in geringeren Mengen, kamen.

Entsprechend dem Kohlenpreise bei den Gruben von 1,32 M für den Zentner, wurden die Kleinverkaufspreise bei den Händlern wie folgt festgesetzt: Ab Verkaufsstelle 1,80 M; frei Hof der Verbrauchsstelle 2,00 M für den Zentner. Für das Einbringen der Kohlen in den Keller, in das Erdgeschoß oder in das erste Stockwerk dürfen 10 S und für jedes weitere Stockwerk 10 S für den Zentner erhoben werden.

Nachdem vor einigen Tagen der Reichskommissar das Wochenkontingent bei den Gruben um etwa 50 v. H. erhöht hat, werden jetzt Anweisungen an Verbraucher, die keine oder geringe Vorräte besitzen, ausgegeben: Bei einer Wohnung von Küche und 1 Zimmer 10 Zentner; von Küche u. 2 Zimmern 15 Zentner; von Küche und 3 oder mehr Zimmern 20 Zentner.

Eine örtliche Verbrauchsregelung befindet sich in Ausarbeitung. Ob sie erlassen wird, bevor der Reichskommissar erklärt, welche Menge Brennstoffe auf den Stadtbezirk Rattowitz entfällt, kann noch nicht gesagt werden. Jedenfalls wird schon jetzt den Verbrauchern äußerste Sparsamkeit im Verbrauch von Brennstoffen empfohlen, damit sie nicht vorzeitig die auf sie entfallende Menge verbrauchen und schließlich ohne Kohlen bleiben.

Durch Verordnungen vom 3. und 16. August 1917 hat der Reichskommissar eine strenge Kontrolle der Hausbrandlieferungen angeordnet. Jeder Empfänger von Brennstoffen durch die Bahn hat den Eingang und die Verteilung

der Brennstoffe unverzüglich der Kohlenverteilungsstelle anzuzeigen. Diese Bestimmung wird leider noch nicht genügend beachtet. Vom 1. September haben die Besteller von Brennstoffen zum waggonweisen Bezug den Bestellschein zur Eintragung und Abstempelung vorzulegen. Um Störungen in der Lieferung von Hausbrand zu vermeiden, hat der Herr Reichskommissar angeordnet, daß bis zum 15. September d. Js. von der Durchführung letzterer Bestimmung abgesehen wird. Irrtümlicherweise wurde diese Ausnahme auch für den fuhrerweisen Verkauf bei den Gruben ausgelegt. Diejenigen Haushaltungen, die Kohlen ohne Bezugsschein bezogen haben, haben daher diese Kohlen in der Kohlenverteilungsstelle anzumelden. Die Schwierigkeiten in der Anfuhr der Kohlen werden sich voraussichtlich bessern, wenn der Reichskommissar die Beschränkung des fuhrerweisen Verkaufs ganz oder erheblich fallen läßt, weil dann die Gespanne die ganze Woche hindurch fahren können, während sie jetzt nur zu Anfang der Woche fahren. Es schweben Verhandlungen mit der kgl. Eisenbahnerwaltung wegen Anfuhr der Kohlen durch die Eisenbahn. Ob sie aber zu einem günstigen Ergebnis führen werden, ist fraglich, weil die Eisenbahn Wagenmangel hat. Außerdem wird mit der Schlesischen Kleinbahn, A.-G. wegen Anfuhr der Kohlen durch die Kleinbahn verhandelt. Die Anschaffung von Kohlenlagern hängt mit der Frage zusammen, welche Menge Brennstoffe und in welchen Zeitabständen uns der Reichskommissar zuweist.

Im Interesse der Besitzer von Zentralheizungen usw. ist die Ausfuhr von Gaskoks gesperrt. Anweisungen auf Briquets werden ausgegeben werden, sobald der Reichskommissar der Stadt neue Brennstoffe zuweist. Um die Versorgung der Stadt mit Brennholz sind wir weiter bemüht. Für die Versorgung der Armen mit Winterkohlen ist Vorsorge getroffen.

Zum Schluß kommen wir noch auf die Erhebung des Bestandes und des Bedarfs an Heiz- und Brennstoffen zurück. Die Sichtung des Materials hat ergeben, daß nicht alle Verbraucher ihre Anmeldung mit der erwarteten Sorgfalt bewirkt haben. Zunächst waren sämtliche Brennstoffe nach Gewicht anzugeben. Der größte Teil der Verbraucher hat aber statt dessen teils irrtümlicherweise, teils aus Bequemlichkeit, jedenfalls aber unter Außer-Achtlassung der Vorschrift, die Anzahl der Briquets angegeben. Da aber Briquets in verschiedenen Gewichten gehandelt werden, kann das Gewicht hier nicht festgestellt werden. Ferner hat ein Teil der Verbraucher nicht den wirklichen Bedarf für die Zeit vom 1. September 1917 bis 31. März 1918 angegeben, sondern den Bedarf, welcher nach Abzug des vorhandenen Bestandes verbleibt. Der Bestand wird aber erst vom Reichskommissar bei der Gesamtanstellung in Abzug gebracht. Schließlich haben die wenigsten Verbraucher den tatsächlichen Bezug in der Zeit vom 1. 4. 1915 bis 31. März 1916 angegeben. Der Versuch der Beamten unserer Kohlenverteilungsstelle, die Verbraucher zur Berichtigung ihrer Anmeldung zu veranlassen, scheiterte meist an dem Widerstande der Ueberbringer der Kohlenlisten. Die Kohlenverteilungsstelle ist nicht imstande, bei der großen Anzahl der Verbraucher in der zur Einreichung der Zusammenstellung gestellten Frist die Berichtigung der Anmeldungen herbeizuführen. Die offensichtlichen Fehler werden nach Möglichkeit beseitigt. Abgesehen davon, daß die Zusammenstellung des Materials erschwert

wird, haben die Verbraucher, die aus der Falschmelbung sich ergebenden Folgen bei der Verteilung der Brennstoffe zu tragen.

Referent Stadtv. Wanjura: Als Mitglieder für die Kohlenverteilungs-Kommission sind vorgeschlagen: Vom Stadtverordneten-Kollegium die Herren: Münch, Bokornh, Truppke, Wanjura, Brauer, Ratschinsky und Rudzinski; von der Bürgerschaft die Herren: Rechnungsrat Dallmann, Baumeister L. Goldstein und Kaufmann Boehm. Nachträglich ist vom hiesigen Gastwirtschaftsverein der Wunsch ausgesprochen worden, an Stelle des Herrn Truppke, der aus dem Vorstande des Vereins ausgeschieden ist, Herrn Steinfeld in die Kohlenverteilungs-Kommission zu wählen. Ich schlage vor, Herrn Truppke auf der Liste zu belassen und neben ihm noch Herrn Steinfeld zu wählen.

Stadtv. Brauer: Ein Punkt des Berichtes soll anscheinend einen Vorwurf enthalten, daß nämlich die meisten Kohlenbezieher nicht angegeben haben, wieviel Kohlen sie früher bezogen haben. Viele Leute wissen das aber beim besten Willen nicht, denn sie haben in früheren Zeiten darüber nicht Buch geführt. Ich selbst könnte Ihnen nicht auf Eid sagen, wieviel Kohlen in meinem Haushalt früher verbraucht worden sind.

Stadtv. Braetisch: Eine wichtige Rolle spielt auch die Frage der Gespanne. Es empfiehlt sich daher, die Kohlen nicht in zu kleinen Quantitäten abzugeben, damit die Gespanne richtig ausgenutzt werden können.

Oberbürgermeister Pohlmann: Wenn wir in der Lage sind, werden wir möglichst große Mengen abgeben, aber, wenn wir nur 5 Zentner für jeden Haushalt zur Verfügung haben, so ist das eben nicht möglich. Der Kleinhändler muß die Bezugsscheine sammeln und damit zur Kohlenverteilungsstelle kommen.

Stadtv. Braetisch bittet nochmals, die Gespannfrage zu beachten, denn die Gespanne seien heute sehr teuer und kosteten gleichviel, ob 5 Zentner oder 20 Zentner auf den Wagen seien. Bei den teuren Zeiten muß möglichst alles ausgenutzt werden.

Stadtv. Wanjura: Es hat sich in letzter Zeit eingebürgert, daß die kleinen Haushaltungen sich fast sämtlich Handwagen angeschafft haben. Die Leute werden sich also in den meisten Fällen selbst die Kohlen vom Händler holen und kein Fuhrwerk benutzen.

Stadtv. Pinkus: Der Vorberatungsausschuß hat sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt und dafür Sorge getragen, daß gerade die kleinen Haushaltungen ihre Kohlen bequem bekommen. Wir bitten die Stadt, auch ihrerseits ihr ganz besonderes Augenmerk auf die kleinen Haushaltungen zu richten. Große Kohlenmengen werden sich garnicht abgeben lassen. Die Preise für Gespanne erschienen uns im Vorberatungsausschuß sehr hoch.

Oberbürgermeister Pohlmann sagt eine nochmalige Nachprüfung der Gespannpreise zu.

Stadtv. Ratschinsky findet die Kohlenpreise ungewöhnlich hoch. Es sei richtig, daß sich viele Haushaltungen Handwagen angeschafft hätten. Wir haben die Pflicht, dem kleinen Mann die Kohlen zu verbilligen. Die Gruben müssen angehalten werden, daß sie irgend eine Stelle schaffen, wo kleine Quantitäten verkauft werden können.

Stadtv. Borinski: Die Kohlenpreise sind in einer kürzlich abgehaltenen Sitzung, zu der alle Interessenten der Stadt ein-

geladen waren, erörtert worden und schienen allen Anwesenden angemessen zu sein. Ich glaube nicht, daß sich an den Preisen viel wird ändern lassen.

Stadtv. Brauer: Man wird in Kürze so wie so die Kohlenpreise erhöhen, weil, wie wir heute gehört haben, die Kohlenkonvention den Preis pro Tonne um 2,40 M erhöht hat.

Stadtv. Grünfeld: Es wird sich empfehlen, an die Grubenverwaltungen heranzutreten, um unbemittelten Bürgern Kohlen in kleineren Quantitäten von 5 bis 10 Zentnern zu verschaffen. An die besser Gestellten könnten Kohlen bis 50 Zentner abgegeben werden. Es ist vorhin vergessen worden, mitzuteilen, daß auch das Büro des Stadtverordneten-Kollegiums zur Kohlenverteilungskommission gehört.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die vom Vorberatungsausschuß vorgeschlagenen Herren und außerdem Herr Steinfeld als Mitglieder der Kohlenverteilungs-Kommission gewählt.

Der Deutschen Dichtergedächtnisstiftung,

deren Aufgabe es ist, Lesestoff für die Lektüre im Felde zu beschaffen, wird erneut auf Vorschlag des Magistrats und des Vorberatungsausschusses eine Beihilfe von 30 M gewährt.

Wahl von Mitgliedern für den Theaterausschuß.

Von den Mitgliedern des Theaterausschusses sind Stadtv. Loebinger durch den Tod und Prof. Knappe durch Verzug ausgeschieden. Der Vorberatungsausschuß schlägt vor, mit Rücksicht auf die große Zahl der außerdem noch in diesem Ausschusse befindlichen Herren auf eine Ersatzwahl zu verzichten. Das Plenum schließt sich diesem Vorschlag an. Der Theaterausschuß besteht z. Bt. aus folgenden Herren: Als Vorsitzenden Oberbürgermeister Pohlmann, ferner den Stadträten Guttmann, Feige, Badrian, den Stadtverordneten: Dr. Hoffmann, Proskauer, Braetich, Siminna, Schallscha und aus der Bürgerschaft: Professor Knötzel und Dr. Ehrenfried.

Abschluß der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1916.

Referent Stadtv. Junge gibt einen kurzen Ueberblick über die geschäftliche Lage der Stadthauptkasse, deren Umsatz im Jahre 1916 die Summe von 4½ Millionen Mark erreicht hat. Wer sich dafür interessiere, der erkenne aus dem Bericht die Treue, mit der alle Organe an der Erfüllung ihrer Aufgaben gearbeitet hätten. Erfreulich sei die

Mehreinnahme an Steuern,

die im Jahre 1916 227 000 M betragen hat. Es bestehe die Hoffnung, daß sich im Jahre 1917 diese Mehreinnahme noch erhöhen werde. Trotz gewaltiger Aufgaben habe die Stadt in finanzieller Hinsicht immer noch auf gesunder Grundlage gearbeitet. Das verdanke die Bürgerschaft neben der umsichtigen und zielbewußten Geschäftsleitung der aufopfernden Arbeit des Personals, das die durch den Krieg entstandenen Mehrarbeiten trotz häufigen Wechsels in seinem Bestande restlos erledigt habe. Eine Beschlufsfassung über diesen Punkt der Tagesordnung sei nicht nötig. Er habe nur eine Uebersicht über die Geschäftslage geben wollen.

Ueber die

Schulden tilgung im Rechnungsjahre 1917

referiert Stadtv. D r e e s: Die Schulden tilgung sei in den Jahren 1915 bis 1916 ausgesetzt worden, müsse aber jetzt wieder aufgenommen werden. Es könnten von der Stadthauptkasse für diesen Zweck 255 000 *M* bereitgestellt werden. Der Referent verliest sodann den von der Hauptkassenverwaltung aufgestellten Plan, nach welchem die Tilgung erfolgen soll. Der Magistrat habe den Vorschlägen der Stadthauptkasse zugestimmt, ebenso der Vorberatungsausschuß; er bitte das Plenum, auch seinerseits die Einwilligung zu erteilen. Bei der Abstimmung wird dann auch der Vorschlag einstimmig angenommen.

Kleine Vorlagen.

Dem am 30. Juli in Danzig gegründeten Weichsel-Schiffahrts-Verein tritt die Stadt mit einem Jahresbeitrag von 30 *M* bei.

Auf Antrag des Gartenbauvereins für den ober-schlesischen Industriebezirk wird der Studienreisefasse der Kgl. Lehranstalt für Obst und Gartenbau in Proskau eine alljährliche Beihilfe von 50 *M* bewilligt.

Ferner beschließt die Versammlung, durch eine einmalige Zahlung von 300 *M* die dauernde Mitgliedschaft des Deutschen Luftflottenvereins zu erwerben.

Bewilligt wird die Summe von 189 *M* jährlich zur Versicherung der Schaufensterscheiben im Stadthause.

Der nächste Punkt betrifft die Versicherung der städt. Kassen gegen Einbruchsdiebstahl. Es sind Offerten von drei Versicherungsgesellschaften eingeholt worden. Magistrat und Vorberatungsausschuß haben sich für die Schlesische Provinzial-Feuersozietät entschieden. Die Prämie beträgt pro Jahr 225 *M*.

Stadtv. Dr. P r e i ß fragt an, ob das Mobiliar der Stadt mit Rücksicht auf die Wertsteigerung aller Materialien höher versichert sei.

Bürgermeister L e u erwidert, daß die Einbruchversicherung sich nur auf die Kassen usw. beziehe und daß das Mobiliar nicht einbezogen sei. Man habe es nicht für nötig gehalten, das Mobiliar höher zu versichern. Gegen Feuer seien einige Gebäude der Stadt um 25 Prozent höher versichert worden.

Zur Unterbringung der Kohlenverteilungsstelle sollen Räume im Hause Mühlstraße 13 gegen einen jährlichen Mietzins von 600 *M* gemietet werden. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Dem früheren Arbeiter Czuprina wird nach den Grundsätzen der Kaiser-Wilhelm-Augusta-Viktoria-Stiftung eine Unterstützung von monatlich 20 *M* gewährt.

Gewährung von Kriegsteuererzungszulagen an Beamte, Angestellte und Lehrer.

Referent Stadtv. P i n k u s: Nachdem der Staat vom 1. Juli 1917 ab laufende Steuererzungszulagen an seine Beamte gegeben hat, konnten die Städte nicht zurückbleiben. Die meisten Städte haben sich daher bereit erklärt, nach diesen staatlichen Grundsätzen auch ihrerseits ihren Beamten und Angestellten Zulagen zu bewilligen. In dieser Hinsicht besteht zwischen den Städten völlige Ueberein-

stimmung. Ueber ein gemeinschaftliches Vorgehen in der Unterstützungsfraße konnte dagegen eine Einigkeit nicht erzielt werden. Einstimmigkeit herrscht dagegen in dem Punkte, daß diese Zahlungen an Volksschullehrer nicht mehr erteilt werden sollen. Der Staat kennt 5 Tariffklassen, zu denen ein gewisser, ebenfalls nach Klassen berechneter Zuschlag trifft. Der Magistrat hat beschlossen, mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli neben den laufenden Kriegsbeihilfen Teuerungszulagen nach den staatlichen Grundsätzen zu bewilligen. Er hat zu diesem Zweck die Beamtenschaft in 11 Gruppen eingeteilt, von denen die Gruppen 1 und 2 nach den Sätzen der Tariffklasse 3, die Gruppen 3 bis 7 nach der Tariffklasse 4 und die Gruppen 8 bis 11 nach den Sätzen der Tariffklasse 5 bedacht werden sollen. Außerdem beabsichtigt der Magistrat, die Summe von 15 000 M. für Beihilfen an Ruhegehaltsberechtigte und sonstige in Betracht kommende Personen zur Verfügung zu stellen. Von den Vorschüssen, die an gewisse Personen von Beamten und Angestellten gezahlt worden sind, sollen 50 Prozent niedergeschlagen, die übrigen 50 Prozent auf die neu zu gewährenden Zulagen angerechnet werden. Der Vorberatungsausschuß empfiehlt, den Magistratsbeschlüssen zuzustimmen und die Summe von 39 128 M. für Lehrpersonen, die Summe von 37 314 M. für Beamte und Angestellte zu bewilligen. Das sind zusammen 76 442 M., zu denen noch die schon erwähnte Summe von 15 000 M. hinzukommt, sodaß als Gesamtbetrag für die Kriegsteuerungszulagen die Summe von 91 000 M. erforderlich sein würde.

Stadtv. Junge bemängelt einige Punkte der vom Magistrat vorgeschlagenen Klassifizierung der Beamten, wodurch Gegensätze zu den staatlichen Beamten entstehen könnten.

Oberbürgermeister Pohlmann gibt dem Vorredner eine aufklärende Antwort, aus der hervorgeht, daß diese Unterschiede nur scheinbar beständen und auf der verschiedenartigen Berechnung der Wohnungsgelderzuschüsse bei staatlichen und städtischen Beamten beruhten.

Stadtv. Gries: Es herrscht in der Beamtenschaft große Sorge darüber, daß nur die Hälfte der bereits gezahlten Vorschüsse niedergeschlagen werden soll. Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, ob wir nicht lieber einen Schritt weiter gehen und die Vorschüsse ganz niederschlagen sollen. Ich habe es übernommen, den Wunsch der Beamten in aller Gehorsamkeit vorzubringen.

Oberbürgermeister Pohlmann: Die Vorschüsse belaufen sich auf die Summe von 13 000 M., von denen 6500 M. erlassen werden sollen. Wir müssen uns doch nach den staatlichen Grundsätzen richten und haben uns deswegen entschlossen, nur 50 Prozent anzurechnen. Es ist schwer, schon heute sich über den Vorschlag des Stadtv. Gries zu entscheiden. Wir könnten höchstens eine Nachprüfung eintreten lassen, ob wir auf diesen Vorschlag an einem späteren Termin zurückkommen können. Auch müßten wir dann noch besonders die Genehmigung des Stadtverordneten-Kollegiums einholen.

Stadtv. Pinkus: Wir wenden bereits zum Besten unserer Beamten eine Summe von rund 100 000 M. auf. Das müßten die Beamten anerkennen, ebenso daß die Stadt in dieser Angelegenheit so schnell vorgegangen ist. Es wird sicherlich noch eine

weitere Vorlage kommen. Ich schlage vor, daß wir heute lediglich dem Vorschlage des Magistrats folgen.

Stadtv. Ratschinskij: Da die Differenz nur 6500 *M* beträgt, so möchte ich die Bitte an den Magistrat richten, die Vorschlagsfrage noch einmal zu prüfen und mit einer neuen Vorlage an uns heranzutreten. Für diejenigen, die die 50 Prozent zurückerstatten müssen, bedeutet dies einen schweren Kummer. Bei der heutigen Forderung sollten wir nicht so zurückhaltend sein.

Stadtv. Ulrich: Die Sache muß noch einmal beraten werden; ich möchte Sie daher bitten, sich heute nur grundsätzlich für eine Niederschlagung der gesamten Vorschüsse auszusprechen. Wenn Magistrat und Kommission es für notwendig halten, wird die Stadtverordneten - Versammlung sicherlich ihre Zustimmung dazu erteilen.

Stadtv. Griesse: Ich bin damit einverstanden, daß heute nur der Vorschlag gemacht wird, bitte aber den Magistrat um eine baldige Erledigung der Frage, da der 1. Oktober vor der Tür steht.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Magistrats angenommen und auch die Niederschlagung von 50 Prozent der Vorschüsse genehmigt. Auch der Vorschlag des Stadtv. Griesse, über die Niederschlagung der weiteren 50 Prozent noch einmal zu beraten, wird angenommen.

Schluß der Sitzung 6¼ Uhr.

Montag, den 12. November 1917, nachmittags 5¼ Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Verstärkung des Titels III Absatz 3 des Haushaltsplanes der Steuerverwaltung. (für außerordentliche Arbeiten bei der Steuerverwaltung).
3. Fortfall der Erhebung der Gemeindesteuern nach dem fingierten Staatssteuersatz von 4 Mark für die Zeit vom 1. Oktober 1917 bis zum 31. März 1918.
4. Erhöhung der Beihilfe an den Verein für Kunst und Wissenschaft.
5. Beteiligung an den Kosten einer Reise der Herren Stadtbaurat Delsner, Kreisarzt Dr. Halben und Dr. Bruck zur Besichtigung von Kinderkrankenhäusern.
6. Erhöhung der Schreibgebühren für die Schulleiter der Volksschulen und der Hilfsschule.
7. Bewilligung von Mitteln zur Verabfolgung von Liebesgaben an die zu den Fahnen einberufenen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter.
8. Wahl eines Schiedsmannes für den II. Bezirk und eines stellvertretenden Schiedsmannes für den I. Bezirk.
9. Wahl eines Mitgliedes für die Steuerverwaltung.
10. Auslösung von Anleihe Scheinen aus der Anleihe 1887/88.
11. Festsetzung des Pensionsdienalters für die Oberlehrerin des Gymnasiums Fräulein Wenzel.
12. Festsetzung der Bezüge für die Hinterbliebenen des Mittelschullehrers Pohl.
13. Festsetzung der Bezüge für die Hinterbliebenen des gefallenen Handelschullehrers Gannow.
14. Gewährung einer Beihilfe an einen Lehrer zu den Krankenkosten.
15. Gewährung von Beihilfen und Zulagen.

Anwesend vom Magistrat: Oberbürgermeister Pohlmann, Bürgermeister Leu, die Stadträte Ruoff, Zimmermann, Kasus, Dame, Badrian und Guttman.

Von den Stadtverordneten die Herren: Grünfeld, Hoffmann, Wanjura, Kraemer, Brauer, Borinski, Ulbrich, Schalscha, Breslauer, Gentawer, Trupke, Woitinek, Herrmann, Ratschinski, Braetsch, Pinkus, Siwinna, Rudzinski, Münch, Kubiz, Delonek, Griesse, Potorny, Klimanek, Scharff.

Entschuldigt fehlen die Herren: Bistorius, Junge, Vogel.

Der eigentlichen Stadtverordnetenversammlung geht nachmittags 5 Uhr eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten im Stadtverordnetenversammlungssaale voraus, in welcher die

Wahl zweier Provinzial-Landtags-Abgeordneter

des Stadtkreises Kattowitz auf einen sechsjährigen mit Ende des Jahres 1923 ablaufenden Zeitraum vorgenommen wird. Die Wahl findet unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Pohlmann statt. Es werden wiedergewählt:

Oberbürgermeister Pohlmann mit 32 von 33 abgegebenen Stimmen und Stadtverordnetenvorsteher, Baumeister Grünfeld mit 34 Stimmen. Beide Herren nehmen die Wahl mit Dank an.

Gegen 5¼ Uhr eröffnet sodann Stadtv.-Vorsteher Grünfeld die öffentliche Stadtverordneten-Versammlung mit folgendem

Nachruf für Stadtrat Heuer.

„Herr Stadtrat Wilhelm Heuer ist im Alter von 61 Jahren am 5. Oktober aus dem Leben geschieden. Unsere Stadt beklagt den Heimgang eines in Treue und Liebe zu ihr bewährten Bürgers, der seit dem Jahre 1881 fast 4 Jahrzehnte hier lebte

und wirkte. Herr Heuer gehörte zu den Männern, die sich unermüdlich und selbstlos im Ehrendienste des Gemeinwohls betätigt haben. Von 1900 bis 1913, ununterbrochen 13 Jahre lang, im Ehrenamte eines Stadtverordneten hat Herr Heuer mit großer Hingabe und Liebe sein ganzes Können, seinen erfahrenen Rat der Förderung unseres Gemeinwohls gewidmet, vorzüglich bewährte er sich in unserem Stadtverordnetenkollegium, sowie in vielen wichtigen Ausschüssen als tatkräftiger Mitarbeiter und befundete auch in dankenswerter Weise seinen Gemeininn durch eine hochherzige Stiftung für wohltätige Zwecke. Seit 1913 mit dem Ehrenamte eines Stadtrates betraut, hat der Heimgegangene bis zu seiner schweren Erkrankung stets pflichtbewußt und arbeitsfreudig das verantwortungsvolle Amt zu Nutz und Frommen unserer Stadt verwaltet. Sein durch reiche Erfahrungen gefällter, praktischer Sinn, sein streng sachliches Urteil, seine Herzensgüte und sein schlichtes, liebenswürdiges Wesen gewannen ihm die Achtung und Anerkennung seiner Mitmenschen. Wir alle bedauern den so frühen Heimgang dieses vor trefflichen Bürgers, des bewährten Mitarbeiters und treuen Freundes, dem wir für sein selbstloses Wirken im Ehrendienste der Stadt aufs herzlichste über das Grab hinaus danken und dem wir immerdar ein ehrendes Andenken bewahren wollen.

Sie haben sich, meine Herren, zu Ehren des Verewigten von den Plätzen erhoben; ich danke Ihnen“.

Mitteilungen.

Stadtb.-Vorsteher Grünfeld gibt Kenntnis von einem Dankschreiben der Frau Stadtrat Heuer für die Beileidsbezeugung des Stadtverordneten-Kollegiums. — Die Prüfungsberichte der Stadthauptkasse und der Stadtparkasse für den Monat September haben zu Erinnerungen keinerlei Anlaß gegeben und werden der Versammlung zur Kenntnisknahme überwiesen.

Die Strompreiserhöhung durch die D. E. W.

Der Stadtb.-Vorsteher verliest sodann folgendes Schreiben des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung: Die Schlesische Elektrizitäts- und Gas-Aktien-Gesellschaft in Gleiwitz hat Ende September sämtlichen Abnehmern, welche den Strom bisher zu Anschaffungspreisen bezogen haben, dieses Abkommen gekündigt und gleichzeitig mitgeteilt, daß sie bereit sei, nach dem 1. Januar 1918 Strom zu einem um 25 Prozent höheren Strompreise als demjenigen, der bis zum 1. April 1917 allgemeine Geltung hatte, weiter abzugeben.

Während wir der Ansicht sind, daß die Kündigung der Verträge zum 1. Januar 1918 nicht nur zulässig ist, sondern sogar erfolgen mußte, wenn die Schlesische Elektrizitäts- und Gas-Aktien-Gesellschaft die Strompreise vom 1. Januar 1918 ab erhöhen wollte, so erscheint es uns nicht richtig, daß die Gesellschaft die künftigen Bezugsbedingungen bekannt gibt und zum Abschluß neuer Verträge auffordert, ehe sie sich mit der Stadtverwaltung über die künftigen Bedingungen, vor allem über die Strompreise, geeinigt hat; denn eine Erhöhung der Strompreise ohne Zustimmung der Stadtverwaltung ist nicht angängig. Eine solche Zustimmung konnte bisher noch nicht erfolgen, weil ein dahingehender Antrag erst Ende September bei uns einging und weil die zur eingehenden Prüfung des Antrags erforder-

lichen Unterlagen dem Antrage in nicht genügendem Umfange beigegeben waren.

Das über den Inhalt des Kündigungs Schreibens hinausgehende Ansinnen des Antrages, die Erhöhung der Strompreise um 25 Prozent der Ansätze vor dem 1. April 1917 bereits vom 1. Oktober 1917 ab zu genehmigen, haben wir abgelehnt; dagegen haben wir uns bereit erklärt, wegen Genehmigung der Erhöhung vom 1. Januar 1918 ab in Verhandlungen einzutreten, sobald ausreichende Unterlagen beigebracht sein werden.

Stadtv. Braetisch gibt der Versammlung Kenntnis, daß er sich geweigert habe, den Zuschlag von 10 Prozent für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni nachzuzahlen. — Oberbürgermeister Bohlmann erwidert, daß diejenigen, die sich zu einer derartigen Zahlung geweigert hätten, im Rechte seien. — Auch Stadtv. Pinkus hat sich geweigert und in diesem Sinne an die D. E. W. geschrieben. Die Gesellschaft sei nur berechtigt vom 1. Oktober zum 1. Januar zu kündigen. — Oberbürgermeister Bohlmann erklärt auch diese Auffassung für richtig. — Stadtv. Albrich hält eine Aufklärung der Bürgerschaft in dieser Angelegenheit durch die Presse für erwünscht. Der Oberbürgermeister müsse den D. E. W. ordentlich den Standpunkt klar machen. — Oberbürgermeister Bohlmann erwidert, es stünde nichts im Wege, durch die Presse den Standpunkt des Magistrats bekannt zu geben, obwohl er es für ausreichend halte, wenn in der Stadtwerversammlungen die Sache zur Sprache kommt.

Die Wasserversorgung der Stadt Rattowitz.

Stadtv.-Vorsteher Grünfeld: Die Wasserversorgung der Stadt hat uns schon oft beschäftigt. Das Referat in dieser Angelegenheit hat eigentlich Stadtv. Pistorius, der sich in die Materie gründlich vertieft und sie vom fachmännischen Standpunkt bearbeitet hat. Die Stadt hat unter dem 24. September folgendes Schreiben an den Herrn Vorsitzenden des Preisausschusses des Landkreises Rattowitz, Herrn Landrat und Polizeipräsidenten Dr. Schwendy gerichtet:

„Seit längerer Zeit sind die Druckverhältnisse in unserem Wasserrohrnetz wieder wie im Februar und März d. Js. ganz unzureichend, sodaß die höheren Stockwerke im südlichen Stadtteile nicht nur stunden- sondern sogar tageweise ohne jede Wasserzufuhr sind. Der Wassermangel erstreckt sich zu gewissen Tagesstunden nunmehr auch auf die unteren Stockwerke des südlich der Staatseisenbahn gelegenen Stadtteils, was bisher nie der Fall war. Da der Wasserbedarf der Stadt Rattowitz zur Zeit keineswegs sehr groß ist, können wir eine Erklärung für die unzureichenden Druckverhältnisse nicht finden.

Wir bitten deshalb ergebenst um baldige Mitteilung, ob die ungünstigen Druckverhältnisse auf eine vermehrte Wasserlieferung an die Kriegsindustrie oder auf einen Mangel der Ergiebigkeit der Wassergewinnungsanlage auf Rosaliengrube bezw. auf eine ungenügende Leistungsfähigkeit der Wasserhebeanlage dortselbst zurückzuführen ist.

Wenn durch gemeinsame Maßnahmen des Land- und Stadtkreises Rattowitz eine Verbesserung der Wasserversorgung des südlichen Stadtteils ermöglicht werden könnte, bitten wir um gefällige Mitteilung, wir werden gerne in eine entsprechende Erörterung eintreten. Eine graphische Darstellung der Druckverhältnisse in den letzten Wochen werden wir in kurzem nachfolgen lassen“.

Auf dieses Schreiben hat der Kreisaußschuß des Landkreises Rattowik unter dem 4. Oktober folgende Antwort an den Magistrat der Stadt Rattowik gerichtet:

„Der Wassermangel, unter dem bedauerlicherweise die Stadt Rattowik leidet, macht sich auch in den Gemeinden des Landkreises fühlbar. Auch aus ihnen werden in steigendem Maße lebhaftest Klagen über Knappheit und, soweit es sich um hochgelegene Häuser handelt, über völligen Wassermangel laut. Die Kreisverwaltung ist zu ihrem lebhaften Bedauern nicht in der Lage, diesem Wassermangel abzuhelfen. Er ist lediglich eine Folge der ganz außergewöhnlich lang anhaltenden Dürre. Die Wasserergiebigkeit der Rosaliengrube, die früher etwa 25 000 Kubikmeter Wasser täglich förderte, und Ende Mai d. J. sogar an einzelnen Tagen über 30 000 Kubikmeter Wasser liefern konnte, ist seit dieser Zeit dauernd zurückgegangen. Im August gab die Rosaliengrube noch täglich durchschnittlich 21 000 Kubikmeter, jetzt ist die tägliche Leistung unter 21 000 Kubikmeter herabgesunken. Ich bemerke ausdrücklich, daß irgendwelche Betriebsstörungen nicht vorliegen. Sämtliche maschinellen Einrichtungen der Rosaliengrube sind in bester Ordnung. Zu der Verminderung der Wasserergiebigkeit tritt noch der Umstand hinzu, daß der Bedarf an Wasser sich im Laufe des Krieges erheblich gesteigert hat. Abgesehen davon, daß wegen der Dürre sehr viel Wasser zum Begießen der Gärten verbraucht wurde, benutzt die Industrie wegen der Knappheit der Schmiermittel jetzt in großem Umfange Wasser zum Kühlen der Maschinenlager und dergl.

Die Kreisverwaltung steht der Wasserknappheit machtlos gegenüber. Seit längerer Zeit schweben Erwägungen darüber, auf welchem Wege der Kreiswasserleitung vermehrtes Wasser zugeführt werden könnte. Diese Erwägungen haben zu dem Entschluß geführt, an einer Stelle in der Umgebung der Rosaliengrube, an der Bohrungen das Vorhandensein von Wasser wahrscheinlich gemacht haben, schleunigst einen Schacht niederzubringen und eine neue Pumpanlage zu schaffen. Daß diese Maßnahme unter den jetzigen Verhältnissen nicht mit der wünschenswerten Schnelligkeit durchgeführt werden kann, bedarf weiter keiner Erörterungen. Eine Besserung der Verhältnisse wird vorläufig also nur von reichlichen Niederschlägen zu erwarten sein, auf die in der jetzigen Jahreszeit ja wohl mit einiger Sicherheit gerechnet werden kann.

Schließlich darf ich noch besonders betonen, daß die Kreisverwaltung bemüht ist, das vorhandene Wasser möglichst gleichmäßig auf alle bezugsberechtigten Gemeinden, auch auf die Stadt Rattowik, zu verteilen. Es liegt mir fern, etwa die Stadt zugunsten der Gemeinden des Landkreises benachteiligen zu wollen.“
gez. Schwend.

Der Magistrat hat darauf an die Stadtverordneten-Versammlung ein Schreiben gerichtet, in welchem es u. a. heißt, daß unter diesen Umständen die fortgesetzten Bemühungen des Magistrats noch zu keinem Erfolge hätten führen können. Auf jeden Fall werde der Magistrat auch weiterhin bemüht sein, in der Wasserfrage möglichst bald Wandel zu schaffen und gemeinsam mit dem Kreisaußschuß einen Ausweg zu finden.

Oberbürgermeister Pohlmann: Es ist bedauerlich, daß zu allem Scherem, was uns die Kriegszeit auferlegt, noch der Wassermangel hinzugetreten ist. Der Wasserzufluß ist um ein Drittel zurückgegangen; die Gründe hierfür lassen sich nicht genau feststellen. Ich habe Veranlassung genommen, gelegentlich

einer Besprechung in Tppeln dem zuständigen Dezernenten die Verhältnisse zu schildern, und der Dezernent hat sich bereit erklärt, dem Herrn Regierungspräsidenten über die Angelegenheit Bericht zu erstatten. Abhilfe ist nicht von heute auf morgen zu schaffen, dazu sind vielmehr langjährige Arbeiten nötig. Es ist fraglich, ob es möglich ist, den Wasserverbrauch einzuschränken. Wir werden in dieser Richtung bei dem Landkreis und dem Herrn Regierungspräsidenten hinzuwirken suchen. Andererseits muß auch bei uns am Wasserverbrauch gearbeitet werden, doch fragt es sich, ob die Ersparnis uns auch wirklich zugute kommt. Das ist eine Reihe technischer Fragen, die nicht so leicht zu lösen sind. Wir müssen die Bürgerschaft bitten, Geduld zu haben. Wir sind durch die Kriegsereignisse und die Trockenheit der Moseliengrube in diese schwierige Lage gekommen. Wir werden bei allen Instanzen energisch darauf hinwirken, daß in der Wasserversorgung unserer Stadt eine Besserung eintritt.

Stadtv.-Vorsteher Grünfeld: Die Lage ist trostlos. Trotz der starken Niederschläge der letzten Tage hat sich noch keine Besserung bemerkbar gemacht. Wir bitten den Magistrat, die Sache ganz energisch in die Hand zu nehmen und ganz energische Maßnahmen zu treffen, um gemeinsam mit dem Kreisaußschuß das Uebel zu beseitigen.

Stadtv. Kraemer ist der Ansicht, daß bei einer Wasserersparnis der Bürgerschaft nicht einzusehen sei, sondern bei einer Ersparnis durch die Industrie. Die Industrie müsse das Wasser zu Nütz Zwecken etc. möglichst aus Teichen nehmen.

Stadtrat Ruoff hält es für ganz normal, daß die Niederschläge der letzten Tage noch zu keiner Besserung geführt haben. Das dauere mindestens drei bis vier Monate, da die Geschwindigkeit des Grundwassers eine sehr geringe sei.

Stadtv.-Vorsteher Grünfeld richtet nochmals die Bitte an den Magistrat, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um Abhilfe zu schaffen.

Die Kartoffel- und Krautversorgung der Stadt Rattowig.

Oberbürgermeister Wohlmann: Ich sehe mich veranlaßt, einige Mitteilungen über die Kartoffel- und Krautversorgung zu machen. Erfreulich sind diese Mitteilungen nicht, aber es muß Klarheit sein. Aus dem Kreise Falkenberg waren uns 76 000 Zentner Kartoffeln zugesagt, geliefert wurden jedoch nur 31 000; der Kreis Meisse hatte uns 38 000 Zentner zugesagt und hat diesen Betrag auch voll geliefert; der Kreis Pleß, der uns 37 000 Zentner zugesagt hatte, hat uns dagegen nur 2700 Zentner geliefert. Unter diesen Umständen entschlossen wir uns, nach Berlin zu fahren, zwei Landräte und ich. Bei der Reichskartoffelstelle wurde uns gesagt, daß uns von anderen Provinzen 20 000 Zentner Kartoffeln zugehen würden. Mit diesem Bescheide fuhren wir zufrieden nach Hause. Es wurde uns sodann eine weitere Besprechung in der Kartoffelfrage in Aussicht gestellt, die erst am vergangenen Freitag stattgefunden hat. Es wurde uns gesagt, daß die Provinz Schlesten alles, was sie brauche, selbst aufbringen müsse. Das war ein ganz anderes Bild. Schon heute vor acht Tagen habe ich mich an die Provinzial-Kartoffelstelle gewendet und habe erreicht, daß uns vom Kreis Meisse noch weitere 10 000 Zentner und vom Kreis Militsch 7000 Zentner in Aussicht gestellt wurden. Auch der Kreis Groß-Strehlitz sollte uns etwas liefern, doch erklärte

der Kreis, nichts liefern zu können. Um die Transportchwierigkeiten nach Möglichkeit zu beseitigen, haben wir uns an sämtliche zuständigen Stellen, z. B. an das Generalkommando und die Eisenbahndirektion Rattowitz, gewandt. Da der Kreis Reiffe voraussichtlich liefern wird, so besteht die Hoffnung, daß wir die zum notwendigsten Gebrauch uns fehlenden 20 000 Zentner erhalten werden. Da wir, wie schon gesagt, in der Transportfrage alles getan haben, um eine glatte Heranschaffung zu bewerkstelligen, so bleibt uns nur übrig, zu hoffen, daß das Wetter nicht unslägi und wir frühzeitig Frost bekommen, sonst würden wir nicht rechtzeitig eingedeckt sein und müßten an unsere eingemieteten Vorräte herangehen. Ich bitte die Bürgerschaft, auch soweit sie bereits eingedeckt ist, an die Streckung der Kartoffeln mit Erdrüben heranzugehen.

Die Krautversorgung ist beinahe noch trüber wie die Kartoffelversorgung. Wir hatten eine Anmeldung von 12 000 Zentnern, wobei zu berücksichtigen ist, daß wir die Bürgerschaft bereits mit Frühkraut versorgt hatten. Von den vorgeesehenen 12 000 Zentnern konnten wir uns leider nur 1900 Zentner verschaffen und verteilen. Das liegt daran, daß Ende September eine Verfügung erschien, durch welche der Krautbezug für einige Kreise gesperrt wurde. Wir haben uns bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst bemüht, aber wir wurden vertröstet mit Rübenkraut. Hoffentlich erweist sich dieses von so guter Qualität, wie uns gesagt wurde. Wir haben versucht, außerhalb der Provinz Kraut zu bekommen, aber ob wir welches erhalten, ist zweifelhaft. Wir scheuen keine Mühe und sparen auch nicht mit Geld, um die Krautversorgung zu bessern.

Es folgt nunmehr die Erledigung der eigentlichen Tagesordnung:

Für außerordentliche Arbeiten bei der Steuerverwaltung wird der betreffende Titel des Haushaltsplanes um 1087 Mark verstärkt.

Es wird beschloffen, die Erhebung der Gemeindesteuern nach dem fingierten Staatssteuersatz von 4 Mark für die Zeit vom 1. Oktober 1917 bis zum 31. März 1918 fortfallen zu lassen. Es handelt sich hierbei um Zensiten mit einem Einkommen von 660 bis 900 Mark mit Ausnahme der Beamten und Forensen. Es hat sich herausgestellt, daß eine große Anzahl der genannten Zensiten infolge der Kriegslage nicht mehr in der Lage ist, seine Steuern zu bezahlen. Die sehr zahlreichen schriftlichen Eingaben und Anträge derselben hatten zu einem immer mehr anwachsenden Schriftverkehr geführt. Durch den nunmehr beschlossenen Fortfall der Erhebung wird ein Ausfall von 20 000 Mark entstehen. Vorberatungsausschuß und Magistrat hatten sich in dieser Frage geeinigt.

Der Verein für Kunst und Wissenschaft hatte bisher von der Stadt eine jährliche Beihilfe von 500 Mark erhalten. Da der Verein aber in diesem Jahre besonders hohe Unkosten zu bestreiten hat, so hatte er bei dem Magistrat den Antrag gestellt, die Summe auf 1000 Mark zu erhöhen. Der Magistrat wollte seinerseits sogar 1500 Mark geben, der Vorberatungsausschuß entließ sich jedoch für Zahlung von 1000 Mark. Das Plenum schließt sich der Entscheidung des Vorberatungsausschusses an und bewilligt die Summe von 1000 Mark.

Es liegt sodann der Antrag vor, sich an den Kosten einer Reise der Herren Stadtbaurat Delsner, Kreisarzt Dr. Halben

und Dr. Brud zur Besichtigung von Kinderkrankenhäusern zu beteiligen. Der Magistrat hatte sich auf den Standpunkt gestellt, der Kreisausschuß solle $\frac{3}{4}$ der entstehenden Kosten übernehmen, und die Stadt solle $\frac{1}{4}$ übernehmen, jedoch nur bis zum Betrage von 1000 Mark.

Stadtv. Dr. Hoffmann bittet, die Grenze von 1000 Mk. fallen zu lassen, da die Reise sich weiter ausdehne als von vornherein angenommen wurde. — Stadtv. Pinkus hält den Betrag für geringsfügig im Vergleich zu der Bedeutung der Sache und bittet gleichfalls, keine Beschränkung der Summe vornehmen zu wollen. — In dem gleichen Sinne spricht sich auch Stadtv. Brauer aus. — Die Versammlung stellt sich bei der Abstimmung auf den Standpunkt des Vorberatungsausschusses und bewilligt eine Summe bis zu $\frac{1}{4}$ der entstehenden Kosten.

Die Schreibgebühren für die Schulleiter der Volksschulen und der Hilfschulen werden vom 1. Oktober ab von jährlich 100 auf jährlich 200 Mark erhöht.

Bewilligung von Liebesgaben.

Es liegt der Antrag vor zur Bewilligung von Mitteln zur Verabfolgung von Liebesgaben an die zu den Fahnen einberufenen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Wie der Referent, Stadtv. Ubrich, mitteilt, sind im vorigen Jahr 2000 Mark für den gleichen Zweck bewilligt worden. Der Magistrat hat beschlossen, in diesem Jahre die Summe von 3000 Mark auszuwerfen. Der Vorberatungsausschuß hat sich damit einverstanden erklärt mit der Mahgabe, daß von dieser Summe 1500 Mark dem Zentralhilfsfonds zugeführt werden. Das Plenum stellt sich auf den gleichen Standpunkt und bewilligt im übrigen die 3000 Mark.

Wahlen.

Zum Schiedsmann des 2. Bezirks wurde Bezirkschornsteinschornsteingemeister Koch wiedergewählt. Neugewählt wird Direktor Scholz zum stellb. Schiedsmann des 1. Bezirks und Gastwirt Emil Wanjura zum Mitglied der Steuerverwaltung.

Auslosung von Anleihecheinen.

Es folgt die Auslosung von 31 Anleihecheinen über insgesamt 38 000 Mark aus der Anleihe 1887/88 durch Stadtv.-Vorsteher Grünfeld. Es werden ausgelost: 4 Stück zu 5000 Mark, und zwar die Nummern 15, 76, 61, 32; 3 Stück zu 2000 Mark, und zwar die Nummern 31, 68, 71; 24 Stück zu 500 Mark, und zwar die Nummern 164, 321, 560, 350, 339, 351, 583, 259, 470, 3, 136, 556, 145, 149, 529, 649, 634, 648, 360, 672, 135, 411, 43, 650.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung werden auf die anschließende geheime Sitzung verlegt.

Schluß der öffentlichen Sitzung kurz vor 7 Uhr. v. M.

Donnerstag, den 20. Dezember 1917, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Beschlußfassung über den Druck des Haushaltsplanes für 1918.
3. Ankauf der Grabstelle des Bürgermeisters Rippell.
4. Bewilligung von Mitteln für eine Umdruckmaschine.
5. Gewährung einer Vermittlungsprovision für den Verkauf des Grundstücks Blatt Nr. 315, Heinkelstraße.
6. Erhöhung der Beihilfe für den Verein für Kunst und Wissenschaft.
7. Erhöhung der Unterstützung für den Invaliden Suprina.
8. Abrechnung mit dem Theaterdirektor für die Spielzeit 1916/17.
9. Gewährung von Feuerungszulagen an die Theaterangestellten und Erhöhung der Theater Eintrittspreise bei Operettenvorstellungen.
10. Beschlußfassung über Ausübung oder Nichtausübung des Kündigungsrechts gegenüber dem Theaterdirektor.
11. Erhöhung der Beihilfe für Musikdirektor Gumpert.
12. Antrag der D. G. B. auf Erhöhung der Preise für elektrischen Strom.
13. Wahl eines Schiedsmanns und eines Stellvertreters für den Bezirk II.
14. Wahl eines Mitgliedes und eines Stellvertreters für das Baugewerkschulratorium.
15. Wahl der Mitglieder für das Kuratorium des Lyzeums.
16. Abfindung des Polizeifergeanten Stöckmann aus Anlaß des Uebertritts in den Staatsdienst.
17. Weitergewährung der den städtischen Beamten gewährten, über die staatlichen Grundzüge hinausgehenden Feuerungszulage.
18. Gewährung einer Beihilfe an einen Beamten.
19. Regulierung von Haftpflichtschäden.
20. Nachbewilligung von Sandarmenkosten für das Jahr 1917.
21. Beförderung von Beamten und Gewährung einer Zulage an einen Beamten.
22. Festsetzung der Witwen- und Waisengeldbezüge für die Hinterbliebenen des Vollziehungsbeamten Grzessek.
23. Dringlichkeitsantrag des Magistrats betreffend Gewährung von einmaligen Zulagen an die Beamten und Angestellten nach den staatlichen Grundzügen.
24. Dringlichkeitsantrag des Magistrats betreffend Erhöhung des Einkommens der Stadtchwestern.

Anwesend sind:

Vom Magistrat: Oberbürgermeister Pohlmann und die Stadträte Ruoff, Delsner, Leu und Guttmann.

Von den Stadtverordneten die Herren: Grünfeld, Bistorius, Banjura, Borinski, Herrmann, Kraemer, Trauer, Woytinek, Braetich, Matschinski, Rudzinski, Rubis, Selonet, Wüsch, Bokorny, Klimanek, Albrich, Schalscha, Müller II, Gentawer, Dr. Hoffmann, Weigmann, Boehm, Siminna, Dr. Breiß, Grieser.

Entschuldigt fehlen die Herren: Trupke, Winkus, Vogel, Drees, Junge und die im Felde stehenden Herren.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld eröffnet kurz nach 5 Uhr die Versammlung.

Mitteilungen.

Die Revisionsberichte der städtischen Sparkasse von Oktober und November und ebenso die Rechnungsprüfungen vom Oktober haben zu keinerlei Einprüchen Anlaß gegeben und werden zur Einsicht vorgelegt. — Es liegt eine Einladung des hiesigen Referde-Lazarets zu einer am Sonnabend, den 22. d. Mts. statt-

findenden Weihnachtsfeier vor. Stadtv.-Vorsteher Grünfeld bittet, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Der gegenwärtige Stand der Lebensmittelversorgung.

Oberbürgermeister Bohlmann: Es ist angebracht, daß ich am Jahreschlusse einen Bericht über die Lebensmittelversorgung der Stadt gebe:

Die Kartoffel-Versorgung ist bis Anfang März sichergestellt. Vor Beginn des Januar brauchen die Mieten nicht geöffnet zu werden, da genügender Vorrat bei den Händlern vorhanden ist. Die Kartoffelzuweisung ist allerdings gering. Eine Erhöhung der Kartoffelzuweisung für die Person, kann nicht erwartet werden. Es werden deshalb auch an diejenigen, welche ihre Kartoffelvorräte vorzeitig verbrauchen, Kartoffeln nicht nachgeliefert werden. Zur Verstärkung der Kartoffelzuweisung und als Ersatz für zuviel verbrauchte Kartoffeln werden Erdrüben geliefert. Von den Erdrüben liegt noch ein Vorrat bei den Händlern. Außerdem sind 9000 Zentner eingemietet.

Die Kraut-Versorgung ist ebenfalls durchgeführt. Wenngleich alle Wünsche nicht befriedigt werden konnten, immerhin hat jede Familie rund einen Zentner erhalten können. Die Fleischversorgung geht nunmehr regelmäßig, ebenso die Fettversorgung, nachdem wir auf die Mängel der Fettversorgung an zuständiger Stelle hingewiesen haben. Die Milchversorgung hat voraussichtlich ihren Tiefstand erreicht, während die Mehlerversorgung ihren geregelten Gang geht. Vom 15. Januar 1918 setzen die Zuweisungen an Nährmitteln ein, die, soweit zu übersehen ist, reichlich sein werden.

Nach all dem dürfen wir hoffen, daß wir den Rest des Winters und den Beginn des Frühjahr bis zur Lieferung von Frühgemüse usw. überstehen werden, vorausgesetzt, daß sich nicht Zwischenfälle und Ueberraschungen ergeben. Die Kohlenversorgung der Stadt ist sichergestellt und ebenso dürfen wir erwarten, daß die Gasversorgung keine Störung erfährt.

Die Versammlung schreitet nunmehr zur Erledigung der eigentlichen Tagesordnung.

Kleine Vorlagen.

Von einer Druckfassung des Haushaltsplanes 1918 soll auf Wunsch des Magistrats und des Vorberatungsausschusses mit Rücksicht auf die hohen Kosten, die sich auf etwa 4000 Mark belaufen würden, abgesehen werden. — Der Magistrat hat zur Weitererwerbung der Grabstelle des Bürgermeisters Rüppell die Summe von 30 Mark verausgabt. Diese Ausgabe wird nachträglich genehmigt. — Für eine Umdruckmaschine und den dazu gehörigen Stein wird eine Summe von 1226 Mark bewilligt. — Der Magistrat beantragt, an den Kaufmann Bauer eine Vermittlungsprovision von 200 Mark für den Verkauf des Grundstücks Blatt Nr. 315, Heinkelstraße zu gewähren. In der Begründung wird ausdrücklich gesagt, daß eine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung einer Provision nicht bestehe, die Provision vielmehr lediglich als Entgelt für die von Herrn Bauer der Gartenbaubewirtschaft geleisteten besonderen Dienste anzusehen sei. — Stadtv. Kubitz bittet um Ablehnung der Vorlage, weil Herr Bauer beim Abschluß des Verkaufes teilweise im eigenen Interesse gehandelt habe. — Stadtbaurat Delsner bestreitet, daß ein eigenes Interesse des Herrn Bauer vorgelegen habe und bittet um Bewilligung der 200 Mark. — Bei der Abstimmung wird der Magistratsantrag abgelehnt.

Ueber den nächsten Punkt „Erhöhung der Beihilfe für den Verein für Kunst und Wissenschaft“ referiert Stadtv. Dr. Hoffmann. Derselbe Antrag hat schon vor einigen Wochen vorgelegen; damals wurden 1000 Mark bewilligt. Der Magistrat ist jedoch der Ansicht, daß eine Summe von 1500 Mark angebracht sei. Der Vorberatungsausschuß steht jedoch auf dem Standpunkt, daß, wenn der Verein mehr Gelder braucht, er sie sich durch Erhöhung der Beiträge verschaffen solle und stellt deshalb den Antrag, es bei dem Zuschuß von 1000 Mark zu belassen.

Oberbürgermeister Pohlmann weist darauf hin, daß die Ausgaben der Stadt für kulturelle Zwecke nur sehr gering seien. Die Stadt müsse sich daran gewöhnen, für solche Zwecke mehr Gelder auszugeben im Interesse der gesellschaftlichen Unterhaltung. Die wenigen Vorträge reichten nicht aus, ebenso sei die Bibliothek unvollkommen.

Stadtv. Siminna: Ich kann mich den Worten des Herrn Oberbürgermeisters nur anschließen. Ergänzend möchte ich noch erwähnen, daß der „Verein für Kunst und Wissenschaft“ aus dem „Gewerbe-Verein“ hervorgegangen ist, der sich besondere Verdienste um die Hebung der Stadt in geistiger Beziehung erworben hat. Wir haben eine gewisse Verpflichtung, den Verein auch in seiner neuen Gestalt zu unterstützen, und ich bitte daher, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Stadtv. Dr. Hoffmann stellt an Hand des Aktenmaterials fest, daß der damalige „Gewerbe-Verein“ im Jahre 1903 von der Stadt einen Zuschuß von nur 300 Mark bekommen habe, trotzdem er keinen glänzenden Stand hatte. — Oberbürgermeister Pohlmann tritt für den Standpunkt des Magistrats ein, ebenso Stadtv. Kubiz, der noch besonders darauf hinweist, daß es schwierig sei, geeignete Kräfte heranzubekommen, und daß die Kosten erheblich größer seien als früher und selbst als im vorigen Jahre, wo man z. B. nur einfache Eisenbahnfahrpreise bezahlen brauchte. — Oberbürgermeister Pohlmann bemerkt, daß der Verein früher einen Zuschuß von 1000 Mark vom Oberpräsidenten erhalten habe, der aber jetzt fort falle. — Referent Dr. Hoffmann stellt auf Anregung des Stadtv. Pistorius fest, daß die Einnahmen des „Vereins für Kunst und Wissenschaft“ nur gering seien. — Stadtv. Borinski: Ausgaben für kulturelle Zwecke sind gut, aber sie müssen von Einzelnen getragen werden. Es ist auch gut, wenn die Stadt etwas dafür tut, aber nicht in diesem Jahre. In Zukunft können wir die Mittel bewilligen, vorläufig aber wird sich der Verein mit einer Erhöhung seiner Mitgliederbeiträge behelfen müssen.

Auch Stadtv. Ulrich spricht sich gegen eine Erhöhung aus, während Stadtv. Brauer eine Erhöhung nur für dieses Jahr bewilligen will. — Stadtv. Pistorius bemerkt, daß der Zuschuß der Stadt die größte Einnahme des Vereins sei. Die Zahl der Interessenten an dem Verein sei leider nur gering, und es sei dringend nötig, die Werbetrommel für den Verein zu rühren. — Stadtrat Guttman erwidert, daß die Mitgliederbeiträge herabgesetzt worden seien, die Mitgliederzahl jedoch größer sei, als Herr Pistorius glaube. Die Vorträge seien gut besucht, aber die Kosten seien sehr hoch. — Referent Dr. Hoffmann: Es ist mir schwer, gegen die Erhöhung zu sprechen, was ich pflichtgemäß als Referent des Vorberatungsausschusses tun muß. Wenn ich Sie also bitte, dem Beschlusse des Vorberatungsausschusses zuzustimmen, so geschieht dies nur mit halbem Herzen.

Bei der sich anschließenden Abstimmung wird der Antrag des Magistrats auf Zahlung eines Zuschusses von 1500 Mark angenommen.

Die Unterstützung für den Inbaliden Suprina wird von 20 auf 30 Mark erhöht.

Der nächste Punkt betrifft die

Abrechnung mit dem Theaterdirektor für die Spielzeit 1916/17.

Wie der Referent Stadtv. Wanjura mitteilt, ist das Ergebnis ein sehr erfreuliches, und es steht zu wünschen, daß auch die weiteren Spielzeiten finanziell ebenso günstig verlaufen mögen.

Der Ueberschuß der Spielzeit 1916/17 beträgt nach verschiedenen Abzügen 9063 Mark. Der Theaterausschuß hat diese Abrechnung mit Ausnahme einiger geringfügiger Ausstellungen anerkannt, ebenso der Vorberatungsausschuß. Das Plenum schließt sich dem an.

Feuerungszulagen an die Theaterangestellten und Erhöhung der Theater-Eintrittspreise bei Operettenvorstellungen.

Ueber diese Vorlage und gleichzeitig über die Vorlage betr. Erhöhung der Beihilfe für Musikdirektor Gumpert referiert Stadtv. Brauer, welcher etwa folgendes ausführt:

Die Angestellten des Stadttheaters haben durch ihren Obmann Herrn Minnich am 31. 10. ein Schreiben an den Magistrat gerichtet, worin sie aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen um eine Feuerungszulage bitten. Der Magistrat hatte zunächst diesen Antrag zurückgewiesen, weil die Bezahlung der Theaterangestellten Sache des Theater-Direktors sei, und hatte das Schreiben an Herrn Direktor Wischa-Raul weitergegeben. Direktor Wischa hatte seinerseits am 3. November ein Schreiben an den Magistrat gerichtet, worin er betonte, daß er seinen Vagenerat von 12 000 Mark bereits überschritten habe, andererseits aber anerkenne, daß die Lebensverhältnisse tatsächlich sehr teuer seien, und er zur Zahlung von Feuerungszulagen bereit sei, wenn auch sein direktoriales Einkommen durch die Stadt erhöht werde. Die Angelegenheit kam sodann zu verschiedenen Malen im Magistrat, Theaterausschuß und Vorberatungsausschuß zur Sprache, und es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, die dann aber wiederholt abgeändert wurden. Schließlich einigte man sich auf folgende Formel:

„Die Eintrittspreise für Operettenvorstellungen werden für die Spielzeit 1917/18 für Logen, Parkett und 1. Rang um 50 Pfennig, für 2. Rang um 30 Pfennig erhöht, unter der Bedingung, daß durch Herrn Direktor Wischa-Raul eine angemessene Erhöhung der Bezüge der Theaterangestellten und des Musikdirektors Gumpert vom 1. Dezember 1917 ab erfolgt. Die Erhöhung der Bezüge soll jedoch nicht in das freie Belieben des Theaterdirektors gestellt sein, sondern nach vorherigem Meinungsaustausch mit dem Oberbürgermeister und dem Dezernenten Stadtrat Guttmann erfolgen“.

In der Angelegenheit Gumpert hat der Vorberatungsausschuß beschlossen, eine Summe von 2000 Mark für die Spielzeit 1917/18 zu bewilligen; diese Summe soll aber nicht für Herrn Gumpert allein, sondern für die ganze Kapelle Verwendung finden.

Oberbürgermeister Pohlmann: Der Magistrat erklärt sich mit den Beschlüssen des Vorberatungsausschusses einverstanden.

den. Auch das Plenum stimmt diesen Beschlüssen zu.

Der nächste Punkt betrifft die Beschlussfassung über Ausübung oder Nichtausübung des Kündigungsrechtes gegenüber dem Theaterdirektor. — Referent Stadtv. Pistorius führt hierzu folgendes aus: Der Theaterdirektor hat gegenüber der Stadt verschiedene Verpflichtungen, denen er entsprochen hat; es kommt also eine Kündigung nicht in Frage. Im Vorbereitungsausschuß ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß in größerer Zahl als bisher Aufführungen von Schauspielen, Lustspielen und Klassikern erfolgen möchten. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß gerade das mittlere Publikum in der pekuniären Lage sei, das Theater häufiger zu besuchen und es nicht sei, auf diese Kreise erzieherisch einzuwirken. Deshalb wurde der Wunsch laut, der Theaterdirektor möge möglichst häufig Schauspiele und Klassiker aufführen und auch mehr Gastspiele einrichten. Ferner wurde besonders betont, daß der Stadt Kattowitz die klassische Musik nicht eröffnet werden könne, wir also umsomehr die Pflicht haben, wenigstens das klassische Schauspiel zu pflegen. Der Vorbereitungsausschuß hat daraufhin beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, daß wöchentlich drei Schau- oder Lustspielaufführungen angelegt werden und daß Gastspiele in früherem Umfange stattfinden. Die Einnahmen werden in diesem Falle vielleicht zurückgehen, aber die Stadt legt nicht den Hauptwert auf eine große Einnahme.

Oberbürgermeister Pohlmann: Wir sind mit diesem Beschlusse des Vorbereitungsausschusses einverstanden. Daß unser Stadttheater heute noch eine moralische Anstalt im Sinne der Schillerischen Auffassung ist, kann man nicht behaupten, aber wir hatten uns entschlossen, die Angelegenheit vorläufig ruhen zu lassen und hatten im Theaterausschuß daher die Frage nicht berührt. In Wirklichkeit kostet unser Theater einen erheblichen Zuschuß, und der vorher erwähnte Ueberschuß ist lediglich rechnerischer Natur. Wir wollten aber diesen rechnerischen Ueberschuß uns nicht entgehen lassen, weil später große Ausgaben bevorstehen, z. B. für den Bau eines Kulissenhauses. Nachdem nun der Vorbereitungsausschuß die Angelegenheit angechnitten hat, werden wir dieselbe in die Hand nehmen.

Stadtv. Dr. Preiß: Die Ansichten des Stadtv. Pistorius werden von vielen Kreisen der Stadt geteilt. Wir kommen damit wieder auf die Frage:

„Kulturtheater oder Geschäftstheater“?

Die schlechten Erfahrungen, die wir jetzt machen, sind auch in anderen Städten, z. B. in Breslau, zu Tage getreten. Da jetzt ein direkter Theaterhunger besteht, so glaube ich, daß der Besuch auch dann noch rege sein wird, wenn das Schauspiel stärker berücksichtigt wird. In der Bürgerchaft sind jedoch noch andere Wünsche betreffs des Theaters laut geworden. Sie alle werden die Erfahrung gemacht haben, daß

vor unser Theaterkasse Polonäen.

stattfinden. Man kann telephonisch keine Billets bestellen, und vor der Kasse ist der Andrang so groß, daß es nicht möglich ist, dort stundenlang zu stehen. Darüber herrscht Unwillen im Publikum. Es kommt hinzu, daß das auswärtige Publikum erklärt, daß es heute nur unter großen Schwierigkeiten möglich sei, ein Billett für das Kattowitzer Stadttheater zu bekommen. Wir

haben das Theater i. Zt. nicht nur für uns, sondern auch für das auswärtige Publikum gebaut; wenn wir auch heute das auswärtige Publikum nicht brauchen, so doch vielleicht in Zukunft. Deshalb ist es vielleicht ganz angebracht, daß in der Stadt Stellen geschaffen werden, wo man die Billetts bekommen kann. Ich bitte, eine solche Einrichtung eventl. in Erwägung zu ziehen. — Stadtv. Kubiś: Dem Beschluß des Vorberatungsausschusses können wir nur zustimmen. Sie können überzeugt sein, daß damit der richtige Ausweg gefunden worden ist. Ich bitte Sie, diesem Beschlusse zuzustimmen. — Stadtv. Griesse ist gleichfalls über den Beschluß erfreut und bezeichnet ihn als einen Fortschritt. Der Nebner empfiehlt sodann die Einrichtung von vollständigsten Vorstellungen zu kleinen Preisen für die minderbemittelten Kreise der Stadt. Gerade

in den Schauspielen ertönt oft unmotiviertes Lachen, und man ist geradezu empört, daß so etwas vorkommen kann; es zeigt sich darin das Niveau des Publikums. Das Publikum muß erzogen werden, dann werden solche Szenen nicht mehr vorkommen. — Auch Stadtv. Pistorius hält den Vorschlag auf Errichtung vollständiger Vorstellungen zu kleinen Preisen für sehr beachtenswert. — Stadtrat Guttman: Die Polonäsen werden z. Zt. nicht zu vermeiden sein; wir werden versuchen, ob wir den Billettverkauf anders regeln können. Telephonische Billettbestellungen werden angenommen, der Direktor ist dazu verpflichtet und er tut es auch.

Damit schließt die Debatte über die verschiedenen Theaterangelegenheiten.

Antrag der D. E. W. auf Erhöhung der Preise für elektrischen Strom.

Referent Stadtv. Borinski gibt zunächst einen eingehenden Ueberblick über die Entwicklung der ganzen Angelegenheit. Es besteht bekanntlich ein Stromlieferungsvertrag zwischen der Stadt Kattowitz und den D. E. W. vom Jahre 1898. Zu diesem Vertrage sind im Laufe der Zeit bereits 5 Nachträge gemacht worden, zu denen jetzt noch ein 6. hinzutreten soll. Die D. E. W. stellen die Forderung, vom 1. Januar 1918 ab den 10 Prozent Kriegszuschlag auf 20 Prozent zu erhöhen. Der Magistrat verpflichtet seinerseits die D. E. W., den Strom nach dem Tarif abzugeben, welchen sich der Abnehmer aussucht. Dieser Beschluß ist dem Vorberatungsausschuß unterbreitet worden, welcher noch den Zusatz gemacht hat, daß, soweit Verträge vorhanden sind, welche höhere Zuschläge als 20 Prozent aufweisen, diese auf 20 Prozent berichtigt werden sollen. Die D. E. W. haben sich gegen die Auswahl der Art des Tarifes durch den Abnehmer ausgesprochen. Es fanden weitere Besprechungen statt, die aber ein negatives Resultat hatten. Der Vorberatungsausschuß hat darauf am 19. Dezember beschlossen, den im § 1 der im 5. Nachtrage vom 19. September d. Zs. ausgesprochenen Kriegszuschlag von 10 Prozent vom 1. Januar 1918 ab auf 20 Prozent zu erhöhen. Die Verträge, bei denen höhere Zuschläge in Rechnung gesetzt sind, sollen entsprechend berichtigt werden. Die Forderung, daß die Auswahl des Tarifes durch den Abnehmer erfolgen solle, hat der Vorberatungsausschuß dagegen fallen lassen. Der Vertrag soll ein Jahr nach Friedensschluß, spätestens aber bis zum 1. April 1920, Geltung haben.

Stadtv. Boehm bedauert, daß die D. E. W. schon wieder

mit einer Preiserhöhung an die Stadt herangetreten sind. Der Kern der Sache sei der, daß die D. E. W. die Pauschalsätze abschaffen wollen; dagegen müsse die Stadt Front machen. Die D. E. W. werden auf dem Satz von 40 M bestehen, und wer sich einigen wolle, dem werde einfach der Strom gesperrt werden. Es muß auch in Zukunft die freie Wahl gestattet sein, ob man den Strom nach Pauschalsatz oder nach Zähler abnehmen will. — Nachdem Referent Stadtv. Borinski noch einige aufklärende Mitteilungen über das Vertragsverhältnis zwischen Stadt und D. E. W. gemacht hat, bemerkt Stadtv. Pistorius, daß bei der letzten Strompreiserhöhung die erhöhten Gebühren von den D. E. W. nicht nur von dem Tage an erhoben worden seien, an welchem sie nach dem Beschluß der Stadtverordneten = Versammlung fällig waren, sondern schon vorher. Darin liege eine Ausnutzung der Unkenntnis der Bürgerschaft und eine solche Handlungsweise sei nicht fair. Ich möchte nun nicht, daß bei einer neuen Erhöhung wieder eine Schädigung der Bürgerschaft eintritt. — Oberbürgermeister Pohlmann erklärt, daß der höhere Preis eintrete, so wie die Erhöhung beschlossen sei. Der einzelne Verbraucher müsse sich den erhöhten Zuschlägen fügen. Nur dann, wenn die Bezahlung des höheren Tarifes verweigert werde, seien die D. E. W. berechtigt, die Stromlieferung zu versagen.

Nachdem noch die Herren Stadtv. Ratschinsky, Borinski und Oberbürgermeister Pohlmann zur Sache gesprochen haben, wird der Antrag des Vorberatungsausschusses einstimmig angenommen. Danach ist also die Stadt bereit, einen Kriegszuschlag von 20 Prozent vom 1. Januar 1918 ab zu zahlen. Auch bei Pauschalabnehmern kann nur dieser Zuschlag zu dem besonderen Pauschaltarif erhoben werden.

Weitere kleine Vorfälle.

Da Schornsteinfegermeister Koch aus Gesundheitsrücksichten die Wahl zum Schiedsmannt abgelehnt hat, wird an seine Stelle Mittelschullektor Braun gewählt: zum Schiedsmannt-Stellvertreter wird Lehrer Rink gewählt. — In das Baugewerkschulturnatorium wird Stadtv. Rudzinski, in das Ruratorium des Gymnasiums die Stadtv. Drees, Pinkus und Albrich gewählt. — An den Polizeiergeanten Stöckmann wird aus Anlaß seines Uebertritts in den Staatsdienst eine Abfindungssumme von 1500 M bewilligt.

Weitergewährung der Teuerungszulagen an städtische Beamte.

Die den städtischen Beamten gewährten, über die staatlichen Grundsätze hinausgehenden Teuerungszulagen waren ursprünglich für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1917 bewilligt worden. Die Versammlung beschließt, diese Zulagen auf so lange Zeit weiter zu bewilligen, als Kriegsbeihilfen gezahlt werden.

Zur Regulierung von Haftpflischäden werden 3441 M bewilligt: davon sind 1000 M durch Versicherung gedeckt, den Rest muß der Magistrat bezahlen. — Für das Jahr 1917 werden Vandalenkosten in Höhe von 14 292 M nachbewilligt.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 7 Uhr.

Die Punkte 18, 21, 22, 23 und 24 werden in geheimer Sitzung beraten.

Einem Beamten wird zu den Kosten einer Krankheit eine Beihilfe von 400 M bewilligt. — Oberassistent Pasdziernik wird zum Magistratssekretär, Assistent Sain zum Ober-

assistenten befördert. Oberassistent Jutsch erhält eine persönliche Zulage von 300 M. — Das Witwen- und Waisengeld für die Hinterbliebenen des Vollziehungsbeamten Grzesiek wird antragsgemäß festgesetzt. — Die Stadtschwestern sollen vom 1. Oktober 1917 ab nach Gruppe 12 des Besoldungsplanes besoldet werden, außerdem wird die Teuerungszulage von 20 M auf 30 M monatlich erhöht werden. — Den Beamten und Angestellten werden einmalige Teuerungszulagen nach den staatlichen Grundsätzen bewilligt.

v. M.

Kommunaler Jahresrückblick.

Am Ende eines Jahres pflegt man zurückzublicken und die Bilanz dessen zu ziehen, was es einem gebracht hat, sei es an geschäftlichem Gewinn, sei es an rein menschlichen, persönlichen Eindrücken. Spielen so die Ereignisse eines Jahres schon im Leben des einzelnen Menschen eine wichtige Rolle, um wieviel bedeutungsvoller ist ihr Einfluß auf das Leben und die Entwicklung einer Kommune. Ungezählte Aufgaben treten an eine Stadtverwaltung heran, zahllose Fragen aus den verschiedensten Gebieten bedürfen der Lösung und Entscheidung. Die Kriegsverhältnisse haben das Arbeitsgebiet der Kommune noch bedeutend erweitert und erfordern fast täglich neue organisatorische Maßnahmen und wichtige Entscheidungen. Auch das Jahr 1917 ist reich an Arbeit gewesen und hat die Kräfte unserer städtischen Beamten und Angestellten voll und ganz in Anspruch genommen. Am deutlichsten spiegeln sich die kommunalen Ereignisse wider in den Beschlüssen des Stadtparlaments, das ja die volle Verantwortung für alle Maßnahmen des kommunalen Lebens trägt. In folgendem seien daher die wichtigsten Vorkommnisse und Beschlüsse aus den Stadtverordneten-Versammlungen des verflossenen Jahres in chronologischer Reihenfolge kurz zusammengestellt:

Es haben insgesamt 11 öffentliche Stadtverordnetensitzungen stattgefunden, in denen alles in allem 127 Vorlagen zur Erledigung kamen. Die erste Sitzung des Jahres fand am 8. Januar statt; in ihr erfolgte lediglich die Entgegennahme des Geschäftsberichtes über das Jahr 1916 und die Neuwahl des Büros, die zu einer allgemeinen Wiederwahl führte. Die Sitzung vom 26. Februar brachte gleichfalls keine wichtigen Beschlüsse mit sich, erst die nächste vom 29. März trug den Charakter eines „großen Tages“. Im Verlaufe derselben gab der Oberbürgermeister einen Überblick über die Finanzlage der Stadt, der rechte gute Aussichten für die Zukunft eröffnete und zu der Hoffnung berechtigte, daß die Stadt mit gesunden und heilen Finanzen aus dem Krieg hervorgehen wird. Auch über die Lebensmittelversorgung sprach der Oberbürgermeister und gab außerordentlich beruhigende, verschiedene Gerüchte beseitigende Erklärungen ab. Weiter wurden in dieser Sitzung u. a. die Satzungen für die Hindenburgstiftung festgestellt, die Badeverleie im städtischen Badehaus erhöht, eine Erhöhung des Gaspreises um 3 Pfg. für den Kubikmeter vorgenommen und ein Betrag bis zu einer Million auf die 6. Kriegsanleihe gezeichnet.

Im Mittelpunkt der Sitzung vom 23. April stand die Bewilligung eines 10 prozentigen Kriegsteuerungs-zuschlages für elektrischen Strom. Es kam zu einer sehr langen u. lebhaften Debatte, in deren Verlauf die D. E. W. namentlich von den Vertretern der Kaufmannschaft ziemlich scharf angegriffen wurden. Trotz vielseitigen Widerstandes gegen

die geplante Preiserhöhung gelang es dem Oberbürgermeister und dem Dezernenten Stadtrat Ruoff schließlich aber doch, die bestehenden Bedenken zu zerstreuen und eine Mehrheit für die Bewilligung des Kriegszuschlages zu gewinnen. Dann kam gelegentlich einer an sich unbedeutenden Vorlage die Wasserversorgung der Stadt zur Sprache, doch konnte der Oberbürgermeister eine Beseitigung der Kalamität nicht bestimmt zusichern. Erwähnenswert ist aus dieser Sitzung noch der Beschluß, durch welchen den Lehrpersonen der Oberrealschule und des Museums eine Kriegszulage, wie sie den staatlichen Beamten bis zu einem Gehalt von 4500 Mark zugewilligt ist, bewilligt wurde.

Die Sitzung vom 21. Mai war nur von sehr kurzer Dauer. An wichtigen Entschlüssen sind aus ihr zu vermerken: Die Erhöhung der Armenunterstützungen für ortsarmer Personen für das Rechnungsjahr 1917, die Gewährung von teils einmaligen, teils laufenden Teuerungszulagen an Beamte, Angestellte und Lehrpersonen im Gesamtbetrage von 37 298 Mark und der Ankauf eines Eck Gustav Frennag-Straße belegenen Grundstückes für den Preis von 12 000 Mark. Auch die Sitzung vom 9. Juli war nur von geringem Umfange. Mit freudigem Herzen nahmen die Stadtväter Kenntnis von der Errichtung einer Elise Silberstein-Stiftung in Höhe von 5000 Mark, deren Zinsen zu Stipendien verwendet werden sollen für unsere Oberrealschule. Weiter beschloß die Versammlung die Errichtung einer neuen Klasse für die Hilsschule und die Erhöhung des Impfhonorars von 50 auf 60 Bfg. Zum Schluß beschäftigte sich die Versammlung noch einmal mit der Strompreiserhöhung der D. E. W. Die Kohlensteuer war das hemmende Glied bei den bisherigen Abmachungen. Jetzt haben sich Magistrat und D. E. W. dahin geeinigt, daß der Kriegssteuerrückschlag nur bis ein Jahr nach Friedensschluß mit Frankreich, England und Rußland, längstens bis 31. März 1920 erhoben wird. Hiermit erklärte sich das Plenum einverstanden. In geheimer Sitzung wurde dann noch dem Vergleiche mit der D. E. W. betreffend den 40- und 4-Pfennig-Tarif zugestimmt.

Die letzte Sitzung vor den Ferien am 23. Juli brachte ein ganzes Reihe wichtiger Vorlagen, die der dringenden Erledigung harren. Zunächst nahm die Versammlung einen Magistratsbericht über die Verteilung der Kriegswirtschaftsdezernate entgegen und hörte die Ansichten des Magistrats über die Versorgung der Stadt mit Brennstoffen im kommenden Winter. Der Oberbürgermeister mahnte bei dieser Gelegenheit zur größten Sparsamkeit im Verbrauch der Kohlen und teilte mit, daß als besondere Maßnahme zur Erreichung dieses Zieles auch bei der Gasanstalt mit Kohle gespart und darum vor allem die Straßenbeleuchtung eingeschränkt werden solle. Der Mehrverbrauch an Koch- und Heizgas in den Haushaltungen gegen das Vorjahr soll mit einem entsprechenden Zuschlag bedacht werden. Von den übrigen Vorlagen seien noch erwähnt die Erweiterung der Säuglingsstation und die Errichtung einer zweiten Milchküche. Schließlich erfolgte noch die Wiederwahl von unbesoldeten Stadträten, deren Wahlzeit Ende 1917 abläuft. Es sind dies die Herren Dame, Kalus, Bieler und Zimmermann.

Im Mittelpunkt der ersten Sitzung nach den Sommerferien am 24. September stand eine zweistündige Lebensmittelp-

debatte, die vom Magistrat selbst durch einen eingehenden Bericht über die Lebensmittelversorgung veranlaßt worden war. Nach dem Magistratsbericht sind die Ausichten auf Versorgung mit Speisefett, Kartoffeln, Gemüse und Fleisch im allgemeinen beruhigend, während es mit der Milchversorgung für die nächste Zukunft wenig tröstlich aussieht. Die Diskussion verlief ruhig und ohne jeden rechnerischen Zusammenstoß. Nachdem die Ernährungsausprache ihr Ende erreicht hatte, wurde abermals die Wasserversorgung der Stadt Rattowitz angeschnitten. Der Oberbürgermeister konnte aber auch diesmal keinerlei Hoffnung auf Abstellung der Mängel machen. Nicht eher als bis das geplante große oberchlesische Wasserwerk verwirklicht sei, würde die Stadt Rattowitz zu geregelten Wasserverhältnissen kommen. Die Versammlung genehmigte dann noch den Ankauf eines Grundstücks an der Heinkelstraße, das zur Einrichtung eines Schulhortes dienen soll, und den Ankauf eines neben dem Krankenhaus liegenden Grundstücks, dessen Besitz für die Stadt sehr wertvoll ist. Im Zusammenhang mit dem letztgenannten Ankauf kam man dann noch auf die Friedhofsfrage zu sprechen und empfahl, die Friedhöfe außerhalb der Stadt zu legen. Vom Magistratsstische wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß dieser Wunsch in nicht zu ferner Zeit verwirklicht werden könne. Zum Schluß wurde 1 Million Mark für die siebente Kriegsanleihe bewilligt. Da ein Teil der für diese Sitzung angelegten Vorlagen wegen der vorgeschrittenen Zeit vertagt werden mußte, fand bereits am 27. September abermals eine Versammlung statt. Gegenstand der Verhandlung war zunächst die Brennstoffversorgung der Stadt. Die Kohlenverteilungsstelle hatte einen ausführlichen Bericht über diese wichtige Frage ausgearbeitet, an dessen Verlesung sich eine kurze Aussprache anschloß. Ferner kam in dieser Sitzung der Abschluß der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1916 zur Verlesung. Danach hatte die Stadt Rattowitz in diesem Jahre eine Mehreinnahme an Steuern von 227 000 Mark zu verzeichnen, ein Beweis, daß die Stadt Rattowitz trotz der zahlreichen Kriegsausgaben auf gesunder finanzieller Grundlage arbeitet. Ein weiterer Beweis dafür ist auch die Tatsache, daß im Rechnungsjahr 1917 die Schuldentilgung, die in den Jahren 1915 und 1916 ausgelegt war, wieder aufgenommen werden soll. Zum Schluß wurde die Summe von 76 000 Mark für Kriegsteuerungszulagen an Beamte, Angestellte und Lehrer nach den kaiserlichen Grundätzen mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli bewilligt. Weitere 15 000 Mark wurden ausgelegt zur Unterstützung der Pensionäre und anderer nicht unter die Hauptvorlage fallender Personen.

Der nächsten Sitzung am 12. November ging eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und des Stadtverordnetenkollegiums voraus, in welcher Oberbürgermeister Pohlmann und Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld auf die Dauer von 6 Jahren zu Provinzial-Landtagsabgeordneten wiedergewählt wurden. Die eigentliche Stadtverordneten-sitzung eröffnete der Vorsteher mit einem herzlichen Nachruf für den am 5. Oktober verstorbenen Stadtrat Wilhelm Heuer. Außerhalb der Tagesordnung kamen sodann sehr wichtige Angelegenheiten zur Sprache. Zunächst die Strompreiserhöhung durch die D. E. W., die nach dem 1. Januar 1918 Strom nur zu einem um 25 Prozent höheren Preise als den bis zum 1. April 1917 in Geltung befindlichen liefern wollen und sämtlichen Bauhal-

abnehmern zum 1. Januar 1918 gekündigt haben. Mit der Kündigung erklärte sich der Magistrat einverstanden, während betreffs der Preiserhöhung mit den D. E. W. weiter verhandelt werden soll. Ferner kam das Sorgenkind der Stadt, die Wasserversorgung abermals zur Sprache. Die Preisverwaltung, an welche sich die Stadt um Abhilfe der bestehenden Mängel gewandt hatte, erklärte sich außer Stande, dem Wassermangel abzuhelfen. Oberbürgermeister Bohlmann erklärte, daß der Magistrat alles getan habe, was in seinen Kräften steht und u. a. auch bei dem zuständigen Dezernenten bei der Königlichen Regierung in Oppeln vorstellig geworden sei. Weiter machte der Oberbürgermeister Mitteilungen über den Stand der Kartoffel- und Krautversorgung, die er selbst von vornherein als „nicht erfreulich“ bezeichnete. Von den Punkten der Tagesordnung seien als besonders wichtig hervorgehoben der Fortfall der Erhebung der Gemeindesteuern nach dem fingierten Staatsteuerjahr von 4 Mark für die Zeit vom 1. Oktober 1917 bis 31. März 1918, ferner die Bewilligung von 3000 Mark zur Verabfolgung von Liebesgaben an die zur Fahne einberufenen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Die 11. und letzte Stadtverordnetenversammlung d. Rs. am 20. Dezember brachte für unsere Stadtväter ein recht umfangreiches Arbeitspensum mit sich. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Oberbürgermeister einen kurzen Überblick über den Stand der Lebensmittelversorgung und der Kohlen- und Gasversorgung. Es kamen sodann mehrere wichtige Theater-vorlagen zur Erledigung. So wurde u. a. beschlossen, die Eintrittspreise für Operettenvorstellungen um 50 Pf. für Logen, Parfett und 1. Rang und um 30 Pf. für 2. Rang zu erhöhen. Aus diesen Mehreinnahmen soll der Theaterdirektor seinen Angestellten vom 1. Dezember 1917 ab für die Spielzeit 1917/18 eine angemessene Zulage zahlen, deren Höhe nach vorheriger Meinungsauseinandersetzung mit dem Oberbürgermeister und dem Theaterdezernenten festzusetzen ist. Gleichzeitig erhielt Musikdirektor Gumpert für die Spielzeit 1917/18 eine Beihilfe von 2000 Mark, die für ihn selbst und das ganze gesamte Orchester vermandt werden soll. Weiter beschloß die Versammlung, von dem Kündigungsrecht gegenüber dem Theaterdirektor keinen Gebrauch zu machen. Bezüglich des Spielplanes unseres Stadttheaters wurden aus der Versammlung verschiedene Wünsche laut; es sollen häufiger als bisher Schau- und Lustspiele, sowie Klassiker aufgeführt und die Zahl der Gastspiele erhöht werden. Zu einer lebhaften Debatte führte die abermals geforderte Strompreiserhöhung der D. E. W. Es wurde beschlossen, den bisherigen Kriegsaufschlag von 10 Prozent von 1. Januar 1918 ab um weitere 10 Prozent zu erhöhen. Auch bei Pauschalabnehmern sollen die D. E. W. keine höheren Zuschläge erheben dürfen. In geheimer Sitzung wurden dann noch einmalige Zulagen an die Beamten und Angestellten nach den staatlichen Grundätzen genehmigt.

Ein wichtiges Ereignis im kommunalen Leben dieses Jahres war die Begrüßung des neuen Oppelner Regierungspräsidenten von Miquel durch Magistrat und Stadtverordnete am 6. Dezember d. Rs. Der Regierungspräsident versprach bei dieser Gelegenheit, die Stadt Rattowitz in ihren zukünftigen Friedensaufgaben nach besten Kräften unterstützen zu wollen.

v. M.

Städtische Körperschaften.

Verzeichnis der Magistratsmitglieder.

1. Oberbürgermeister Pohlmann. 2. Bürgerm. Leu. 3. Stadtbaurat Delsner.
4. Stadtrat Leu. 5. Stadtrat Kuoff.
6. Stadtrat Justizrat Adrian. 7. Stadtrat Baumeister A. Zimmermann.
8. Stadtrat Baumeister Dame. 9. Stadtrat Bankier Feige. 10. Stadtrat Kaufmann B. Guttmann.
11. Stadtrat Kaufmann J. Kalus. 12. Stadtrat Direktor Pieler.
13. Stadtrat Stadtkämmerer Wiener.

Mitgliederverzeichnis der Stadtverordnetenversammlung.

1. Baumeister H. Grünfeld, Stadtv.-Vorsteher. 2. Bergwerksdirektor Pistorius, Stadtv.-Vorsteher-Stellb. 3. Dienstaumeister R. Kanjura, Schriftführer. 4. Kaufmann H. Borinski, Schriftführer-Stellb. (sämtliche im Stadtverordnetenbüro).
5. Kaufmann C. Boehm. 6. Generaldirektor Braetich. 7. Kaufmann J. Brauer. 8. Kaufmann Ed. Breslauer. 9. Kaufmann A. Centamer.
10. Direktor Drees. 11. Arbeitersekretär Ehrhardt. 12. Sanitätsrat Dr. Glaser.
13. Gewerbevereinssekretär Gries. 14. Bürgermeister a. D. Hencinski. 15. Oberrealschul-Vorrichullehrer Hened.
16. Bäckermeister C. Herrmann. 17. Geheimer Studienrat Professor Dr. Hoffmann. 18. Rechnungsrat Junge. 19. Kaufmann M. Karichinski.
20. Kürschnermeister Janak Klimanek. 21. Kaufmann R. Kraemer. 22. Eisenbahn-Übersekretär Kubiz. 23. Hauptkassenrendant Delonek. 24. Tiefbauunternehmer A. Müller.
25. Subdirektor Joh. Müller. 26. Bezirkschornsteinfegermeister Münch. 27. Oberapotheker Pinkus. 28. Bäckerobermeister Jul. Pokornh.
29. Frauenarzt Dr. Preiß. 30. Rechtsanwalt M. Proskauer. 31. Baumeister J. Rubzinski. 32. Direktor J. Schalicha. 33. Fleischerobermeister J. Scharif.
34. Verlagsbuchhändler Carl Siminna. 35. Rechnungsrat Ulrich. 36. Oberingenieur Vogel. 37. Ingenieur Fritz Weigmann. 38. Möbelkaufmann Paul Wittinet.

Städtische Ausschüsse.

Armenauschuß.

Vors.:

Stellv.:

Mitglieder: 1. Stadtw. Kürschnermeister J. Klimanef. 2. Stadtw. Arbeitersekretär Ehrhardt. 3. Stadtw. Gewerkevereinssekretär Griesse. 4. prakt. Arzt Dr. Bruck. 5. prakt. Arzt Dr. Reiß. 6. Sanitätsrat Dr. Gläjer, als Armenarzt. 7. Kgl. Kreisarzt Dr. Halben. 8. 9. Pastor prim. Vogt. 10. sämtliche Bezirksvorsteher und das Büro der Stadtverordnetenversammlung.

Banauschuß.

Vors.: Stadtbaurat Delzner.

Stellv.: Stadtrat Pieler.

Mitglieder: 1. Stadtw. Direktor J. Schalscha. 2. Prof. Dr. Seipp. 3. Baumeister L. Goldstein. 4. Stadtw. Kaufmann M. Katschinskij. 5. Stadtw. Direktor Drees. 6. Stadtw. Baumeister Rudzinski. 7. Stadtw. Generaldirektor Braetisch. 8. Schlossermeister Schmiegel. 9. Stadtw. Rechnungsrat Ulbrich. 10. Stadtw. Oberingenieur Vogel. 11. Stadtw. Ofenbaumeister P. Wanjura. 12. Stadtw. Tiefbauunternehmer Müller I, und das Büro der Stadtverordnetenversammlung.

Baugewerkschulkuratorium.

Vors.: Bürgermeister Deu.

Stellv.: Baugewerkschuldirektor Professor Dr. Seipp.

Mitglieder: 1. Regierungs- und Bau- rat Panthel. 2. Kommerzienrat Deichsel, Wlsslowitz. 3. Stadtrat Baumeister Dame. 4. Stadtverordneter Baumeister F. Rudzinski.

Beamten-Ausschuß.

Vors.: Oberbürgermeister Bohlmann.

Stellw.: Stadtrat Feige.

Mitglieder: 1. Oberstadtssekretär
Luschnitz. 2. Stadthauptkassenrendant
Könige. 3. Stadtbauamtssekretär Gottwald.
4. Oberassistent Weisslo. 5. Vorsitzender des
Bereins der mittleren Gemeindebeamten.

Bei Angelegenheiten der Polizeibeamten ist
der Polizeiinspektor, bei solchen der Techniker
das betreffende technische Magistratsmitglied
zu den Beratungen hinzuzuziehen.

Deputation zur Beratung der Angelegenheiten des Ortsstatuts über Veranstellungen von Ortschaften.

Vors.: Oberbürgermeister Bohlmann.

Stellw.: Stadtbaurat Delsner.

Mitglieder: 1. Stadterordnetenvor-
steher Baumeister H. Grünfeld. 2. Stadtw.
Bergwerksdirektor Bistorius. 3. Stadtw.
Baumeister J. Rudzinski. 4. Kgl. Bau-
gewerkschul-Oberlehrer Professor Boetz.
5. Kgl. Regierungsbaumeister Freise. 6. Kgl.
Gymnasial-Oberlehrer Professor Dr. Knötel.

Sinquartierungsausschuß.

Vors.: Dame.

Stellw.: Stadtrat Dame.

Mitglieder: 1. Buchhändler A. Hantke.
2. Tischlermeister A. Sollora. 3. Stadtw.
Bäckermeister C. Herrmann. 4. Stadtw.
Kaufmann A. Centawer. 5. Stadtw. Ofen-
baumeister Wanjura. 6. Stadtw. Tiefbau-
unternehmer A. Müller. 7. Stadtw. Frauen-
arzt Dr. Preiß. 8. Stadtw. Bürgermeister
a. D. Hencinski. 9. Stadtw. Kürschner-
meister J. Klimanek. 11. Stadtw. Möbel-
kaufmann B. Wotinek und das Büro der
Stadterordnetenversammlung.

Ersatzkommission für den Stadtkreis Stettowitz.

Vors.: Oberbürgermeister Bohlmann.

Stellw.: Bürgermeister Deu.

Mitglieder: 1. Verlagsbuchhändler
Carl Siminna. 2. Stadtw. Kaufmann M.
Ratschinsky. 3. Stadtw. Ofenbaumeister
B. Wanjura. 4. Stadtw. BezirksSchornstein-
fegermeister Münch.

Stellvertreter: 1. Stadtw. Kürschner-
meister Klimanek. 2. Restaurateur Adolf
Hamburger. 3. Drogeriebesitzer B.
Zimmer.

Feuer-Sozietäts-Schätzungs-Kommission:

Vorj.: Bürgermeister Leu.

Stellb.:

Mitglieder: 1. Baugewerksmeister
Blindom. 2. Baugewerksmeister P.
Frankisch. 3. Tiefbauunternehmer A.
Müller.

Gas- und Wasserwerks-Auratorium:

Vorj.: Bürgermeister Leu.

Stellb.: Stadtrat Ruoff.

Mitglieder: 1. Stadtw. prakt. Arzt Dr.
Freih. 2. Stadtw. Oberapotheker Pinke.
3. Stadtw. Direktor J. Schallach. 4. Stadtw.
Oberingenieur Vogel. 5. Stadtw. Direktor
Drees. 6. Fabrikbesitzer Th. Holz. (Direk-
tor Rühlich) und das Büro der Stadtw.
ordnetenversammlung.

Gesundheitskommission.

Vorj.:

Stellb.:

Mitglieder: 1. prakt. Arzt Dr. Roemig-
feld. 2. prakt. Arzt Dr. Brud. 3. Apotheken-
besitzer Steinh. 4. Stadtw. Tiefbauunter-
nehmer A. Müller. 5. Restaurateur A.
Samburger. 6. Zahnarzt Schrammen.
7. Baumeister F. Rudzinski. 8. Sanitäts-
rat Dr. Glaser.

Gemeindebehörde in Schankkonzessionsachen.

Vorj.: Stadtrat Reige.

Stellb.:

Mitglieder: 1. Stadtbaurat Delsuer.
2. Stadtrat Baumeister Dame. 3. Stadtrat
Kaufmann B. Guttmann. 4. Stadtrat
Ruoff. 5. Baumeister Zimmermann.

Gebäudesteuer-Veranlagungs-Einschätzungs- Kommission.

Vorj.: Stadtrat Dame.

Stellb.: Katasterkontrollleur Seibt.

Mitglieder: 1. Stadtw. ordnenenvor-
steher Baumeister S. Grünfeld. 2. Stadtw.
Baumeister F. Rudzinski. 3. Stadtrat
Baumeister A. Zimmermann.

Eriachmänner: 1. Baumeister Gold-
stein. 2. Holzkauflmann Isidor Schindler.

Grundstücks-Deputation:

Vorj.: Oberbürgermeister Pohlmann.

Bürgermeister Leu.

Stadtrat Guttmann.

Mitglieder: 1. Stadtverordneten-Vorsteher Baumeister H. Grünfeld. 2. Stadtv. Kaufmann Ed. Breslauer. 3. Stadtv. Bezirkschornsteinfegermeister Münch. 4. Stadtv. Rechtsanwalt Pross-fauer. 5. Stadtv. Ofenbaumeister P. Wanjura. 6. Stadtv. Tiefbauunternehmer Müller.

Handels- und Verkehrs-Ausschuß.

Vorj.: Stadtrat Guttman.

Stellv.: Stadtrat Stadthalter Wiener. Stadtrat Feige.

Mitglieder: 1. Stadtv. Kaufmann C. Boehm. 2. Stadtv. Kaufmann R. Borinski. 3. Stadtv. Rechnungsrat Junge. 4. Stadtv. Kaufmann M. Katjchinsk. 5. Stadtv. Kaufmann S. Kraemer. 6. Stadtv. Eisenb. Obersekretär Rubiz. 7. Bankdirektor Böhnert. 8. Reichsbankdirektor Hirsekorn. 9. Kaufmann Ludwig Goldstein. 10. Übergütungs-Vorsteher Groß. 11. Telegraphendirektor Kiejebeck. 12. Postdirektor Lau. 13. Direktor F. Schalscha. und das Büro der Stadtverordneten-Versammlung.

Jahres-Rechnungs-Prüfungs-Ausschuß.

Vorj.: Stadtv. Rechnungsrat Junge.

Mitglieder: 1. Stadtv. Kaufmann C. Boehm. 2. Stadtv. Kaufmann Borinski. 3. Stadtv. Kaufmann Ed. Breslauer. 4. Stadtv. Kaufmann S. Kraemer. 5. Stadtv. Eisenbahn-Obersekretär Rubiz. 6. Stadtv. Gewerkschaftssekretär Griefe. 7. Stadtv. Baumeister F. Rudzinski. 8. Stadtv. Bürgermeister a. D. Hencinski. 9. Stadtv. Hauptkassenrentant Pesonef. 10. Stadtv. Erbbirektor Joh. Müller. 11. Stadtv. Kaufmann M. Katjchinsk. 12. Stadtv. Verlagsbuchhändler Carl Siminna. 13. Stadtv. General-Direktor Braetsch; und das Büro der Stadtverordneten-Versammlung.

Kassen-Prüfungs-Ausschuß.

Vorj.: Oberrürgermeister Pohlmann.

Stellv.: Stadtrat Feige.

Mitglieder: 1. Stadtv. Kaufmann Ed. Breslauer. 2. Stadtv. Gewerbevereinssekretär Griefe. 3. Stadtv. Kaufmann S. Kraemer. 4. Stadtv. Kaufmann C. Boehm. 5. Stadtv. Rechnungsrat Junge. 6. Stadtv. Verlagsbuchhändler Carl Siminna. 7. Stadtv. Eisenb.-Obersekretär Rubiz. 8. Stadtv. Möbelfachmann P. Wotinek.

Kommission zur Beratung von Straßenbahn- Angelegenheiten.

Oberbürgermeister Pohlmann.
Stadtbaurat Delsner.
Stadtrat Kaufmann B. Guttmann.

Krankenhaus-Ausschuß.

Vors.:
Stellv.:

Mitglieder: 1. Stadtv. Hauptkassen-
rendant Delonef. 2. Stadtv. Gewerbevereins-
sekretär Giese. 3. Stadtv. Kaufmann H.
Kraemer. 4. Stadtv. Kaufmann G. Boehnle.
5. Stadtv. Baumeister F. Kubzinski.
6. Stadtv. Oberapotheker Pinkus. 7. Stadtv.
prakt. Arzt Dr. Preiß. 8. Sanitätsrat Dr.
Glaser. 9. Kgl. Kreisarzt Dr. Halben;
und das Büro der Stadtverordneten-Versamm-
lung.

Auditorium der Oberrealschule.

Vors.: Bürgermeister Leu.
Stellv.: Stadtrat Dame.

Mitglieder: 1. Stadtv. Oberapotheker
Pinkus. 2. Stadtv. Rechnungsrat Albrich.
3. Stadtv. Direktor Drees. 4. Direktor Dr.
Bürger.

Auditorium des Lyzeums, des Oberlyzeums und der Oberrealschul-Studienanstalt.

Vors.: Bürgermeister Leu.
Stellv.: Stadtrat Justizrat B. Adrian.

Mitglieder: 1. Stadtv. Direktor
Drees. 2. Stadtv. Oberapotheker Pinkus.
3. Stadtv. Rechnungsrat Albrich. 4. Stadtv.
Direktor Büniger.

Auditorium der Oberrealschule:

Vors.: Bürgermeister Leu.
Stellv.: Stadtrat Dame.

Mitglieder: 1. Stadtv. Oberapotheker
Pinkus. 2. Stadtv. Rechnungsrat Albrich.
3. Stadtv. Direktor Drees. 4. Stadtv. Di-
rektor Dr. Bürger.

Auditorium der Anabermittelschule:

Vors.: Bürgermeister Leu.
Stellv.:

Mitglieder: 1. Stadtv. Vors. Bau-
meister H. Grünfeld. 2. Stadtv. Rech-
nungsrat Albrich. 3. Stadtv. Direktor
Drees. 4. Stadtv. Kgl. Gymnasialdirektor

Professor Dr. Hoffmann. 5. Bankier Ludwig Goldstein. 6. Zivilingenieur A. Wunderlich. 7. Rektor Braun. 8. Kgl. Kreisschulinspektor Dr. Kassef.

Kuratorium der Mädchen-Mittelschule:

Vors.: Bürgermeister Leu.

Stellb.:

Mitglieder: 1. Stadtb.-Vorst. Baumeister H. Grünfeld. 2. Stadtb. Rechnungsrat Ulbrich. 3. Stadtb. Direktor Drees. 4. Stadtb. Kgl. Gymnasialdirektor Professor Dr. Hoffmann. 5. Bankier Ludwig Goldstein. 6. Zivilingenieur A. Wunderlich. 7. Rektor Kassef. 8. Kgl. Kreisschulinspektor Dr. Kassef.

Kuratorium der Gewerblichen Fortbildungsschule:

Vors.: Bürgermeister Leu.

Stellb.: Stadtrat Dame.

Stellb.: Stadtrat Stadthalter Wiener.

Mitglieder: 1. Stadtb. Ofenbaumeister B. Wanjura. 2. Stadtb. Möbelfachmann B. Woitinek. 3. Stadtb. Bezirkschornsteinfegermeister Münch. 4. Bäckerobermeister Pokorny. 5. Direktor Professor Dr. Seipp. 6. Obergeringenieur Schulte. 7. Ingenieur Lubinus.

Kuratorium der kaufmännischen Fortbildungsschule.

Vors.: Bürgermeister Leu.

Stellb.: Stadtrat Guttman.

Mitglieder: 1. Stadtb. Kaufmann Ed. Breslauer. 2. Stadtb. Kürschnermeister Klimanek. 3. Stadtb. Verlagsbuchhändler Carl Gwinna. 4. Stadtrat Direktor Pieler. 5. Kaufmann Ludwig Goldstein. 6. Kaufmann M. Brzwarra. 7. Kaufmann Viktor Kund. 8. Kaufmann Josef Altman. 9. Stadtrat Kaufmann Kalus, als Vorsitzender des kath. kaufm. Vereins. 10. Stadtb. Kaufmann R. Borinski. 11. Kaufmann Emil Schwerin. 12. Direktor Mikosch, (Direktor Zahn in Oppeln).

Kuratorium der städtischen Volksschule.

Vors.: Oberbürgermeister Pohlmann.

Mitglieder: 1. Stadtrat Kaufmann J. Kalus. 2. Stadtb. Baumeister A. Zimmermann.

Marktpreis-Notierungskommission.

- Mitglieder: Stadtw. Ohmann.
2. Stadtw. Kürschnermeister Klimanek.
3. Stadtw. Bäckerobermeister Jul. Pokorný.
4. Stadtw. Kaufmann M. Centawer.
5. Fleischermeister Fr. Scharff, als Obermeister der Freien Fleischer- und Wurstmacher-Innung. 6. Kaufmann Hugo Greinert.
7. Schlachthofdirektor Ganzenmüller.
8. Brandmeister Runze. 9. Arbeitersekretär Ehrhardt.

Markt-, Straßen- und Sicherheits-Ausschuß.

Vors.: Stadtrat Dame.

Stellb. Vors.: Bürgermeister Ben.

Stellb. Stadtrat Pieler.

- Mitglieder: 1. Stadtw. Kaufmann M. Centawer. 2. Stadtw. Kürschnermeister Klimanek. 3. Stadtw. Kaufmann M. Ratschinsky. 4. Stadtw. Bezirkschornsteinfegermeister Münch. 5. Stadtw. Ofenbaumeister P. Wanjura. 6. Uhrmacherobermeister R. Berndt. 7. Destillateur Arnold Cohn. 8. Buchhändler A. Hantke. 9. Der jedesmalige Obermeister der Freien Fleischer- und Wurstmacher-Innung. 3. St. Fleischermeister Fr. Scharff. 10. Fleischermeister Franz Wrozik. 11. Kaufmann Hugo Greinert. 12. Brandmeister Runze. 13. Arbeitersekretär Ehrhardt. und das Büro der Stadtverordnetenversammlung.

Sparkassen-Kuratorium.

Vors.: Oberbürgermeister Pohlmann.

Stellb.:

- Mitglieder: 1. Stadtrat Justizrat Vabrian. 2. Stadtrat Kaufmann B. Guttmann. 3. Stadtw. Baumeister Rudzinski. 4. Stadtrat Generaldirektor Braetisch. 5. Stadtw. Kaufmann J. Brauer.

Stadtausschuß.

Vors.: Oberbürgermeister Pohlmann.

1. Stellb.: Stadtrat Justizrat Vabrian.

2. Stellb.: Stadtrat Ben.

- Mitglieder: 1. Stadtrat Stadtlästester Wiener. 2. Stadtrat Direktor Pieler. 3. Stadtrat Kalus.

Schlachthof-Kuratorium.

Vors.: Bürgermeister Ben.

Stellb.: Stadtrat Ruoff.

Stadtrat Stadtlästester Wiener.

Mitglieder: 1. Stadtw. Direktor Drees. 2. Stadtw. Kaufmann Brauer. 3. Stadtw. Bezirkschornsteinfegermeister Münch. 4. Stadtw. Ingenieur Fritz Weigmann. 5. Fabrikbesitzer Th. Holz. 6. Fleischerobermeister Scharff. 7. Schlachthofdirektor Ganzenmüller; und das Büro der Stadtverordneten-Versammlung.

Schuldeputation.

Vors.: Bürgermeister Deu.
Stellb.: Stadtrat Stadthalter Wiener.
Mitglieder: 1. Stadtverordneten-Vorsteher Baumeister H. Grünfeld. 2. Stadtw. Gewerbevereinssekretär Griesse. 3. Stadtw. Kgl. Gymnasialdirektor Professor Dr. Hoffmann. 4. Stadtw. Kaufmann J. Brauer. 5. Stadtw. Arbeitersekretär Ehrhardt. 6. Stadtw. Ofenbaumeister Wanjura. 7. Rektor Paul Scholz. 8. Rektor Rügler. 9. Hauptlehrer Bilsch. 10. Rektor Kremer. 11. Rektor Josef Scholz. 12. Rektor Zuhmann. 13. Pastor prim. Volk. 14. Pfarrer Müller. 15. Kgl. Kreisschulinspektor Dr. Raffel.

Steuer-Ausschuß.

Vors.: Bürgermeister Deu.
Stellb.: Stadtrat Stadthalter Wiener.
Mitglieder: 1. Stadtverordneten-Vorsteher Baumeister H. Grünfeld. 2. Stadtw. Ofenbaumeister Wanjura. 3. Stadtw. Kaufmann Ed. Breslauer. 4. Stadtw. Tiefbauunternehmer A. Müller. 5. Stadtw. Bäckermeister C. Herrmann. 6. Stadtw. Bezirkschornsteinfegermeister Münch. 7. Stadtw. Kaufmann M. Katschinsky. 8. Stadtw. Arbeitersekretär Ehrhardt. 9. Stadtw. Ingenieur Fritz Weigmann. 10. Zivilingenieur Wunderslich. 11. Stadtrat Kaufmann J. Kalus. 12. Holzkaufmann Fidor Schindler. 13. Kaufmann L. Rind. 14. Restaurateur A. Hamburger.
b) Stellvertreter: 1. Ingenieur Limbach. 2. Gasanstaltsdirektor Fühlich. 3. Buchhändler A. Hantke. 4. Kaufmann G. Schwerin. 5. Schlossermeister J. Schmiedel. 6. Oberrealschullehrer Kellmer. 7. Bäckermeister Jul. Pokorny.

Steuerverwaltungs-Ausschuß:

Vors.: Stadtrat Stadthalter Wiener.
Stellb.: Bürgermeister Stadtrat Deu.
Stadtrat Guttmann.

Mitglieder: 1. Stadtv. . . . 2.
Stadtv. Bezirkschornsteinfegermeister Münch.
3. Stadtv. Baumeister F. Rudzinski.
4. Baumeister Ludwig Goldstein. 5. Rechnungs-
rat Ulbrich. 6. Rentier Kiersch.

Theater-Ausschuß:

Vors.: Oberbürgermeister Pohlmann.

Stellv.: Stadtrat Guttman.

Stadtrat Feige.

Stadtrat Badrian.

Stadtbaurat Delsner.

Mitglieder: 1. Stadtv. Kgl. Gymna-
sialdirektor Professor Dr. Hoffmann.
2. Stadtv. Kaufmann H. Brauer.
3. Stadtv. Rechtsanwalt Proskauer.
4. Stadtv. Verlagsbuchhändler Carl
Siminna. 5. Stadtv. Generaldirektor
Braetisch. 6. San.-Rat. Dr. Ehrenfried.
7. Studienrat Professor Dr. Knötel.
8. Direktor Idor Schalscha.
9. Amtsgerichtsrat Schmidt. 10. Direktor
Dr. Bürger und das Büro der Stadtv.-
Versammlung.

Verdönerungs-Ausschuß:

Vors.: Stadtbaurat Delsner.

Stadtrat Dame.

Mitglieder: 1. Stadtv. Arbeitersekre-
tär Ehrhardt. 2. Stadtv. Gewerkevereins-
sekretär Griesse. 3. Stadtv. Kgl. Gymnasial-
direktor Professor Dr. Hoffmann.
4. Stadtv. Eisenb.-Obersekretär Kubiz.
5. Stadtv. Tiefbauunternehmer H. Müller.
6. Frauenarzt Dr. Preiß. 7. Stadtv.
Direktor H. Schalscha. 8. Stadtv. ,
9. Stadtv. Rechnungsrat Ulbrich.
10. Stadtv. Obergeringenieur Vogel.
11. Professor Bruno Schmidt. 12. prak-
tischer Arzt Dr. Speier. 13. Apothekenbe-
fizer Steinik. 14. Reg. Baumeister M.
Dehner, und das Büro der Stadtv.-Ver-
sammlung.

Verwaltungsausschuß für städtisches Eigentum und städtische Rechte und Schankkommission:

Vors.: Oberbürgermeister Pohlmann.

Vors.: Bürgermeister Deu.

Stadtrat Guttman.

Mitglieder: 1. Stadtv. Kaufmann A.
Gentawer. 2. Stadtv. Rechnungsrat
Junge. 3. Stadtv. Oberapotheker

Vinkus. 4. Stadtv. Rechtsanwalt Bros-
fauer. 5. Stadtv. Rechnungsrat Ulbrich.
6. Baumeister Ludwig Goldstein, und das
Büro der Stadtv.-Versammlung.

Voreinschätzungskommission.

a) Ernannte Mitglieder: 1. Vors.:
Stadtrat Leu. 2. Holzkaufmann Isidor
Schindler. 3. Stadtkfretär Wiczorek.
4. Restaurateur Adolf Hamburger. 5. Kauf-
mann Julius Schlesinger. 6. Kaufmann
Max Königsberger. 7. Steiger a. D.
Karl Sadlon. 8. Juwelier Rudolf Urendt.

b) Gewählte Mitglieder: 1. Schnei-
dermeister Louis Kund. 2. Bäckermeister C.
Herrmann. 3. Kaufmann M. Kaminski.
4. Gasanstaltsdirektor Rühlich. 5. Fleischer-
meister Fr. Scharff. 6. Zivilingenieur
Wunderlich. 7. Kaufmann Julius Kalus.
8. Restaurateur Adolf Klose. 9. Kaufmann
Otto Kasner. 10. Schuhmachermeister M.
David. 11. Ofenbaumeister P. Wanjura.
12. Baumeister F. Rudzinski. 13. Draht-
warenfabrikant F. Wiesner. 14. Tischler-
meister Georg Scholz. 15. Kaufmann Wilh.
Sartmann.

Stellvertreter: 1. Stellb.: Kauf-
mann C. Schwerin. 2. Sattlermeister A.
Zweig. 3. Friseur Max Christel.
4. Fleischermeister C. Ulrich. 5. Ingenieur
Limbach. 6. Zivilingenieur Schabon.
7. Techn.-Eisenb.-Obersekretär Emil Scholz.
9. Kaufmann Max Borinski.

Stellvertreter: 1. Schneidermeister
Josef Wiczorek. 2. Bäckermeister Jul.
Pokorny. 3. Fleischermeister Th. Wolff.
4. Klempnermeister Franz Burkert. 5. Tief-
bauunternehmer A. Müller. 6. Maler-
meister L. Miedzinski. 7. Kaufmann
Moriz Lachs. 8. Kaufmann Wilh. Lewin.
9. Restaurateur Paul Wrobel. 10. Ofen-
setzmeister Hugo Haucke. 11. Schlossermeister
B. Haase. 12. Baumeister Kurt Foch-
mann. 13. Möbelfachmann Paul Woitinek.
14. Tischlermeister R. Gutwein. 15.
Schlossermeister J. Schmiegel.

Vorberatungsausschuß.

1. Vors.: Stadtv.-Vorsteher Baumeister H.
Grünfeld. 2. Stadtv. Oberbergwerks-
direktor Pistorius. 3. Stadtv. Ofenbau-
meister P. Wanjura. 4. Stadtv. Kaufmann
R. Borinski (sämtlich im Stadtverordneten-
büro). 5. Stadtv. H. Kraemer. 6. Stadtv.
Direktor Drees. 7. Stadtv. Kaufmann F.

Brauer, 8. Stadtw. Baumeister A. Rudzinski.
9. Stadtw. Kgl. Gymnasialdirector Prof. Dr.
Hoffmann. 10. Stadtw. Subdirector Joh.
Müller. 11. Stadtw. Kaufmann C. Boehm.
12. Stadtw. Oberapotheker Pinkus.
13. Rechtsanwalt Dr. Proskauer.
14. Stadtw. Eigenth.-Obersekretär Kubiz.
15. Stadtw. Rechnungsrat Ulrich. 16. Kauf-
mann Stajchinski.



Sach-Register.

(Die beigebruckten Ziffern bezeichnen die Seiten.)

A

Abfindungssumme an Polizeikommissar Ullz 46.
Ablehnung einer Vermittlungsprovision 86—87.
Abrechnung mit dem Theaterdirektor für die Spielzeit 1916/17 88.
Abschiedsschreiben des Regierungspräsidenten 56—57.
Abschluß der Stadthauptkasse für 1916 74.
Ärzte: Atteste der 63.
Albmann, Leopold, Stadtb. Nachruf für 40.
Ankauf einer Umdruckmaschine 86.
Anleihscheine: Auslösung von 84.
Annahme der Silbersteinstiftung 42.
Anordnung über Gehilfen- und Lehrlingsbeschäftigung an Sonn- und Festtagen 25.
Anstellungsbestätigungen 41.
Armen-Ausschuß 98.
Armenhaus: Mittel für ein Dienstmädchen im 21. — Verpflegungsgeldsatz im 44.
Armen-Unterstützungen für ortsarmer Personen: Erhöhung der 36.
Armenverwaltung: Ueberschreitungen beim Haushaltsplan der 7.
Atteste der Ärzte 63.
Auslösung: Von Anleihscheinen 84. — Von Stadtbobligationen 13.
Ausschußmitglieder Wahl von 54.

B

Badepreise: Erhöhung der 24.
Bau-Ausschuß 98.
Bau des Wasserturmes 33.
Baugewerkschul. = Kuratorium 98.
Beamten-Ausschuß 99.
Beförderung: Des Assistenten Hain zum Oberassistenten 91.
— Des Oberassistenten Pasdzierait zum Magistratssekretär 91.
Begrüßungsrede 1.
Beheizung der Kaufmännischen Fortbildungsschule 53.
Beihilfen: Zu einer Besichtigungsfeier 83—84. — Für die Dichter=Gedächtnisfeier 12, 14. — Für Kriegsbüchereien 12. — An die Kriegsgefangenen 7. — Für Musikdirektor Gumpert 88. — An den Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen 36. — An den Verein für Kunst und Wissenschaft 83, 87.
Beitritt: Zur Kriegshilfskasse für die Provinz Schlesien 23. — Zum Weichsel-Schiffahrts-Verein 75.
Benennung von Sachverständigen für Wertabschätzungen 54.
Berichte des Magistrats: Ueber Brennstoffversorgung 48—50, 69—73. — Ueber die Lebensmittelversorgung 57—58, 86.
Beschaffenheit des Brotes 61.
Besichtigungsreise: Beihilfe zu einer 83—84.

Befoldung der Stadtchwestern 92.

Bezugscheinstelle 48.

Bewilligung: Cines Darlehns

66. — Von Liebesgaben 84. —

Von Teuerungszulagen 92. —

Von Mitteln für den Zentral-

Hilfsfonds 65.

Blinde und taubstumme Kinder:

Unterhaltungskosten für 23.

Brennstoffversorgung der Stadt:

Bericht des Magistrats über

48—50, 69—73.

Brot: Beschaffenheit des 61.

Büro: Wahl des 3.

D

Dankschreiben des Prinzen
Friedrich Wilh. von Hohen-
zollern 6.

Darlehn: Bewilligung eines 66.

Dichter-Gedächtnisstiftung: Bei-

hilfe für die 12, 74.

Druckfassung des Haushalts-

plans 86.

E

Einquartierungen 48.

Einquartierungs-Musschuß 99.

Einschränkung der Sonntags-

arbeit in offenen Laden-

geschäften 11.

Eislieferung 45.

Entschädigung für ein Gutachten

über den Wasserturm 32.

Erhebung der Gemeindesteuern

83.

Erhöhung der Armenunter-

stützungen für ortsarne Per-

sonen 36.

Erhöhung der Badepreise 24.

Erhöhung der Bezüge der Stadt-

chwestern 44.

Erhöhung der Entschädigung für

die Impf-Arzte 43.

Erhöhung der Gaspreise 25.

Erhöhung der Theatereintritts-

preise bei Operetten-

vorstellungen 88.

Errichtung einer neuen Klasse

an der Hülfschule 43.

Ersatzkommission: Wahlen zur

13.

Ersatzkommission für den Stadt-

kreis Rattowig 99.

F

Fest, Badehausverwalter: Ver-

letzung in den Ruhestand 46.

Feuersozietät = Schätzungs =

Kommission 100.

Feuerwache: Stiefelgeld-

erhöhung für die 28.

Finanzlage der Stadt: Ober-

bürgermeister Pohlmann über

die 17—18.

Fleischversorgung 18—19.

Friedhofsfraße 67.

Fuhrzentrale: Schaffung einer

50.

G

Gaspreise: Erhöhung der 25.

Gas- u. Wasserwerks-Kura-

torium 100.

Gasversorgung 86.

Gebäudesteuer = Veranlagungs-

Einschätzungs = Kommission

100.

Geheime Sitzung 34, 39, 84,

91—92.

Gehilfen- und Lehrlingsbeschäf-

tigung an Sonntags- und Fest-

tagen: Anordnung über 25.

Gemeindebehörde in Schan-

kenzessionsfachen 100.

Gemüseverkaufsstellen 59.

83.

Gemüseverkaufsstellen 59.

Genehmigung der Haushalts-

plan-Überschreitungen 1915

42.

Geschäftsbericht der Stadtver-

ordneten-Versammlung 2.

Gesundheits = Kommission 100.

Gesundheitszustand in der Stadt

20.

Gewährung von Kriegs-

teuerungszulagen 75—77.

Gewährung von Teuerungsz-

ulagen: An Beamte 37. —

An Beamte und Angestellte

nach staatlichen Grundsätzen

37. — An Lehrpersonen der

Mittel- und höheren Schulen

39.

Gewerbliche Fortbildungsschule:

Ortsstatutänderung der 23.

Goldankauf 48.

Grunderwerbs = Verwaltung:

Überschreitungen beim Haus-

haltsplan der 6.

Grundsteuer-Ordnung: Nachtrag zur 13.
Grundstücksankäufe 65. — In der Gustav-Kreutzstraße 36.
Grundstücks-Deputation 100.
Gumpert, Musikdirektor, Beihilfe für 88.

H

Hain, Assistent, Beförderung zum Oberassistenten 91.
Handels- u. Verkehrsausschuß 101.
Haushaltsplan: Druckfassung des 86. — Ueberschreitungen 1915 42. — Ueberschreitungen 1916 20.
Herrichtung eines Stalles im Stadt. Krankenhause 43.
Heuer, Stadtrat, Nachruf für 78—79.
Hilfsschule: Errichtung einer neuen Klasse an der 43.
Hilfsschwester: Weiterbeschäftigung einer 21.
Hindenburgstiftung: Satzungen für die 21—22. — Wahl von Ausschußmitgliedern der 31.

J

Jahresabchluß der städt. Sparkasse 1916 26.
Jahresrechnungs = Prüfungs = Ausschuß 101.
Jmpf-Merzte: Erhöhung der Entschädigung für die 43.
Justiziskuß: Vergleich mit dem 7—10.

K

Kartoffelversorgung 18, 86.
Kassen = Prüfungs = Ausschuß 101.
Kaufmännische Fortbildungsschule: Beheizung der 53.
Kleingärten 48.
Kohlenabfuhr durch Geipantz 73.
Kohlenanschaffung für Arme: Stiftung zur 42.
Kohlenerparnis: Maßregeln zur 51—52.
Kohlenmangel für gewerbliche Betriebe 45.

Kohlenpreise 73—74.
Kohlenversorgung 86.
Kohlenverteilungsstelle 48. — Unterbringung der 75.
Krankenhaus = Ausschuß 102.
Krankenhaus-Inspektormohnung Erhöhung der Miete für die 53.
Krautversorgung 82, 83, 86.
Kriegsbüchereien: Beihilfe für 12.
Kriegsanleihe: Zeichnung auf die sechste 23. — Zeichnung auf die siebente 66—67.
Kriegserfahrgeschäft 48.
Kriegsfürsorge 48.
Kriegsgefangenenhilfe: Beihilfe an die 7.
Kriegshilfskasse für die Provinz Schlesien: Beitritt zur 23. — Wahl von Ausschußmitgliedern der 31.

Kriegssteuergesetze 48.
Kriegsteuerzuschlagen: Gewährung von 75—77.
Kriegswirtschafts = Dezernate 47—48.
Kruppa, Polizeisergeant: Ruhegehalt für 34.
Kündigungsrecht gegenüber dem Theaterdirektor 89.
Kulturtheater oder Geschäftstheater 89.
Kuratorien: d. Oberrealschule, des Lyzeums pp, d. Knaben-Mittelschule, der Mädchen-Mittelschule, der gewerblichen Fortbildungsschule, d. kaufmännischen Fortbildungsschule, d. städtischen Volksschule 102—103.

L

Lebensmittelamt: Organisation des 62—63.
Lebensmittelversorgung: Bericht über die 57—58, 86. — Oberbürgermeister Pohlmann über die 18—20.
Lehrerinnen: Wahlbestätigung von 6, 15.
Lehrpersonen: Steuerzuschlagen an 15, 24.
Lehrpersonen der Oberrealschule und des Lyzeums: Steuerzuschlagen an 27.

Leu, Bürgermeister: Persönliche Zulage an 46.
 Liebesgaben: Bewilligung von 84.
 Lokale: Schließen von 59.
 Luiseenheim: Verpflegungsgeldsatz im 44.
 Lyzeum: Schaffung einer Vor-
 schullehrerinnenstelle am 42.

M

Magistratsmitglieder 97.
 Marktpreis = Notierungskommission 104.
 Markt-, Straßen- u. Sicherheits-Ausschuß 104.
 Massenpeinung 48.
 Maßregeln: Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit 54.
 — Zur Kohlenersparnis 51—52.
 Mehlerverorgung 18.
 Mehreinnahme an Steuern 74.
 Mietung von Geschäftsräumen 53.
 Milchversorgung 19.
 Mittel für ein Dienstmädchen im Armenhaus 21.

N

Nachruf: Für Stadth. Leopold Altman 40. — Für Stadtrat Heuer 78—79. — Für Stadth. Scholz 5.
 Nachtrag zur Grundsteuerordnung 13.
 Nachweisung der städt. Sparkasse für das Rechnungsjahr 1916 14.

O

Oberbürgermeister Pohlmann: Ueber die Finanzlage der Stadt 17—18. — Ueber die Lebensmittelversorgung der Stadt 18—20.
 Oberschlesische Elektrizitätswerke: Strompreiserhöhung durch die 28—31, 45, 68, 79—80, 90—91. — Vertragsänderung mit den 13.
 Delsner, Stadtbaurat: Persönliche Zulage an 46.

Organisation des Lebensmittelamtes 62—63.
 Ortsstatutänderung der Gewerblichen Fortbildungsschule 23.

P

Passbezirksamte, Oberassistent, Beförderung zum Magistratssekretär 91.
 Persönliche Zulagen an: Bürgermeister Leu, Stadtbaurat Delsner und Stadtrat Ruoff 46.
 Polizei-Sergeanten: Griefelgeldzulagen für die 21.
 Polonaisen vor der Theaterkasse 89.
 Preiserhöhung für elektrischen Strom der oberischlesischen Elektrizitätswerke 28—31.
 Preiserhöhung für elektrischen Strom durch die D. E. W. 45.
 Prinz Friedrich Wilhelm von Hohenzollern: Dankschreiben des 6.
 Provinzial-Landtags-Abgeordnete: Wahl zweier 78.
 Prüfungsberichte: Der Stadthauptkasse 35, 41, 79. — Der Stadtparkasse 35, 56, 79, 85.

R

Rechnungsprüfung der Stadthauptkasse für Juli und August 56.

Redner und Referenten:

Magistrat:

Oberbürgermeister Pohlmann: 20, 22, 24, 30—31, 32—33, 33—34, 38, 43, 45, 50, 51, 52, 53, 61—63, 64—65, 66, 68, 73, 76, 80, 81—82, 82—83, 86, 87, 88—89, 91.

Bürgermeister Leu: 75.
 Stadtrat Guttmann: 59, 87, 90.

Stadtbaurat Delsner: 54, 66.
 Stadtrat Ruoff: 25, 30, 34, 45, 52, 82.

Stadtverordnete:

Boehm: 7, 20, 30, 61, 90.
 Borinski: 13, 15, 28—29,

42, 53, 73, 90.
 Braetich: 24, 34, 43, 73, 80.
 Brauer: 6, 11, 30, 37, 45, 51, 54, 58—59, 73, 74, 84, 87, 88.
 Breslauer: 36.
 Drees: 21, 25, 75.
 Dr. Glaser: 22.
 Griebe: 22, 60, 76, 77, 90.
 Grünfeld: Stadtv.-Vorst.: 1, 5, 14, 26, 30, 34, 40, 47—48, 57—58, 64, 74, 78—79, 79—80, 80—81, 82.
 Dr. Hoffmann: 12, 27, 37, 60—61, 84, 87.
 Junge: 23, 61, 74, 76.
 Katschinsky: 3, 51, 73, 77.
 Kraemer: 24, 51, 82.
 Kubitz: 24, 36, 38, 44, 51, 53, 90.
 Lelonef: 7.
 Müller I: 50.
 Pinus: 13, 25, 27, 31, 38, 42, 45, 51—52, 53, 58, 65, 68, 73, 75—76, 80, 84.
 Ristorius: 21, 23, 31, 32, 33, 64, 65, 66—67, 87, 89, 90, 91.
 Rokorny: 36, 45, 63.
 Dr. Reiß: 43, 63—64, 75, 89.
 Rudzinski: 7, 26, 36, 41, 43, 53.
 Scharff: 61.
 Siwinna: 52, 59, 87.
 Trupke: 53.
 Ulbrich: 6, 42, 50, 58, 65, 77, 80, 84, 87.
 Vogel: 30, 31, 52.
 Wanjura: 21, 23, 28, 39, 43, 44, 54, 69—73, 88.
 Regierungspräsident: Abschiedsschreiben des 56—57.
 Reichsfamilien - Unterstützungen 48.
 Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen: Beihilfe an 36.
 Revision: Der städt. Kassen 6. — Der städt. Sparkasse 41.
 Revisionsprotokoll der städt. Sparkasse 47.
 Ruhegehalt für Polizeivergeant Kruppa 34.
 Ruoff, Stadtrat: Persönliche Zulage an 46.

S

Säuglingssterblichkeit: Maßregeln zur Bekämpfung der 54.
 Saktionen für die Hindenburg-Stiftung 21—22.
 Schaffung: Einer Fuhrzentrale 50. — Einer Vorschullehrerin am Lyzeum 42.
 Schlachthof-Maratorium 104.
 Schließen von Lokalen 59.
 Schola, Stadtv.: Nachruf für 5.
 Schreibgebühren: Erhöhung von 84.
 Schuldentilgung im Rechnungsjahre 1917 75.
 Schuldeputation 105.
 Schulhorte 65.
 Silberstein-Stiftung: Annahme der 42.
 Sobieren, Wisttentenwitwe: Witwengeld für 34.
 Sonntagsarbeit in offenen Ladengeschäften: Einschränkung der 11.
 Sparkassentutorium: 104.
 Wahl zum 13.
 Stadtausschuß 104.
 Stadthauptkasse: Abschluß für 1916 74. — Prüfungsberichte der 35, 41, für Juli und August 56, für September 89. — Vorläufiger Abschluß 15—17.
 Stadtsobligationen: Auslösung von 13.
 Stadträte: Wahl von unbejoldeten 55.
 Stadtschwestern: Bejoldung der 92. — Erhöhung der Bezüge der 44.
 Stadtsparkasse: Nachweisung für das Rechnungsjahr 1916 14. — Prüfungsberichte der: 35, für Juli und August 56, für September 79, für Oktober und November 85. — Jahresabschluß 1916 26. — Revision der 41. — Revisionsprotokoll Stadtsverordnete: Mitgliederverzeichnis 97.
 Stadtv. Wahl im Jahre 1917 27.
 Städt. Kassen: Revision der 6. — Versicherung der 75.

Städt. Krankenhaus: Her-
richtung eines Stalles im 43.
Städtische Wurstfabrik 60.
Steuern: Mehreinnahmen an 74.
Steuer-Ausschuß 105.
Steuerverwaltung: Vergütung
für außerordentliche Arbeiten
bei der 6. — Wahl in die 13.
Steuerverwaltungs = Ausschuß
105.
Stiefelgeldehöhung: Für die
Feuerwehrleute 28. — Für
die Polizei-Sergeanten 21.
Stiftung zur Kohlenanschaffung
für Arme 42.
Straßenbahn = Angelegenheiten:
Kommission zur Beratung
von 102.
Strompreiserhöhung durch die
L. G. W. 68, 79—80, 90—91.

T

Teuerungszulagen: An Beamte
37. — An Beamte und An-
gestellte nach staatlichen
Grundsätzen 37. — Bewilli-
gung von 92. — Für das
Lehrpersonal 15, 24. — An
Lehrpersonen der Mittel-
und höheren Schulen 39. —
An Lehrpersonen der Ober-
realschule und des Lyzeums 27.
— An die Theaterangestellten
88. — An Volksschullehrer 6.
— Weitergewährung an
städtische Beamten 91.
Theaterangestellte: Teuerungszu-
lagen an die 88.
Theaterauschuß: 106. Wahl von
Mitgliedern für den 74.
Theaterdirektor: Abrechnung mit
dem für die Spielzeit 1916/17
88. — Mündigungsrecht gegen-
über dem 89.
Theater Eintrittspreise: Erhöhung
der bei Operettenvorstellungen
88.
Theaterkasse: Kolonaisen vor der
89.
Theaterkasson 1917/18 in Katto-
mik: Nachtrag S.

U

Ueberschreitungen: Beim Haus-
haltsplan der Armenverwaltung
7. — Beim Haushaltsplan

der Grunderwerbsverwaltung
6.
Uffiz. Polizeikommissar: Ab-
findungssumme an 46.
Umdruckmaschine: Ankauf einer
86.
Unterbringung der Kohlen-
verteilungsstelle 75.
Unterhaltungskosten für Blinde
und taubstumme Kinder 23.

V

Verein für Kunst und Wissen-
schaft: Beihilfe an den 83, 87.
Verein selbständiger Kaufleute
11.
Vergleich mit dem Justizfiskus
7—10.
Vergütung für außerordentliche
Arbeiten bei der Steuer-
verwaltung 6.
Vermittlungsprovision: Ab-
rechnung einer 86—87.
Verpflegungs = Geldsatz: Im
Armenhaus 44. — Im Luisen-
heim 44.
Verschönerungs-Ausschuß 106.
Verletzung in den Ruhestand
des Badehausverwalters Nest
46.
Versicherung: Der städt. Ge-
bäude gegen Wasserschäden
54. — Der städt. Kassen 75.
Vertragsänderung mit den
Oberstlejt. Elektrizitätswerken
13.
Verw. Ausschuß für städt. Ei-
gentum u. städt. Rechte u.
Schaufkommission 106.
Volksschullehrer: Teuerungszu-
lage für 6.
Vorberatungsausschuß: 106.
Wahl des 4.
Voreinschätzungs = Kommission
106.
Vorberatungsausschuß: Wahl
des 4.
Vornahme von Wahlen 91.

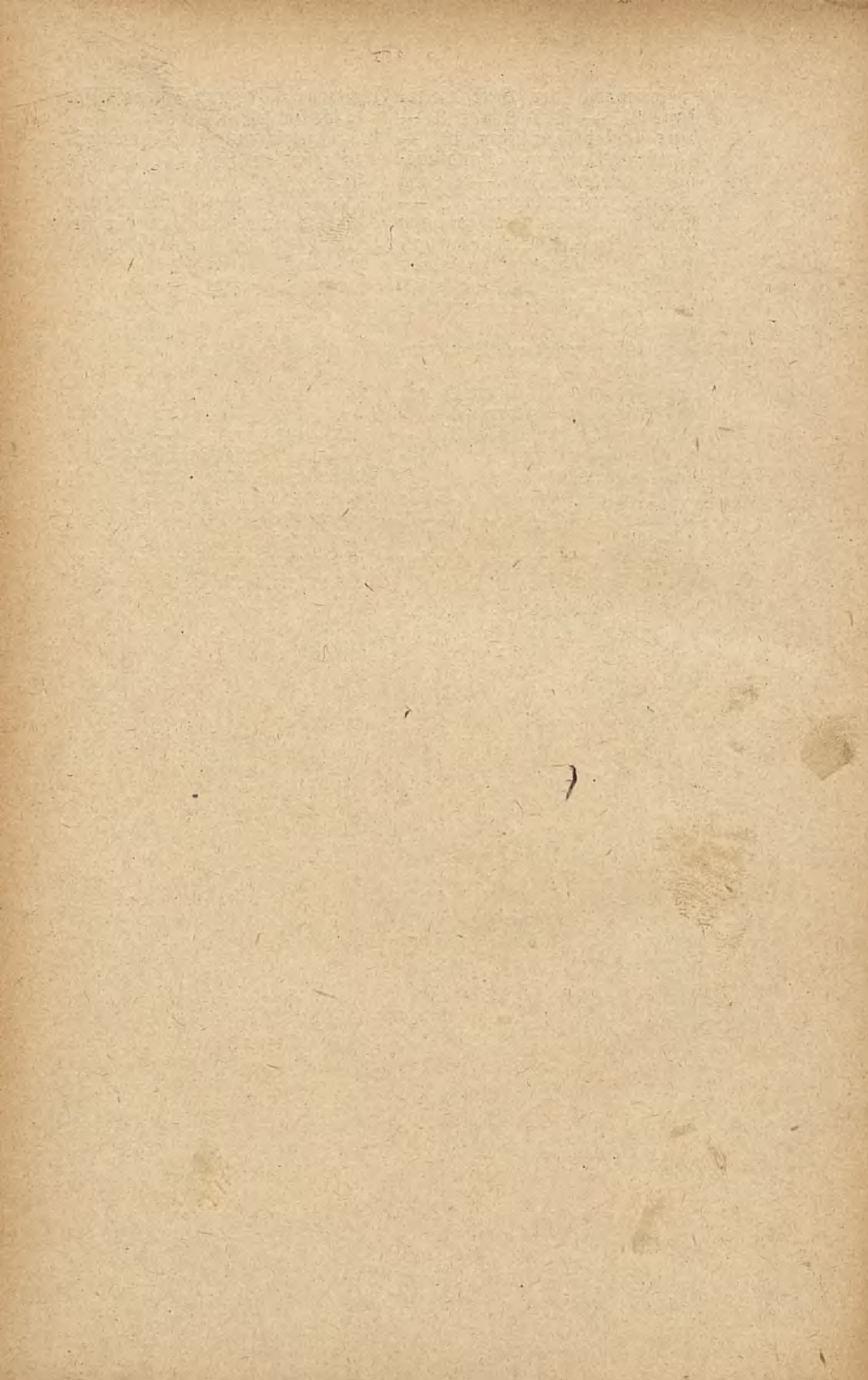
W

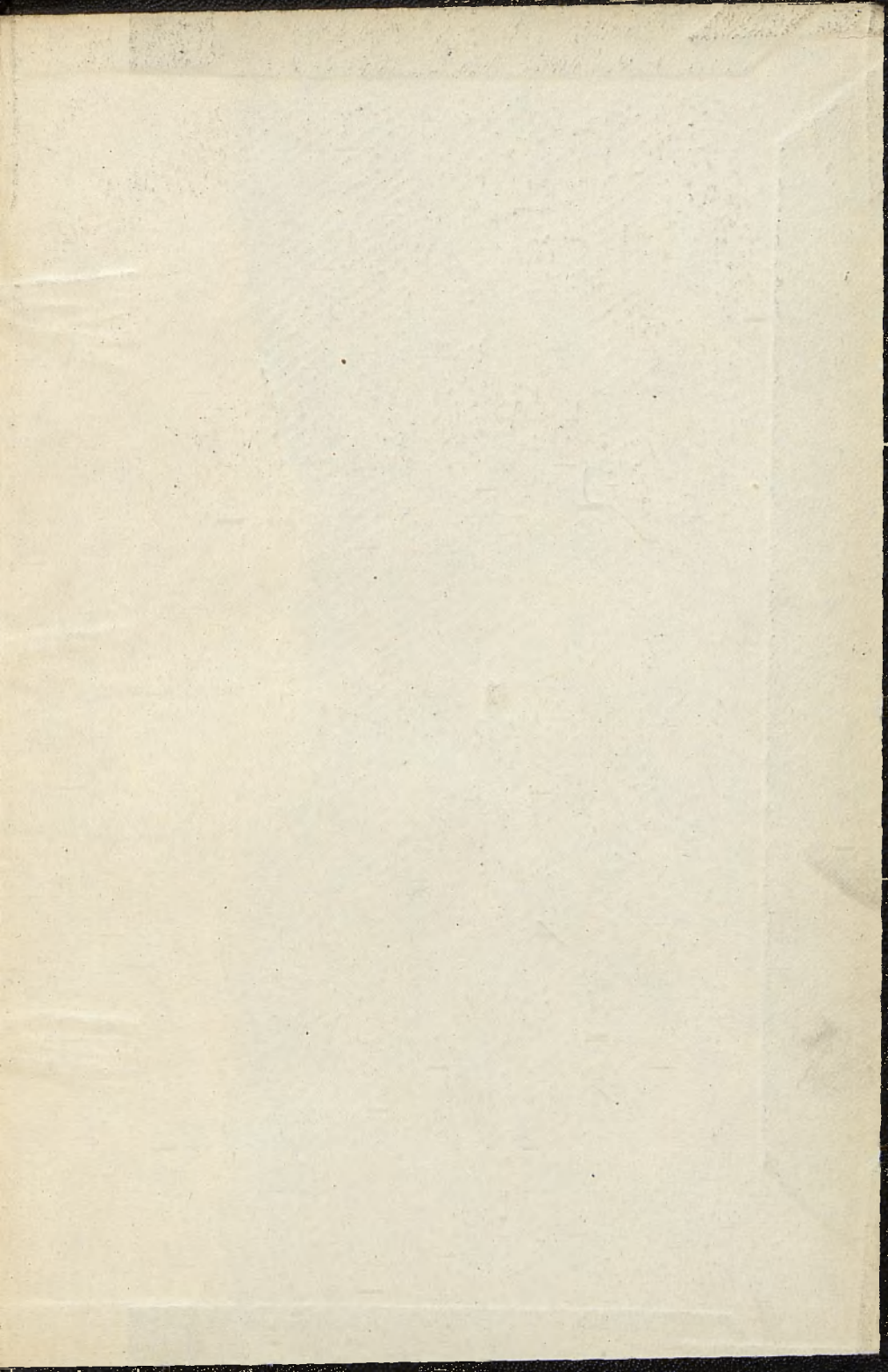
Wahlen: Von Ausschußmitglie-
dern 54. — Von Ausschuß-
mitgliedern der Hindenburg-
stiftung 31. — Von Ausschuß-

- mitgliedern der Kriegshilfs-
 tasse 31. — Des Büros 3. —
 Zur Ersatzkommission 13. —
 Zweier Provinzial-Landtags-
 abgeordneter 78. — Zum
 Sparkassenkuratorium 13. —
 Von unbesoldeten Stadträten
 55. — In die Steuerverwal-
 tung 13. — Von Mitgliedern
 für den Theaterauschuß 74.
 — Des Vorberatungsaus-
 schusses 4.
 Wahlbestätigung von Lehrer-
 inen 6, 15.
 Wasserschäden: Versicherung der
 städt. Gebäude gegen 54.
 Wasserturm: Bau des 33. —
 Entschädigung für ein Gut-
 achten über den 32.
 Wasserversorgung der Stadt
 Rattowitz 32—34, 64—65,
 80—82.
 Wechsel = Schiffsahrts = Verein:
 Beitritt zum 75.
- Weiterbeschäftigung einer Hilfs-
 Schwester 21.
 Weitergewährung d. Lenerungs-
 zuzlagen an städtische Beamte
 91.
 Wertabschätzungen: Benennung
 von Sachverständigen für 54.
 Witwengeld für die Assistenten-
 witwe Sobieren 34.
 Wurstfabrik, städtische 60.

Z

- Zeichnung: Auf die sechste
 Kriegsanleihe 23. — Auf die
 siebente Kriegsanleihe 66—67.
 Zentral-Hilfsfonds: Bewilligung
 von Mitteln für den 65.
 Ziehfinder: Pflogagelverhöhung
 für die 20.
 Zinsfußerhöhung für ein städt.
 Grundstück 41.





Biblioteka Śląska w Katowicach

Id: 0030000976815



II 219889/0/1917

SL

